»freitag.de/prism Ai Weiwei über Edward Snowden und Überwachung in China

Ruanda Fast 20 Jahre nach dem Völkermord an den Tutsi leben Opfer und Täter in enger Nachbarschaft Wochenthema S. 6/7

Deutschland Hurra, der erste Stein des Stadtschlosses in Berlin ist gelegt. Jetzt startet die Aktion Rückbau! Kultur S. 13

Türkei Die großen Medien ignorieren die Proteste. Ein Journalist spricht über die Selbstzensur Kultur S. 15

„Und wer profitiert davon? Die Besserverdienenden!“

Daniel Martienssen

Politik Die Community diskutiert über das Ehegattensplitting für homosexuelle Paare
»freitag.de/community

Partner des Guardian

13. Juni 2013
24. Woche
Deutschland 3,60 €
Ausland 3,90 €

der Freitag

Das Meinungsmedium

FOTO [M]: MARTIN PARR/MAGNUM PHOTOS/AGENTUR FOCUS

Die Kehrseite der Macht

Drohnen, Guantánamo und der NSA-Skandal: Wir verstehen Amerika nicht mehr s.3

United Stasi

NSA-Skandal Die Vereinigten Staaten dominieren das Netz. Mister Barack Obama is watching you! Aber eigentlich ist jeder selbst schuld daran

■ **Detlef Borchers**

Die USA betreiben Telefon- und Internetspionage im großen Stil. Was man bisher nur in Hollywoodfilmen vorgesetzt bekam, ist plötzlich Wirklichkeit geworden. Prism heißt das Projekt, mit dem der selbsternannte Weltpolizist die Staaten überwacht.

Er macht dabei keine großen Unterschiede, Partner werden ebenso belauscht wie Gegner. In Europa ist ausgerechnet Deutschland das Land, das am intensivsten ausgespäht wird. Das Internet, das nicht nur ein großes Informations- sondern auch ein Freiheitsversprechen war, ist zu einem Überwachungsnetz geworden. Im Web kursiert bereits eine andere Übersetzung des Kürzels USA: United Stasi of America.

Normalerweise sind es ja die Staaten selbst, die andere Länder anklagen, weil die Freiheitsrechte ihrer Bürger missachten. Aber gibt es eine größere Ignoranz gegenüber jenen Bürgerrechten als die heimliche Abschöpfung der Menschen im globalen Maßstab. Barack Obama will damit sein Land gegen Terror schützen. Somit ist Prism und der ganze NSA-Skandal der Höhepunkt einer fatalen Sicherheitspolitik, die George W. Bush nach dem Anschlag auf das World Trade Center begann und die sein Nachfolger Barack Obama nahtlos, nein, offenbar noch schärfer fortsetzte.

Die Empörung über Prism ist nun groß. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel will den amerikanischen Präsidenten bei seinem Besuch in Berlin in der kommenden Woche zur Rede stellen. Aber dass ausgerechnet unser Land für die Onlinespäher aus Übersee so interessant ist, kann eigentlich nicht verwundern: Schließlich ist die Bundesrepublik einer der größten Rüstungsexporteure der Welt.

Auch beim Vorläufersystem Echelon, das Mitte der neunziger Jahre enttarnt wurde, hatte Deutschland ja schon eine zentrale Rolle. Man muss sich daran nur erinnern.

Ja, Prism ist nicht neu, und es gibt bei uns sogar Vergleichbares, wenn auch nicht in so einer globalen Dimension. Bei der strategischen Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes (BND) werden rund 20 Prozent des deutschen E-Mail-Verkehrs mit rund 16.500 Suchbegriffen durchforstet.

Es gibt eine Vielzahl von Urteilen des Bundesverfassungsgerichts, die sich mit den Grenzen der Überwachung befassen. In dem letzten wichtigen wurde der Lauschangriff drastisch eingeschränkt und nur unter sehr engen Voraussetzungen erlaubt. Zwischen der Sicherheit und der Freiheit gibt es immer ein Spannungsverhältnis. Aber hierzulande ist es noch einigermaßen ausgeglichen. Wir leben immer noch in einer relativ freiheitlichen Gesellschaft. Und es gibt eine lange Tradition der Rechtssprechung.

Es gibt viele Mittel, sich vor den Zugriffen anderer zu schützen

Doch all dies ist nun nichts mehr wert. Die National Security Agency schert sich einen Dreck um deutsches Verfassungsrecht. Dazu kommt noch, dass sich die größten Teile der Internetstruktur in den USA befinden. Das gilt sowohl für jene Technik, dank der das Netz funktioniert, als auch für die Konzerne. Google, Facebook, Twitter, Apple, Yahoo haben dort ihre Hauptquartiere.

Sie alle wurden angezapft. Vielleicht haben sie dabei nicht aktiv mitgemacht, wie sie jetzt lautstark beteuern. Aber sie haben es zumindest geschehen lassen. An dieser bitteren Erkenntnis führt kein Weg vorbei: Die USA dominieren das Netz. *Big Obama ist watching you.* Daran wird sich voraussichtlich nicht ändern. Aller Empörung in der Politik und den Medien zum Trotz.

Und dennoch gibt es Wege, den Online-Schlapphüten das Leben schwer zu machen. Unter *prism-break.org* wurde von Onlineaktivisten eine Informationsseite eingerichtet, auf der für viele Internetprogramme und Betriebssysteme die Alternativen aufgeführt sind, die vor dem Schnüffelzugriff schützen können. Statt Google kann man DuckDuckGo als Suchmaschine einsetzen. Niemand ist gezwungen, die großen kostenlosen Mailanbieter zu nutzen. Es gibt auch Anbieter wie Thunderbird. Man kann als Zusatz Enigmail für die Verschlüsselung installieren.

Möglichkeiten gibt es also genügend. Aber kaum jemand macht davon Gebrauch. Denn die User machen es sich im Netz so einfach wie möglich. Und nicht nur das. Über die Bedenkenlosigkeit, mit der viele Menschen ihre Daten im Netz preisgeben, kann man nur den Kopf schütteln. Datenschützer beklagen diesen Umstand seit Jahren, doch ihnen sind die Hände gebunden. Sie können nicht mehr tun, als zu einem verantwortungsvollen Umgang raten. Den Geheimdiensten wird es so noch leichter gemacht, ihre Schleppnetze im Internet auszuwerfen.

Stay hungry, stay foolish! So lautete das Motto des Whole-Earth-Katalogs, einer Sammlung von Bauanleitungen und Bestelladressen der kalifornischen Gegenkultur, die sich gegen die etablierten Systeme richtete. Heute wird dieses Motto vielfach dem Apple-Gründer Steve Jobs zugeschrieben, der in seiner Jugend begeisterter Leser des Katalogs war. Bleibt jung, bleibt hungrig, bleibt misstrauisch gegenüber dem Staat.

Zum Glück gibt es immer wieder mutige Menschen wie Bradley Manning oder Edward Snowden, die aus dem Schweigekartell der Macht ausbrechen und auspacken. Doch all das wird nichts nützen, wenn wir daraus nicht endlich die Konsequenzen ziehen. Bleib online. Doch widersteh!

Detlef Borchers ist IT-Journalist

Annett Gröschner über Magdeburg und die Flut

Dank euch, Helfer: Vor allem über Facebook und Twitter kamen sie zu den Deichen

Am vergangenen Sonntagabend war es in Ostelbien plötzlich ganz still. Die Vögel hatten zu singen aufgehört, keine Autos mehr, nur das mal nahe, mal ferne Geräusch der Sirenen, das Knattern des Beobachtungshubschraubers und die Pumpen in den Kellern erinnerten daran, dass im Hintergrund eine Katastrophe lief, deren Teil wir waren. Ich als zufällig Gestrandete; die anderen als Bewohner der von Überflutung bedrohten Gegenden Magdeburgs.

Wenige Stunden vorher hatte ein Lautsprecherwagen die Anwohner aufgefordert, ihre Häuser zu verlassen. Der Krisenstab der Stadt hatte sich auf eine prognostizierte Hochwasserhöhe von 7,26 Meter verlassen. Jetzt stand der Pegel bei 7,46 Meter; mehr als 70 Zentimeter über dem Höchstpegel von 2002. Es waren Straßen und Viertel abgesoffen, die auf keiner Liste standen. Wir aber, seit unserer Kindheit mit Hochwassern (wenn auch nie solchen starken) vertraut, waren geblieben. Im Garten lasen wir *Faust II:* „Da rase draußen Flut bis auf zum Rand / Und wie sie nascht, gewaltsam einzuschießen / Gemeindrang eilt, die Lücke zu verschließen.“

Magdeburg hat sich dem Fluss wieder zugewandt, der in den achtziger Jahren nicht mehr als eine Kloake war, die die Abwässer in den Westen exportierte. Es hat der Kultur der Stadt gut getan, sich aber in den letzten Tagen zugleich als Nachteil erwiesen. Seit 2002 wurden etliche Stadtvillen direkt an den Ufern gebaut, offenbar in der nun aufs Eindrucksvollste widerlegten Annahme, es habe sich nur damals um *die* Jahrhundertflut gehandelt. Es war aber wohl nur der Beginn eines Jahrhunderts der Fluten.

Von den zehn höchsten Pegelständen, die hier jemals gemessen wurden, fielen allein fünf in die letzten elf Jahre. Das alte Wissen, dass man in elbnahen Gebieten wenigstens keine Keller baut, wurde vergessen oder als ewiggestrig abgetan. Der Umflutkanal und neue Technologien würden es schon richten.

Die waren dann aber für anderes gut. Im Gegensatz zum MDR, dessen Hochwasserreportagen nicht von denen aus dem Jahr 2002 zu unterscheiden waren, haben sich ausgerechnet Twitter und Facebook als verlässlichste Übermittler von Informationen erwiesen. Privat organisierte Hochwasserseiten waren schnell, informativ, freundlich im Ton und vor allem besänftigend, wenn in den Kommentaren die Nerven blank lagen. Vor allem waren sie frei von Kriegsjargon, wie in den offiziellen Pressemitteilungen: „Deichverteidigung und Gefahrenabwehr laufen weiterhin auf Hochtouren.“

Dabei war längst klar, dass die Stadt vor allem von Helfern gerettet werden würde, denen alles Militärische fremd ist. Neben den Anwohnern vor allem junge Leute, die sich per Facebook oder Twitter nicht zu Partys verabredeten, sondern plötzlich zu Hunderten auf den Deichen auftauchten, um sie mit Sandsäcken zu schützen und danach zum nächsten bedrohten Ufer weiterzuziehen. Als der Pegel langsam sank, hing am Geländer einer Brücke eine Statusmeldung der altmodischeren Art: Jemand hatte „Dank euch, Helfer“ mit Farbe auf ein Laken gemalt.

Es gab auch Menschen, die unberührt von allen Katastrophen ihren Job machten. Da kam der Ableser des örtlichen Energieversorgers auf die Elbinsel Werder und wunderte sich, dass er niemanden antraf – außer denen, die sich der Evakuierung widersetzt hatten. Müßig zu sagen, dass der Strom abgestellt war.

Lesen Sie von der Schriftstellerin **Annett Gröschner** auch auf Seite 17

4 198389 803605 24

Hegelplatz 1
10117 Berlin
PVStk. A04188
Entgelt bezahlt

Sie finden **eine Auswahl der Texte auf** freitag.de, indem Sie die Headline, ein Stichwort oder den Autoren in der Suche eingeben. Wo vermerkt, finden Sie dazu auch Zusatzmaterial im Internet, also weitere Texte, Audiobeiträge und Videos

Inhalt

Liebe Leserinnen und Leser, am Mittwoch wurde der Grundstein für das umstrittene Berliner Stadtschloss und das Humboldtforum gelegt. Im Vorfeld wurde heftig diskutiert: Warum ein Schloss, wo weder König noch Kaiser? Hätte man den Palast der Republik nicht doch erhalten sollen? Brauchen wir noch solche Prestigeprojekte, auch nach dem endlosen Debakel um die Hamburger Elbphilharmonie? Und wer trägt die Kosten? Die Künstlerin Marion „Rigoletti" Pfaus ist da einen Schritt weiter. Einen Tag nach der Grundsteinlegung stellt sie im *Freitag* exklusiv ihre Pläne für den Rückbau des Schlosses vor. *Humboldt21* nennt sich ihre Initiative und verspricht, anders als andere, alle Termine einzuhalten: Am 6. August 2050 werden die Überreste des wiederaufgebauten Stadtschlosses gesprengt. Was bis dahin ansteht, in welcher Tradition ihr Vorhaben steht und wie Sie Teil der Berliner Rückbaugeschichte werden können, lesen Sie auf Seite 13. Einer der sich ebenfalls intensiv mit dem Stadtschloss beschäftigt hat, ist der Blogger *Archinaut* aus unserer Community. Seine Texte lesen Sie unter *freitag.de/autoren/archinaut*. Eine anregende Lektüre wünscht
Christine Käppeler

Wochenthema

Bereuen sie wirklich? S. 6/7
Fast 20 Jahre nach dem Genozid ist Chris McGreal wieder nach Ruanda gereist, um dort Täter und Opfer von einst zu treffen

Politik

Drohnen-Affäre S. 4
Bisher hat die Kanzlerin die Skandale ihrer Minister unbeschadet überstanden. Wird sich das mit de Maizière ändern?
Stephan Hebel

Lobbyismus S. 8
Ein Palmöl-Konzern lädt Europaabgeordnete nach Malaysia ein. Und das kurz vor einer wichtigen Entscheidung der EU
Felix Werdermann

EU-Beitritt S. 10
Kroatien wird am 1. Juli in die Union aufgenommen. Viel Freude wird man vorerst nicht miteinander haben
Norbert Mappes-Niediek

Kultur

Bühne S. 14
Das Theater Konstanz spielt „Der Jude von Konstanz" von Wilhelm von Scholz. Ein frühes Stück des späteren NS-Autors
Thomas Rothschild

Nachruf S. 17
Philologe, Rhetoriker, Schriftsteller, Sozialist und Christ. Der *Homme de lettres* Walter Jens ist verstorben
Jürgen Busche

Filmkritik S. 18
Hypes sind verführerisch, aber auch autoritär: Überlegungen zum Phänomen der zwingenden Begeisterung
Frédéric Jaeger

Alltag

Kommentar S. 21
Schwedische Lokführer lieben es luftig, die Männer gehen in Röcken zur Arbeit. Kommt ein Sommer der Mode-Anarchie?
Juliane Löffler

Der Koch S. 22
Hierzulande hängt der Spargel wie ein nasses Handtuch über der Gabel. Sieden laugt ihn aus. Besser, man brät ihn
Jörn Kabisch

Individuell S. 22
Die Parfümbranche feiert ihre „Düfte des Jahres". Die sind massentauglich und marktgerecht, experimentiert wird nicht
Agnes Szabó

A–Z Kaufhäuser S. 24
Über ein Prinzip mit großer Geschichte

Leserbriefe, Impressum S. 20

Provokateur ohne Grenzen

Robert Ménard hat Reporter Sans Frontières gegründet. Nächstes Jahr tritt er für den Front National an

■ **Adrian Lobe**

Für großes Erstaunen sorgt diese Entscheidung kaum. Schon länger hegt der Journalist Robert Ménard Sympathien für den rechtspopulistischen Front National (FN). 2008 erklärte er, er wolle auf die Straße, um die Presse der Partei zu verteidigen; 2011 verfasste er das Pamphlet *Vive Le Pen!* – im vergangenen Jahr plädierte er auf seinem Blog für eine vereinte Rechte. Der Front National – inzwischen kommt die Partei auf 15 bis 20 Prozent der Wähler – könne nicht mehr ignoriert werden. Nun will Robert Ménard bei den Kommunalwahlen 2014 im südfranzösischen Béziers für die Rechten antreten. „Ich habe dort meine Kindheit verbracht, ich besitze ein Haus, meine ganze Familie wohnt in dieser Gegend", sagte er in einem Interview für *Le Monde*, als es um seine politischen Ambitionen ging – Béziers sei „seine" Stadt.

Robert Ménard entstammt einer katholischen Pied-noir-Familie aus dem algerischen Oran, in der man „Gaullisten und Kommunisten hasste", wie er sagt. Der Vater, ein gelernter Drucker, steht in den frühen sechziger Jahren der Untergrundbewegung OAS (Organisation Armée Secrète) nahe, die sich einer Unabhängigkeit Algeriens vehement widersetzt. Nach dem Kolonialkrieg geht die Familie fast mittellos nach Frankreich, lebt im Département Aveyron und verdammt den gaullistischen Staat. Mit der Mai-Revolte von 1968 schließt sich Ménard zunächst der trotzkistischen Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR) an. Er sei entschlossen gewesen, „ein professioneller Revolutionär" zu werden, wird er später über diese Zeit sagen. Es folgt eine kurzlebige Mitgliedschaft bei den Sozialisten, bevor ihn 1983 Radio France Hérault engagiert. Fortan ist der Journalismus sein Metier. 1985 gründet er die Organisation Reporter Sans Frontières, deren Generalsekretär er bis 2008 bleibt. 2005 erhält Reporter ohne Grenzen den Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments.

Ménard, der Aktivist, ist omnipräsent, reist durch den Sudan, nach Palästina und in den Irak. Wo immer ein Journalist in Gefahr gerät – Ménard steigt ins Flugzeug. „Sein Koran, das war die Pressefreiheit", erzählt Ben Ami Fihmann, ein alter Vertrauter. Die Journalistin Florence Aubenas, die 2005 von irakischen Rebellen entführt wurde und heute beim *Nouvel Observateur* arbeitet, erinnert sich an seine Hartnäckigkeit: „Das Telefon läutete, Ménard war dran. Fünf Minuten später, der nächste Anruf – wieder Ménard. Und zehn Minuten danach, noch mal Ménard. Als ich in meiner Zelle saß, stellte ich mir vor, er würde das Gleiche für mich tun." Das Magazin *L'Express* bezeichnet ihn als „Nervensäge ohne Ende". So energisch er seinen Freiheitsanspruch durchsetzt, so autokratisch ist sein Führungsstil. Rony Brauman, ebenfalls ein Gründungsmitglied, konstatiert, Robert Ménards Verhalten gleiche dem eines „kleinen Diktators".

FOTO: FRANCK FIFE/AFP/GETTY IMAGES

Früher war Robert Ménard ein Linker und kämpfte für die Meinungsfreiheit. Jetzt will er, dass es in seiner Heimatstadt Béziers nicht zu viele Moscheen gibt

Rage und Furor mögen biografisch oder mit einem instinktiven Misstrauen gegen die Mächtigen begründet sein. Nach den Unruhen in Tibet vor den Olympischen Spielen 2008 in Peking stört Ménard die Entzündung der olympischen Flamme, er ruft die Staatschefs zum Boykott der Eröffnungszeremonie auf und gefällt sich wieder einmal in der Rolle des Bad Guy. „Ich bin eine Agentur mit schlechter Werbung", beschreibt er sein Renommee . Mit der FN-Vorsitzenden Marine Le Pen teilt Ménard ostentativ den anti-elitären Impetus, gäbe es doch eine „politisch-mediale Klasse", die voller Dünkel und von der Überzeugung beseelt sei: Wer nicht so denke wie sie, denke zwangsläufig falsch.

„Ich habe keine Lust darauf, dass es in meinem Land genauso viele Moscheen wie Kirchen gibt", räsoniert Ménard im März 2011, um ein Jahr später das Pamphlet *Vive l'Algérie française* zu veröffentlichen. Geschichtsrevisionismus, kaschiert als Meinungsfreiheit und gedacht als Argumentationshilfe für einstige Algerien-Franzosen, die mehrheitlich Front National wählen. Dabei geht Ménards Aggressivität weit über die verbreitete „Man wird ja wohl noch sagen dürfen"-Attitüde hinaus. *L'Express* attestiert ihm die „Rhetorik einer Bulldogge". Im Vorjahr lanciert Ménard die rechtslastige Informationsseite *Boulevard Voltaire*, für die unter anderem Jean-Yves Le Gallou schreibt, ehemaliger Europaabgeordneter des FN und Frontmann des pseudowissenschaftlichen Thinktanks Polémia, der durch völkischen Rassismus – „eine Erde, ein Blut, ein Volk" – von sich reden macht.

Zwar hat sich Ménard zuweilen vom Front National öffentlich distanziert und will auch jetzt seine Kandidatur bei der Kommunalwahl als „apolitisch" verstanden wissen. Das allerdings ist wenig glaubwürdig. Immerhin vertritt er reaktionäre politische Positionen, verteidigt die Todesstrafe, hält Folter „in bestimmten Fällen" für legitim und wünscht sich, dass seine Kinder nicht homosexuell werden. Eine Ménard-Kolumne des rechtskonservativen Portals *Nouvelles de France* – der Wikipedia-Eintrag der Seite wurde inzwischen gelöscht – war mit dem Titel *Nach der Homo-Ehe die Polygamie?* versehen.

Kollegen verfolgen diese Tiraden mit Kopfschütteln. „Quelle déchéance!" – welch ein Verfall – entrüstet sich Edwy Plenel, Produzent der Internetplattform *Mediapart*. „Der Gründer von Reporter ohne Grenzen, der eine Eloge auf die Todesstrafe hält?", fragt Plenel entgeistert. Egal, wie Ménard seine Kandidatur bei der Kommunalwahl für den FN begründet: Er kann sich nicht mehr als Herold der Meinungsfreiheit feiern, sondern wird zum Handlanger einer rechtsextremen Partei, die gegen Ausländer und Minderheiten hetzt.

Adrian Lobe ist freier Autor und lebt in Paris

Michael Krätke über die EZB vor dem Bundesverfassungsgericht

Krisenmanager im Clinch

Im Juli 2012 hat Mario Draghi magische Worte gelassen ausgesprochen: Die EZB werde alles tun, den Euro zu verteidigen. Finanzinvestoren glaubten ihm, der Druck auf italienische, spanische und portugiesische Staatspapiere ließ nach. Bis dahin hatten die Märkte angeschlagene Euroländer vor sich hergetrieben und immer neue Rettungsaktionen heraufbeschworen. Die amerikanische Fed, die japanische und britische Zentralbank lieferten das Beispiel, kauften sie doch längst Anleihen ihrer Staaten auf. Im Notfall unbegrenzt.

Nur in Euroland verfuhr man bis Mitte 2012 anders, weil zu den Konstruktionsfehlern der Gemeinschaftswährung ein EZB-Statut gehört, das nach dem Vorbild der Bundesbank die EZB als „unpolitisches" Institut beschreibt. Es hat „reine" Geldpolitik zu betreiben und für eine gedämpfte Inflation zu sorgen, sonst nichts. Ohne dieses Verdikt hätten die Deutschen den Euro nicht akzeptiert.

Mario Draghi hat die EZB von der Bundesbank emanzipiert und folgt der Philosophie: Wenn hinter dem Dollar der Glaube steht, dass die USA nicht bankrott gehen können, dann bürgt für den Euro der Kredit der Eurozone insgesamt. Man sollte sich daher nicht mit zu klein geratenen Rettungsschirmen aufhalten, sondern auf den geballten Staatskredit aller Euroländer setzen.

Das hat die Märkte beeindruckt. Spanien ist wieder kreditwürdig, Italien auch. Allerdings haben Draghi und der EZB-Rat ein deutsches Dogma verletzt, das zu respektieren sie nach dem Willen der Kläger das Bundesverfassungsgericht zwingen soll. Nur kann aus Karlsruhe kein Befehl an die EZB ergehen. Von dort aus ließe sich die Sache an den Europäischen Gerichtshof verweisen, doch halten die Luxemburger Richter in der Regel wenig von deutschen Obsessionen.

Bliebe als Option, Bundesbank und Bundesregierung zu verpflichten, der EZB die Gefolgschaft zu versagen. Das aber hieße, den Euroraum zu verlassen. Begnügen sich die Verfassungsrichter mit der Auflage strikter Grenzen für mögliche Anleihekäufe der EZB, geht der Tanz mit den Rettungsschirmen von vorn los. Über Nacht hätte man die Schuldenkrise wieder mit voller Wucht am Hals.

Die Karlsruher Richter dürften genauso ratlos sein wie der Rest der deutschen Eliten. Der Streit um die EZB-geprägte Eurorettung zeigt, in welche Sackgasse sich die EU mit ihrer bisherigen Krisenpolitik manövriert hat. Klassische Geldpolitik funktioniert im sechsten Jahr der Krise nicht mehr, die rein negative Fiskalpolitik des Sparens noch weniger. Unverdrossen hält die EZB den Leitzins bei fast null und muss zusehen, dass weder die Banken im nötigen Umfang Kredite vergeben noch die Unternehmen im nötigen Umfang investieren.

Also wäre die Finanzpolitik am Zug. Aber die stößt auf das Dogma des Schuldenabbaus. Die daraus resultierende Schuldenpolitik führt zu einer Deflationsspirale, die für Südeuropa längst zur Armutsspirale geworden ist. Der Markt richtet gar nichts, und die im Marktglauben befangenen Regierungen richten nur noch Schaden an. Die Bundesbank glaubt an die disziplinierende Funktion der Finanzmärkte, die EZB meint, sie in Schach halten zu müssen. Weiter wissen beide nicht. Juristen können da wenig ausrichten, Ökonomen bräuchte das Land.

Ulrike Baureithel über das drohende Ende der KSK

Der Preis eines Privilegs

Wollen Sie morgen noch Ihre Zeitung lesen – und in diesem Fall ist es ausnahmsweise egal, ob auf Papier oder im Netz? Wollen Sie in die Oper gehen oder in die Galerie? Dann sollten Sie aufmerken, denn es könnte sein, dass Ihr Lieblingsautor, Ihre Schauspielerin im kleinen Theater nebenan oder der Clown nicht mehr da sein werden. Weil sie nämlich ihre Krankenversicherung nicht mehr bezahlen können und sich einen festen Job zum Brotverdienen suchen müssen.

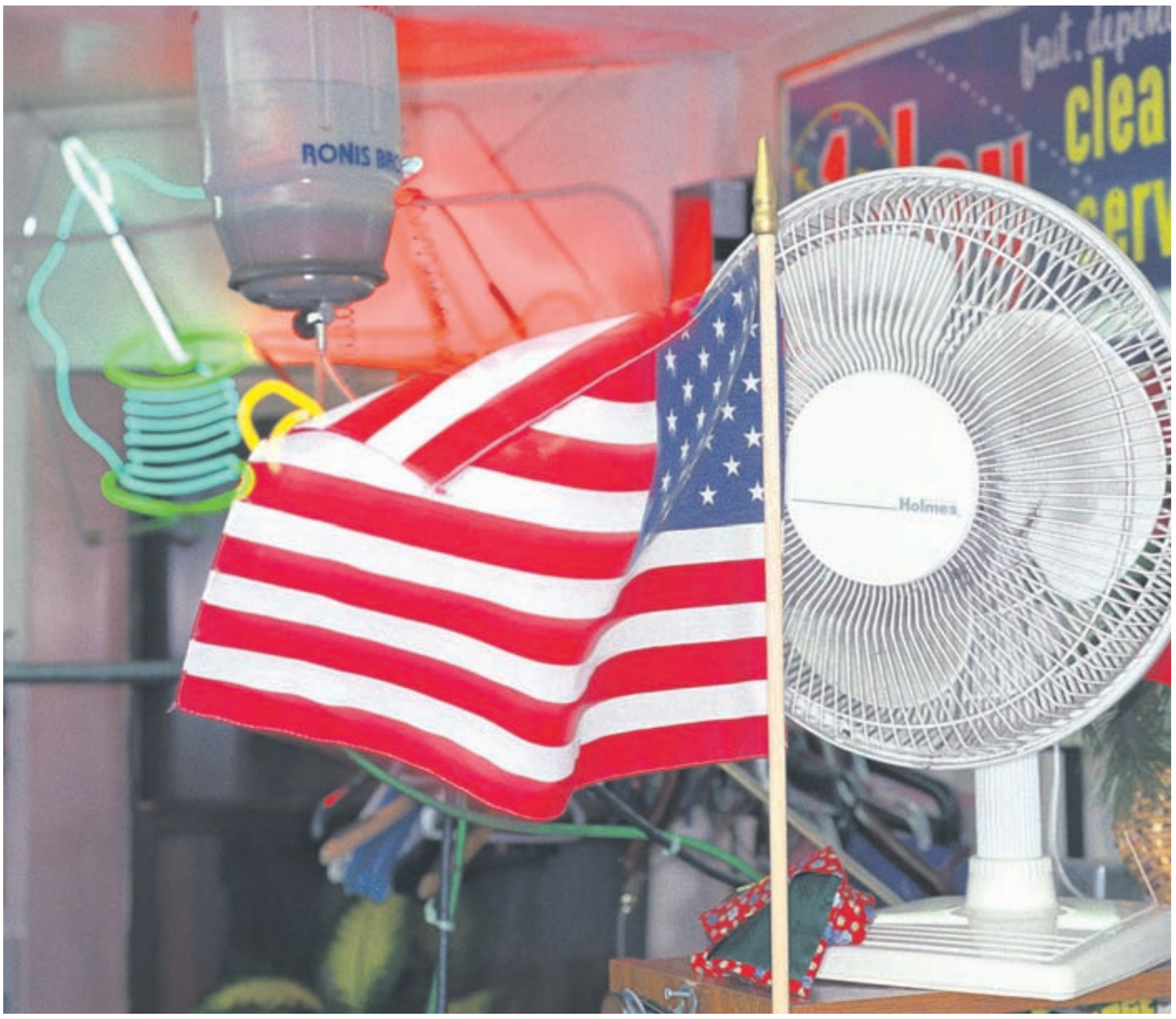
Freie Kreative sind in Deutschland über die Künstlersozialkasse (KSK) versichert. Sie bezahlen entsprechend ihres Einkommens einen Arbeitnehmeranteil, der Staat übernimmt die andere Hälfte. Das finanziert sich aus einem staatlichen Zuschuss von derzeit 160 Millionen Euro und aus einer Abgabe derjenigen Unternehmen, die Künstler beschäftigen, also zum Beispiel Verlage, Theater und Musikveranstalter.

Dieses kleine Privileg im Vergleich zu anderen freien Berufen bezahlen Künstler teuer: Obwohl sie meist extrem wenig verdienen, sind sie Objekt des Neids. Die KSK war seit ihrer Erfindung 1983 immer schon denen ein Dorn im Auge, die sich vor der Abgabe von 4,1 Prozent drücken wollten oder die ohnehin glauben, als Künstler läge man bis mittags im Bett. Zuletzt war es 2008 der Bundesrat, der die KSK als „bürokratisches Hemmnis" abschaffen wollte.

Zeitungsleser, Theaterbesucher und Musikbegeisterte dagegen werden es richtig finden, dass der Staat abgabepflichtige Unternehmen kontrolliert. Beauftragt damit ist die Rentenversicherung, die für diesen Dienst allerdings bezahlt werden will und sich deshalb vor dem Sozialgericht Berlin streitet. Die Folge: Seit 2010 werden die Unternehmen immer nachlässiger geprüft und bringen die KSK in eine finanzielle Schieflage. Arbeitsministerin Ursula von der Leyen und Kulturstaatsminister Bernd Neumann wollten deshalb noch vor der Wahl schärfere Kontrollen durchsetzen. Gescheitert sind sie an den Berliner Wirtschaftslobbyisten, die nun erklären müssen, woher die 137 Milliarden Branchenumsatz kommen.

Also muss man sich künftig wohl doch wieder Carl Spitzwegs „Armen Poeten" über die Couch hängen.

Die Kehrseite der Macht Drohnen, Guantánamo und NSA: Wir verstehen Amerika nicht mehr



FOTOS: MARTIN PARR/MAGNUM PHOTOS/AGENTUR FOCUS, PRIVAT (UNTEN)

Entfernte Verwandte

Böses Blut Barack Obama darf bei seinem Besuch in Berlin mit keinem euphorischen Empfang rechnen. Das Verhältnis zu den USA ist reichlich abgekühlt

■ **Christoph Bartmann**

Dass er nun doch kommt, mag ein Akt der Höflichkeit sein. Vielleicht ist der Besuch 50 Jahre nach John F. Kennedys Rede vor dem Schöneberger Rathaus auch einer klugen Symbolpolitik geschuldet. Aber das allein kann es nicht sein. Es ist vielmehr so: Präsident Barack Obama gibt mit seiner Berlin-Reise ein wieder steigendes Interesse der USA an Deutschland zu erkennen. Es war schon ungewöhnlich, als der Präsident in seiner Antrittsrede Anfang des Jahres das deutsche System der beruflichen Bildung als leuchtendes Vorbild erwähnte. Nach der Finanzkrise sieht man die deutsche Wirtschaft und ihre Verankerung im „Mittelstand“ (ein beliebtes Wort in den USA) mit anderen Augen. Außerdem weiß man in Washington, dass der Schlüssel zur Lösung der Eurokrise in Berlin liegt. Die Zustimmung zum Kurs von Angela Merkel, gerne auf „austerity“ verkürzt, ist nicht groß, aber keiner würde bestreiten, dass es in Europa mehr denn je auf die Kanzlerin ankommt. Man darf also hinter Obamas Visite durchaus etwas vermuten, was man in Amerika, übrigens auch auf Deutsch, „Realpolitik“ nennt.

Trotzdem hält sich die Meinung, „die Amerikaner“ interessierten sich nicht „für uns“. Das ist nur insofern richtig, als sich Amerikaner grundsätzlich nicht besonders für den Rest der Welt interessieren. Wenn aber doch, dann reisen sie in größerer Zahl nach Berlin. Und sie entdecken ihre deutschen Wurzeln wieder. Denn 60 Millionen, also fast ein Fünftel der US-Amerikaner, haben deutsche Vorfahren. Jede zweite Woche macht in New York ein neues Bierlokal auf, das sich für deutsch hält. Auch das nennt man kulturelle Verbundenheit. Wie sieht es in der Gegenrichtung aus? Vielleicht käme es bei Obamas Besuch weniger darauf an, sich die eigene Bedeutung bestätigen zu lassen. Man könnte dem Gast den Eindruck vermitteln, dass man in Deutschland nicht nur auf Freundschaftszeichen aus den Vereinigten Staaten wartet, sondern sogar selbst bereit ist, das Land verstehen zu wollen.

Mit dem Verstehenwollen ist es derzeit nicht weit her. Das deutsche Amerikabild mag um einiges positiver sein als etwa das französische, gleichwohl hält man hier wie dort „die Amerikaner“ gerne für Hinterwäldler. Anders gesagt: Man hat ein Problem damit, dass die Amerikaner in der Mehrzahl und selbst dann, wenn sie Obama wählten, keine Liberalen sind, jedenfalls nicht im europäischen Sinn. Außerdem glauben nach einer aktuellen Statistik um die 40 Prozent der Amerikaner an das Wirken höherer Mächte im Alltag.

Schluss mit Fracking und Internet-Spionage

In Deutschland wünscht man sich allgemein die Amerikaner so, dass sie auch Günter Grass gefallen würden, also linksliberal. Die Bedingungen wären: kein Fracking mehr, Schluss mit Guantánamo und der weltweiten Internet-Spionage, schärfere Waffengesetze, entschiedene Maßnahmen zum Klimaschutz und ein freundlicher Multilateralismus anstelle der stets einsatzbereiten „Weltpolizei“. Nicht nur wollen die Deutschen Obama als Präsidenten sehen, er ist ihnen, selbst noch den Wählern von Frau Merkel, nicht linksliberal genug.

Leider sprechen die Tatsachen eine andere Sprache. Obama hat die letzte Präsidentschaftswahl nur denkbar knapp gewonnen, und das gegen einen überaus mittelmäßigen Herausforderer. Dass er überhaupt gewann, verdankte er gewiss nicht seinem politischen Programm, sondern der demografischen Entwicklung und einer seit 2008 weiter perfektionierten PR-Maschinerie. Die weißen oder besser „kaukasischen“ Wählerinnen und Wähler gaben mehrheitlich dem Republikander Mitt Romney ihre Stimme.

Diese Wählergruppe ist nicht durchweg so ahnungslos, wie wir denken. Sie hielt offenbar Romney für den Mann, der amerikanische Werte eher in Politik umzusetzen bereit war als Obama. Auch Obama könnte sich keinen Tag im Amt halten, wenn er nicht unablässig auf amerikanische Werte pochen würde. Nur hält dies ein demografisch schrumpfender, aber immer noch zahlenmäßig relevanter Teil der Bevölkerung für eine liberale Maskerade. Vielleicht entgeht diesen Obama-Kritikern dabei nur, dass Obama selbst gar kein Liberaler ist und deshalb auch gar nicht Theater spielt. Der Präsident ist ein begabter Menschenfischer, der es bis jetzt geschafft hat, Konservative und Liberale (aber niemals „Libertarier“, denn denen sind noch die Republikaner zu links) hinter sich zu versammeln. Als gemeinsamer Nenner fungiert das wohl begründete Unbehagen an gleich welchem verfügbaren Republikaner, verbunden mit Obamas persönlicher Ausstrahlung.

Früher einmal, aber das ist schon eine Weile her, gab es in Amerika einen nicht-militanten, kompromissfähigen Konservatismus. Etwa bei Ronald Reagan, auf den sich Obama neuerdings gern beruft, dann wieder bei George Bush, dem Älteren. Mit dem zweiten Bush begann eine neue Ära des amerikanischen Konservatismus. Man verbindet sie mit Dick Cheney, Donald Rumsfeld und dem „War on Terror“ sowie mit einer neoliberalen Wirtschafts- und Finanzpolitik, die sich dann im großen Crash des Jahres 2008 entlud. Danach kamen die „Tea Party“, die Evangelikalen, die Libertarier und die anderen, die gemeinsam die „Grand Old Party“ zugrunde richteten. Seitdem ist der amerikanische Konservatismus, in Europa, aber auch in den USA selbst, ein Gegenstand des Mitgefühls, der Sorge oder auch nur noch des Spotts. Eine Umfrage in Deutschland kurz vor der Präsidentschaftswahl im Herbst 2012 ergab, dass nur sieben Prozent für Mitt Romney gestimmt hätten. Das bedeutet eben auch, dass die übrigen 93 Prozent der Deutschen für etwa 49 Prozent der amerikanischen Wähler kein Verständnis aufbringen.

Im jüngsten Heft der Zeitschrift *Vanity Fair* macht sich der Publizist A.A. Gill Gedanken über das Amerikabild der Europäer. In den gebildeten Kreisen von London und Paris würden die Amerikaner von oben herab betrachtet: als dicke, dumme, naive, bigotte, aber leider auch etwas aggressive Kinder. In Deutschland, schreibt Gill, sei die Wahrnehmung Amerikas etwas positiver. Aber ist sie das wirklich? Auch bei uns hat Amerika den Imagewandel vom großen Bruder zum schrecklichen Kind durchgemacht.

Deutsche wünschen sich US-Amerikaner so, dass sie auch Günter Grass gefallen würden: linksliberal

Unser Amerikabild ähnelt ein wenig dem berühmten New-York-Cartoon von Saul Steinberg. Vorne sieht man New York und die Ostküste, mit den besten Universitäten der Welt, mit Nobelpreisträgern, Künstlern und Millionären. Dahinter erstreckt sich ein weiter Landstrich mit Prärie und vielen dicken Kindern im Besitz von Schusswaffen, eine Gegend, in der es im Großen und Ganzen so zugeht wie in den Filmen des Regisseurs Michael Moore oder in der Trash-Komödie *Borat*. Eine bibeltreue „Freak Show“, die am Wahltag geschlossen den Republikanern ihre Stimme gibt. Und ganz im Westen fängt dann wieder eine Art Zivilisation an, im kalifornischen Silicon Valley und in Hollywood, aber an dieser Küste lauert leider auch die große Gefahr des amerikanischen „Kulturimperialismus“.

Natürlich entspricht diese mentale Karte genau der Aufteilung des Landes in rote (Republikaner) und blaue (Demokraten) Regionen. Die roten möchten wir gleich vergessen, die blauen sind uns lieber, aber liegt nicht irgendwo im blauen Bereich auch die Wall Street, das Herz des internationalen Finanzkapitalismus? Man muss dieses deutsche Bündel aus Faszination und Abscheu nicht Antiamerikanismus nennen. Antiamerikanismus, wie er etwa in dem 68er-Schlachtruf „USA SA SS“ eskalierte, dürfte heute schwerlich anzutreffen sein.

Altdeutsche, unbelehrbare Kritik an Amerika

Der Ton der Amerikakritik ist vornehmer geworden, die Motive jedoch sind fast dieselben geblieben. Sie kommen gerne daher im Sprachgewand des „Man wird ja wohl noch sagen dürfen…“ Man wird ja wohl noch sagen dürfen, dass der amerikanische Finanzkapitalismus die Welt beherrscht. Für solche Sätze muss man gar nicht links sein, man hört sie im gesamten politischen Spektrum und sogar auf Demonstrationen von Neonazis. Die umstrittenen Israel-Gedichte von Günter Grass haben einen politischen Standort erkennen lassen, den man kaum links oder rechts nennen kann, aber mit Sicherheit: deutsch. Oder genauer: altdeutsch. Nicht unbedingt antisemitisch, aber unbedingt unbelehrbar.

Man fragt sich, worauf diese deutsche oder vielleicht auch gesamteuropäische Überheblichkeit gegenüber den USA beruht. Ist sie eine Reaktion auf die fraglos existierende Überheblichkeit des konservativen Amerika gegenüber Europa? In Europa, das wurden die vielen Kandidaten der Republikaner nicht müde zu beteuern, herrsche der Sozialismus, ein Gedanke, dem es nicht gelang, in den USA Schrecken auszulösen. Gewiss gibt es in rechten politischen Kreisen der USA jede Menge Anti-Europäismus. Das heißt nicht, dass solche Ressentiments am wirkungsvollsten mit Ressentiments zu beantworten sind. Es hilft auch nicht, wenn sich die eine Seite für aufgeklärter hält als die andere. Europa und die USA haben das Erbe der europäischen Aufklärung auf zwei verschiedenen Pfaden in die Gegenwart geführt. Wer die andere Seite belächelt, verleugnet sich selbst.

Angesichts der großen Ahnungslosigkeit, mit der Amerikaner und Europäer übereinander sprechen, möchte man gern zum „transatlantischen Dialog“ aufrufen, wenn das nicht eine allzu abgegriffene Münze wäre. Angela Merkel und Barack Obama werden über allerlei kontroverse „Sachthemen“ sprechen, etwa über das Internet-Abhörprogramm Prism, aber vielleicht sind sie klug genug, auch einmal die Beziehungsebene anzusprechen.

Immer wieder ist zu hören, dass deutsche Politiker in Washington nur schwer hochrangige amerikanische Gesprächspartner finden. Vielleicht sind die deutschen Politiker, anders als früher, einfach nicht interessant genug. Wie ihre amerikanischen Kollegen haben sie immer weniger Ahnung von der Welt. Vielleicht müssten sich die Politiker der einen Seite immer erst mit den Grundlagen der Politik der anderen Seite vertraut machen. Konkret hieße das etwa: erst einmal Alexis de Toquevilles *Demokratie in Amerika* lesen. Danach versteht man Amerika und das Grundgesetz seiner Freiheit besser.

Christoph Bartmann leitet das Goethe-Institut in New York. Zuletzt schrieb er im *Freitag* über das Ende der Arbeitsform Home Office

Unter der Woche
Jürgen Busche

Eine Antwort auf die Zwischenfrage im Bundestag

Die Zwischenfragen zu Reden im Deutschen Bundestag sollen die Debatten lebendiger machen. Täten sie dies, wäre das schön. Zumeist aber werden im Hohen Haus Zwischenfragen in der Absicht gestellt, Redner bei der Entfaltung eines Gedankens zu unterbrechen, seinen Ausführungen den Schwung zu nehmen, die Zuhörer aus der Konzentration auf den Vortrag zu reißen. Wahrscheinlich wissen das die meisten Abgeordneten. Aber was sollen sie als Redner machen. Lehnen sie eine Zwischenfrage ab, ist das schon zu spät, denn der Bundestagspräsident hat sie schon unterbrochen. Außerdem johlt die Fraktion des vorgeblichen Fragers. Teilt der zu Beginn seiner Rede mit, dass er keine Zwischenfragen beantworten werde, wirkt er unsouverän. So bleibe es bei dem Missbrauch.

Ein treffendes Beispiel gab es zuletzt bei der Diskussion über die selbstständigen Berufe. Ein Redner von der FDP führte aus, was ein Selbstständiger während seines Berufslebens auf die hohe Kante legen müsse, um an Zinsen – angenommen 2,5 Prozent – am Ende seines Berufslebens auf das gleiche Ruhegeld zu kommen wie ein ähnlich einzustufender Beamter, der immerhin auf 60.000 Euro im Jahr käme. Der Selbstständige müsste 2,5 versteuerte Millionen zurückgelegt haben. Dann der aktuelle Sinn vom Ganzen: Die von der Opposition geplante Vermögensabgabe würde ihn 12.000 Euro im Jahr kosten. Der Redner war gut in Fahrt, da kam die Zwischenfrage.

Eine gepflegt verhärmt aussehende Frau von fortgeschrittenen Jahren stand auf, durfte fragen und fragte, was der Redner denn zur sozialen Lage selbstständiger Hebammen zu sagen habe. Dazu sprach sie so lange, wie Frager sprechen dürfen. Der Redner antwortete höflich und sachlich, sein Thema war weg, kurz darauf seine Redezeit um. Das Ablenken von einem Vortrag, dem das Plenum zuvor mit großer Aufmerksamkeit gefolgt war, schien gelungen. Der Missbrauch hatte sich bewährt.

Wichtiger Nachtrag: Der Redner war offenkundig überhaupt nicht unglücklich über die Frage, die sein Thema wie abgeschnitten im Raum ließ. Das hatte seinen guten Grund. Wären die Oppositionsparteien auf Draht gewesen, hätte einer oder eine aus ihren Reihen in Frageform darauf hingewiesen, dass der Beamte, wenn er ein fröhliches Leben fortsetzt, seinen Kindern vielleicht gerade so viel Geld hinterlässt, dass sie ein würdiges Begräbnis ausrichten können. Der Selbstständige hingegen hinterlässt 2,5 Millionen. Darauf können seine Kinder und Enkel weiter aufbauen. Wieder ein Schritt zur sozialen Spaltung der Gesellschaft. Opposition ist eben nicht nur Mist, sie ist auch schwer.

FOTO: ODD ANDERSEN/AFP/GETTY IMAGES

Wer ist eigentlich noch da? Merkel hat ihr Kabinett schon öfter umgebaut

Angela Einsam

Drohnen-Affäre Bisher hat die Kanzlerin die Skandale ihrer Minister unbeschadet überstanden. Ändert sich das nun?

■ **Stephan Hebel**

Vielleicht hat Thomas de Maizière geglaubt, er könne es beim Drohnen-Debakel so machen wie Angela Merkel: über allen Problemen schweben, als hätte man nichts damit zu tun. Vielleicht kann aber auch die Bundeskanzlerin etwas lernen aus dem Schicksal ihres taumelnden Verteidigungsministers: Wer sich zu lange auf seine Unantastbarkeit verlässt, kann sie schnell verlieren.

Angela Merkel ist in dieser Legislaturperiode nicht nur zwei Bundespräsidenten losgeworden, sondern auch etwa ein Drittel ihrer 16 Fachministerinnen und –minister. Sie hat das erstaunlich unbeschadet überstanden – bisher. Der erste Abgänger, Franz Josef Jung, hielt es im Ressort Arbeit und Soziales genau 33 Tage aus, bis die Affäre um das Bombardement von Kundus, die in seine Zeit als Verteidigungsminister fiel, ihn zum Rücktritt zwang. Es folgten in der Reihenfolge ihres Verschwindens: Karl-Theodor zu Guttenberg (Verteidigung, Plagiat), Rainer Brüderle (Wirtschaft, FDP-Mobbing), Norbert Röttgen (Umwelt, NRW-Wahl) und Annette Schavan (Wissenschaft, Plagiatsverdacht).

In allen Fällen – außer bei Röttgen, den sie eiskalt feuerte – hatte die Kanzlerin an ihren Kabinettsmitgliedern festgehalten, solange es ging. Es gehört zu den Geheimnissen ihrer vermeintlichen Immunität gegen politische Schäden aller Art, dass ihr diese beinah unbeholfenen Fehleinschätzungen, vorgetragen meist von Regierungssprecher Steffen Seibert („…genießt das Vertrauen der Kanzlerin…"), in der Öffentlichkeit niemals nachgetragen wurden. Ebenso wenig wie die Ungerührtheit, mit der sie die eben noch gestützten Kolleginnen und Kollegen fallen ließ, wenn der öffentliche Druck zu groß geworden war.

Der Anfang vom Ende?

Immer, wenn wieder jemand ging, warf der politisch-mediale Komplex in der Hauptstadt die Interpretationsmaschine an und stellte fest, Angela Merkel habe ihre Macht von Mal zu Mal gefestigt, wenn nicht gesteigert. Potenziell gefährliche Konkurrenten waren von der Bildfläche verschwunden (nach Roland Koch, Günther Oettinger und Christian Wulff zuletzt Norbert Röttgen), und selbst wenn enge Verbündete wie Annette Schavan ausfielen, schien das die CDU-Vorsitzende nicht zu beschädigen.

Spätestens jetzt aber stellt sich die Frage, ob die inzwischen fast absolute Macht über Partei und Regierung nicht zum Anfang vom Ende werden könnte. Ob sich letztlich die mehr als 150 Jahre alte Mahnung des weisen Alexis de Tocqueville erfüllt: „Nur Gott kann ohne Gefahr allmächtig sein."

Profaner ausgedrückt: Starke Untergebene sind nicht nur vermeintliche Kronprinzen oder Konkurrenten. Sie schaffen der in globalen und europäischen Dimensionen schwebenden Leitgestalt auch komplizierte und damit lästige Probleme vom Hals. Sie halten ihre Köpfe hin, wenn es um die Energiewende geht oder um den Umbau der Bundeswehr, um Rente oder, wie die Kanzlerin einst leider treffend formulierte, um „Flüchtlingsbekämpfung". Je mehr sich die Chefin um solche Dinge selber kümmern muss, desto stärker steigt die Fettnäpfchen-Dichte zu ihren Füßen.

Im Kronprinzen-Katalog fand sich bis vor ein paar Wochen immerhin noch ein aussichtsreicher Kandidat: Thomas de Maizière. Loyal bis zur Unkenntlichkeit (also ungefährlich), aber bereit für Höheres, sobald man ihn riefe; in der Bevölkerung beliebt, in der Partei geschätzt. Nun aber das Drohnen-Debakel: Erst versteckte sich der angeblich so aufrechte und korrekte Superbeamte hinter seinen Untergebenen. Dann erweckte er den Eindruck, er habe von allem nichts gewusst, jedenfalls nicht vor dem 13. Mai. Und als massive Zweifel an dieser Behauptung auftauchten, stammelte er in bürokratisch verquaster Selbstverteidigung, er habe sehr wohl nichts gewusst, weil ja ein Minister bekanntlich nicht wisse, was er auf dem Flur erfahre, sondern nur, was ihn als Vermerk erreicht. Das sieht stark nach letztem Aufbäumen aus. Doch selbst bei einem Verbleib im Amt wäre die Kronprinzen-Rolle passé.

Nicht besser sieht es bei den noch amtierenden Ministerinnen und Ministern mit CDU-Parteibuch aus: Peter Altmaier dampft zwitschernd durchs Land und stößt dabei mit Themen wie Energiewende oder Atom-Endlager zusammen, wobei meistens weder er noch das Thema unbeschädigt bleibt. Ursula von der Leyen hat in der Partei keine Chance, und das nicht erst, seit sie ihrer Chefin einen (wenn auch unverbindlichen) Quotenbeschluss aufzwang. Und Kristina Schröder sorgt sogar bei Liberaleren und Reaktionären zugleich für Überdruss. Bei den einen als Quotenhasserin, bei den anderen wahrscheinlich schon qua Geschlecht.

Thomas de Maizière war bisher Kronprinz Nr. 1

Auch außerhalb der Bundesregierung sieht es nicht besser aus: David McAllister, noch so ein hochgeschriebener Hoffnungsträger, ist gerade in Niedersachsen gescheitert. Der stramm rechte Hesse Volker Bouffier regiert zwar noch, droht aber am Tag der Bundestagswahl seine gleichzeitig stattfindende Landtagswahl zu verlieren.

Wer nach halbwegs aussichtsreichen Unterstützern der Kanzlerin, gar nach Nachfolge-Kandidaten sucht, kann es höchstens in Rheinland-Pfalz versuchen, wo Julia Klöckner sich immerhin als begabte Polit-Unterhalterin mit Machtgespür profiliert hat. Oder glaubt jemand, wir bräuchten endlich mal einen CSU-Kanzler und Horst Seehofer sei zu ganz Hohem berufen?

Dieses Panorama legt die Frage nahe: Könnte es sein, dass de Maizières Straucheln einen Wendepunkt markiert? Erleben wir im Wahlkampf eine CDU-Spitzenkandidatin, die an ihrer eigenen Allmacht scheitert, weil sie – trotz Anbetung durch die Fan-Gemeinde – doch keine Göttin ist?

Zaghafte Opposition

Womöglich war die Auseinandersetzung um die Renten- und Familienversprechen der Kanzlerin ein aussagekräftiger Hinweis in diese Richtung. Diesmal war es Angela Merkel selbst, die ihre mehr oder weniger konkreten Vorhaben benennen musste – es war ja sonst keiner (mehr) da. Deshalb musste sie auch die Angriffsfläche für Kritik an diesen Plänen abgeben. So könnte aus der Affäre de Maizière ein Hauch von Hoffnung erwachsen, dass der Regierungswechsel am 22. September doch noch gelingt. Dazu allerdings müsste die Opposition die Gelegenheit entschlossen nutzen.

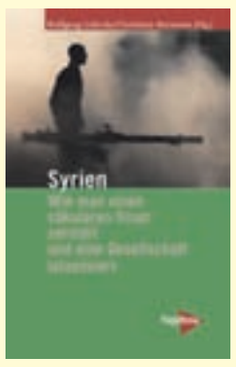
In Sachen Rente und Familie hat sie das bisher weitgehend versäumt. Grüne und SPD sorgten vergangene Woche zwar für eine Bundestagsdebatte über „Merkels Wahlversprechen". Aber was taten Frank-Walter Steinmeier und Jürgen Trittin? Sie beklagten die Milliardenkosten der angeblichen Wohltaten – als hätten die beiden bei der FDP gespickt. Der richtige, aber wesentlich leiser geäußerte Hinweis einiger Redner, dass man zum Zwecke des sozialen Ausgleichs dann auch die Steuern für Spitzenverdiener erhöhen müsse, ging fast unter. Nur aus der zweiten Reihe kam der Hinweis, dass Merkels „Wohltaten" so großartig nun auch nicht sind: Sie will ja nicht nur das Kindergeld erhöhen, sondern vor allem die Kinderfreibeträge, von denen besonders Gutverdiener profitieren. Der SPD gelang es eine ganze Debatte lang, die sowohl gerechtere als auch sparsamere Alternative zu verschweigen, die in ihrem eigenen Wahlprogramm steht: Erhöhung nur beim Kindergeld und Abstriche bei den Freibeträgen.

Sollte es zutreffen, dass die Luft für Merkel dünner wird, dann wird es höchste Zeit, dass die Opposition die letzte Gelegenheit zur Wende nutzt. Wenn Rot-Grün so zaghaft agiert wie bisher, dann könnte die Opposition wider Willen zu dem werden, was Thomas de Maizière nicht mehr ist: zum Rettungsanker für Angela Merkel.

Stephan Hebel ist Autor des Buches *Mutter Blamage. Warum die Nation Angela Merkel und ihre Politik nicht braucht*

ANZEIGE

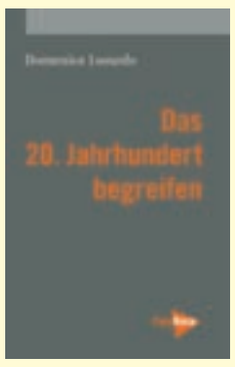
PapyRossa Verlag | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln



Wolfgang Gehrcke / Christiane Reymann (Hrsg.)
Syrien – Wie man einen säkularen Staat zerstört und eine Gesellschaft islamisiert

187 Seiten, € 9,90
978-3-89438-521-7

Längst ist in Syrien der anfangs friedliche Protest in einen von außen geschürten und finanzierten bewaffneten Aufstand übergegangen, der einen demokratischen Wandel abwürgt. Das Buch ordnet den Konflikt historisch ein, untersucht seinen Stellenwert in der Politik des Westens und skizziert Wege zu Verhandlungslösungen.



Domenico Losurdo
Das 20. Jahrhundert begreifen

95 Seiten, € 8,00
978-3-89438-524-8

Dass die Oktoberrevolution zu den Grundübeln des 20. Jahrhunderts gehöre, gilt als selbstverständlich. Doch ohne den Oktober 1917 wäre die Überwindung der drei großen Diskriminierungen – Einschränkung der politischen Rechte der Frauen und der Subalternen sowie Kolonialismus und Rassismus – kaum denkbar.

Tel. (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de | www.papyrossa.de

Mehr Ökologie wagen

Umdenken Das Hochwasser sinkt. Merkwürdig nur, dass die Parteien bei diesem Thema so zurückhaltend sind. Das ist eine Chance für die Linke

■ **Michael Jäger**

FOTO: RONNY HARTMANN/AFP/GETTY IMAGES

Die Parteien könnten in der Umweltpolitik ruhig etwas offensiver sein: Hinterland der Elbe

Die Linke tagt am Wochenende in Dresden, das gerade von der Flut heimgesucht wurde, um ihr Wahlprogramm zu beschließen. Macht sie etwas aus diesem Zusammentreffen? Die Frage führt mitten in die Probleme dieser Partei, die in den letzten drei Landtagswahlen scheiterte.

Um ihre Lage zu begreifen, empfiehlt sich ein Rückblick auf die vergangenen zwölf Monate seit dem chaotischen Parteitag in Göttingen. Die dort gewählten Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger erwiesen sich als harmonisches und inner- wie außerparteilich erfolgreiches Gespann. Sie gingen sofort daran, unter der Losung „Fragend schreiten wir voran“ die innerparteiliche Diskussion zu organisieren und mit der einvernehmlichen Vorstandsempfehlung des Wahlprogrammentwurfs auch zu einem guten Ende zu führen. Auf der öffentlichen Bühne machen sie eine gute Figur. Die Medien wenden sich zwar weiterhin an Dietmar Bartsch, den sie favorisieren, und an Fraktionschef Gregor Gysi, wenn sie jemanden für die Partei sprechen lassen wollen. Doch haben sie Kipping und selbst Riexinger letztlich ebenso viel Schreib-, Rede- und Sendeplatz eingeräumt. Dazu trägt sicher bei, dass die beiden nicht verbiestert, sondern sehr kommunikativ auftreten.

Den innerparteilichen Konflikt zu besänftigen, ist bisher gelungen. Eine Klippe war die Aufstellung der Spitzenkandidaten für die bevorstehende Bundestagswahl. Oskar Lafontaine trat nicht an, wohl weil er weiß, dass er die Zeit besser nutzt, wenn er Sahra Wagenknecht unterstützt. An deren Seite aber wollte der „Reformer“ Gysi nicht kandidieren. Also fand man die Lösung einer ganzen Gruppe von Kandidaten, der neben Gysi und Wagenknecht auch Bartsch sowie einige weniger bekannte Linke angehören. Viele Medien fanden das albern, doch der Unterschied zum „Kompetenzteam“ des SPD-Kandidaten Peer Steinbrück war nicht so groß. Bemerkenswert ist eher, dass nicht auch Kipping und Riexinger der Gruppe angehören. Sie sind klug genug, sich auf ihre Vorstandsrolle zu konzentrieren, die nach Lage der Dinge vor allem darin besteht, die Partei zusammenzuhalten. Die Energie der Flügelexponenten wird nach außen gelenkt, wo sie einzig von Nutzen sein kann.

Die Dialektik des Hochwassers

Eine weitere Klippe war Lafontaines Stellungnahme zum Euro. Da dieser Mann bei den Medien unbeliebt ist, fehlte ihnen wie üblich die Bereitschaft, ihm genau zuzuhören; sie behaupteten, er wolle wie die neue Partei Alternative für Deutschland den Euro abschaffen. Stattdessen hatte er nur zu bedenken gegeben, dass Staaten mit schwächeren Volkswirtschaften einst die Option zum Geldabwerten brauchten und man sie ihnen zurückgeben sollte. Vom Euro sollten sie deshalb nicht gänzlich abgekoppelt sein. War Lafontaines Überlegung so unvernünftig? Die Parteiführung betonte nur, dass sie am Euro nicht rütteln lasse; man sieht daran, wie gefährlich der innerparteiliche Konflikt immer noch ist. Eine richtige Debatte würde zu viele Wunden aufreißen. Die Medien aber, ohnehin immer bemüht, Lafontaine zu isolieren, konnten dessen Überlegung nicht als Haltung der Partei hinstellen, sodass für diese kein Schaden eintrat. Der Parteitag in Dresden wurde mit Ruhe vorbereitet, und der Wahlprogrammentwurf ist tatsächlich nicht schlecht. Dennoch muss man gerade aus Anlass eines solchen Programms fragen, warum die Linke in den letzten Wahlkämpfen nicht erfolgreicher war. Und da kommen wir auf die Überflutung zurück.

Die Überflutung ist nicht zuletzt ein ökologisches Thema. Die Frage, ob ein Zusammenhang mit der Klimakatastrophe besteht, hatte sich schon 2002, beim letzten Elbehochwasser, aufgedrängt. Damals wurde sie von den Grünen noch ziemlich laut gestellt. Man konnte wissen, dass man keiner „Jahrhundertkatastrophe“, sondern eher einer Jahrzehntkatastrophe beiwohnte. Jetzt, wo die nächste, noch schlimmere eingetreten ist, wäre ein bisschen Rechthaberei der Grünen – wie 2011 nach dem Atomunglück von Fukushima – durchaus angebracht gewesen. Aber nichts dergleichen.

Märchen vom Elektroauto

Die Grünen stellen den möglichen Zusammenhang mit der Klimakatastrophe an so versteckter Stelle her, dass man es kaum bemerken kann. Dass er anderswo ohnehin versteckt wird, ist auch klar. Die Medien fragen, warum keine haltbaren Dämme gebaut wurden, nicht aber, warum man die Klimakatastrophe so weiterlaufen lässt, mit jährlichem Ansteigen des CO_2-Austoßes. Bei dieser Frage müsste man sich ja mit der mächtigen deutschen Autoindustrie anlegen.

Da hätte die Linke eine Aufgabe. Ihr Entwurf für das Wahlprogramm enthält einen guten ökologischen Teil, der auch auf die Probleme der Autokultur und -industrie hinreichend eingeht. Anders als den Grünen fehlt es ihr nicht an der notwendigen Radikalität, das Märchen vom ökologisch verträglichen Elektroauto zurückzuweisen. Indessen steht der ökologische Teil des Wahlprogramms an zweiter Stelle, zuerst kommen die Fragen der Sozialpolitik. Dies hängt auch mit dem Koalitionsgebaren der Partei und namentlich ihrer „Reformer“ zusammen, die sich an der SPD orientieren. Von Katja Kipping weiß man zwar, dass sie eher mit den Grünen konkurrieren will, doch ist daraus bisher keine Politik geworden. Dabei wäre es so wichtig für die Wahlkämpfe in Westdeutschland.

Ökologische Veränderung gerne. Aber bitte keine Radikalität

Die Partei macht sich zu wenig klar, was für ein Menschenschlag in Westdeutschland lebt. Diese Menschen, wie man sie in ihren Kaufhaus- und Eisdielen-umsäumten Fußgängerzonen antrifft, sind für politische Veränderung sehr wohl zu haben. Doch vor jeder Attitüde, die ihnen radikal scheint, scheuen sie zurück. Ökologische Veränderung, das verstehen sie. Deshalb sind die Grünen so erfolgreich. Hier den Hebel anzusetzen, wäre kluge linke Politik. „Ökologie entschieden statt verwässert“ und „Ökologische Veränderung sozial abfedern“: So könnte man den Grünen entgegentreten. Die Linke sagt beides, aber es steht eben nicht im Vordergrund. Man nimmt sie nur als sozialpolitische Partei wahr, die außerdem noch gegen Kriegseinsätze auftritt. Der Parteitag in Dresden wäre die Gelegenheit, einen neuen Akzent zu setzen. Es ist ja fast ein Wunder, dass er trotz der Flutschäden überhaupt stattfinden kann.

Mit Gottes Segen

Kirche Proteste von Pazifisten? Nun soll die Bundeswehr das Hausrecht bei Trauerfeiern erhalten

■ **Michael Schulze von Glaßer**

In der Regel freut sich die Kirche über jeden Besucher. Jetzt aber sollen die Friedensaktivisten das Gotteshaus verlassen. Sie haben Schlafsäcke dabei, halten ein Transparent hoch und verteilen Flugblätter. Die Domkirche St. Eberhard in Stuttgart wollen sie besetzen, um ein paar Tage später einen Soldatengottesdienst zu verhindern. Doch der Dompfarrer ruft sofort die Polizei, die Aktivisten werden festgenommen.

Der verhinderte Protest ist knapp drei Jahre her, in Zukunft werden es Pazifisten bei ihren Aktionen gegen die Armee schwieriger haben – wenn in den Kirchen bald nur noch die Bundeswehr das Sagen hat. Vor wenigen Tagen ist ein Brief der evangelischen Militärseelsorge bekannt geworden, der von der Landeskirche Hannover an die Gemeinden weitergeleitet wurde. Bei Trauerfeiern für verstorbene Soldaten sollten die Gemeinden ihr Hausrecht doch bitte an die Bundeswehr abtreten – aus „Gründen der Gefahrenabwehr und um Störungen vermeiden zu können“. Diese Regelung sei „mit der Theologischen Abteilung im Landeskirchenamt abgestimmt“.

Verpflichtend ist die Empfehlung zwar nicht. Damit die Gemeinden aber auch keine Ausrede haben, ist ein Musterschreiben zur Übertragung des Hausrechts an die Feldjäger gleich beigefügt. Datum und Ort einsetzen, unterschreiben, fertig.

Besonders brisant: Solche Maßnahmen sind offenbar in der Geschichte einmalig. „Das Hausrecht der Kirche ist ein ganz hohes Gut, welches selbst in der DDR und in der Nazi-Zeit verteidigt wurde“, sagt Gerhard Biederbeck, der seit Jahrzehnten Kirchenmitglied ist und den Brief veröffentlichte. Die Kirche lasse sich von der Bundeswehr vereinnahmen, kritisiert der Friedensaktivist. Ist dem Militär erstmal das Hausrecht eingeräumt, wären absurde Situationen möglich: „Die Feldjäger könnten rechtlich sogar einem Pfarrer, der sich während eines Gottesdienstes kritisch über das Militär äußert, das Wort entziehen.“

EKD will sich nicht äußern

Die evangelische Militärseelsorge, die übrigens zur Bundeswehr gehört, verteidigt das Schreiben: „Ich verstehe jeden Verantwortlichen der Feldjäger, der Rechtssicherheit haben will, wenn er seine Jungs dazu anweist, die 400 Demonstranten mit den Trillerpfeifen am Kircheneingang zu stoppen“, sagt Sprecher Walter Linkmann. Bisher habe es zwar noch keine Proteste auf Bundeswehr-Trauerfeiern gegeben, doch seien auch die Kirchen mit der Abgabe des eigenen Hausrechts an die Militärpolizei auf der sicheren Seite und könnten bei Vorfällen von der Politik nicht zur Verantwortung gezogen werden.

Dass die Vorstellung von Demos auf Trauerfeiern nicht ganz abwegig ist, zeigen die vielen Aktionen bei anderen Bundeswehr-Veranstaltungen. In Köln wurde im Januar 2011 gegen einen Internationalen Soldatengottesdienst protestiert, ebenso im November 2012 gegen ein Adventskonzert der 1. Panzerdivision in einer Hannoveraner Kirche. Und beim Evangelischen Kirchentag im vergangenen Monat in Hamburg sprang bei einer Veranstaltung mit Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) eine Friedensaktivistin kurzzeitig auf die Bühne. Immer auf der anderen Seite dabei: Militär und Polizei.

Die Diskussion über das Hausrecht ist für die evangelische Kirche eine heikle Angelegenheit, engagieren sich doch in den Gemeinden auch viele Friedensbewegte. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) möchte sich deswegen offiziell auch nicht zur Hausrecht-Übertragung äußern. Das sei alleinige Sache zwischen der Militärseelsorge und der Landeskirche Hannover. Andere Teile der Kirche hätten den Brief nach Kenntnissen der EKD bisher nicht an ihre Gliederungen weitergeleitet.

Bei der Landeskirche Hannover versteht man die ganze Aufregung nicht. „Das ist ein übliches und ganz schlichtes bürokratisches, kirchliches Handeln“, sagt Sprecher Johannes Neukirch. Es gehe darum, bei Bundeswehr-Trauerfeiern die Sicherheit – auch der anwesenden Minister oder der Kanzlerin – zu gewährleisten. Da sei es aus pragmatischen Gründen am besten, das Hausrecht an die Feldjäger abzugeben.

Und die Verantwortung wird gleich mitabgegeben. Die Proteste kann dann ja die Bundeswehr verhindern. Für das Kirchen-Image ist das sowieso deutlich besser.

Michael Schulze von Glaßer schrieb im *Freitag* zuletzt über die „Euro Hawk“-Drohne

ANZEIGE

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird in Deutschland immer größer. Die Agenda 2010 und die Steuerpolitik der Regierungen von Schröder bis Merkel haben die hohen Einkommen begünstigt. Eliteforscher Michael Hartmann zeigt anhand neuester Forschungsergebnisse, wie die deutsche Elite über die soziale Ungleichheit im Land denkt. Sein Fazit: Die immer stärkere Orientierung der Politik an den Interessen der Wirtschaft und der reichen Deutschen droht unsere Demokratie auszuhöhlen. **2013. 215 Seiten. € 24,99**

campus.de

campus
Frankfurt. New York

der Freitag | Nr. 24 | 13. Juni 2013

Bereuen sie wirklich?

Ruanda Fast 20 Jahre nach dem Völkermord am Volk der Tutsi ist der Autor nach Kibuye zurückgekehrt, um Überlebende und Mörder von einst zu treffen

■ Chris McGreal

Die neunjährige Lucie Niyigena war völlig in Panik und verwirrt, als sie über die blutüberströmte Leiche ihres Großvaters stieg, um durch die Hintertür der Kirche zu entkommen. Damals – so erinnert sie sich fast zwei Jahrzehnte später – sei sie nur von einem Drang beherrscht worden, der stärker als alles andere gewesen sei – im Tod nicht von ihrer Mutter getrennt zu sein. „Alles, woran ich denken konnte, war, dass ich bei ihr sein wollte, was auch immer passiert. Noch heute – obwohl ich eigentlich von hier weg will, weil an diesem Ort so viel Schreckliches geschehen ist, und es noch immer Leute gibt, die wollen, dass sich alles wiederholt – könnte ich meine Mutter niemals verlassen."

Im April ist Lucie in die Kirche zurückgekehrt und hat vorsichtig einige Schädel der Tutsi gewaschen, die dort im Frühjahr 1994 an einem einzigen Tag ermordet wurden. Dank einiger Hutu-Polizisten und einiger Nachbarn konnten Lucie und ihre Mutter Madalena Mukariemeria überleben. Das war in dieser Gegend weniger als einem von 30 Tutsi vergönnt. Insgesamt fielen zwischen April und Juni 1994 800.000 Angehörige dieser Volksgruppe den von einer extremistischen Hutu-Regierung ausgelösten Massakern zum Opfer.

Doch das Überleben hat einen Preis. Der Massenmord hat Lucies Leben bestimmt, auch wenn sie noch ein kleines Mädchen war, als vor 19 Jahren die Welle des Todes über die 48.000 Einwohner zählende Stadt Kibuye am Rande des Kivu-Sees hereinbrach.

War sie in der ersten Zeit danach traumatisiert, gab es später auch manchen Hoffnungsschimmer, ebenso Misstrauen und Angst. Die Regierung des ehemaligen Rebellenführers Paul Kagame, der im Juni 1994 mit seiner Patriotischen Front (FPR) dem Völkermord ein Ende bereitete, will ein neues Ruanda aufbauen, in dem die Ideologie des Hasses für immer begraben sein soll. Wie die Leichen der Opfer.

Lucie Niyigena ist Teil eines einzigartigen Experiments, bei dem ein ganzes Land dazu gedrängt wurde, Buße zu tun, zu vergeben und sich auszusöhnen, ohne zu vergessen. Das bedeutete: Die Mörder gestehen und bitten um Gnade. Sie werden von den Überlebenden, deren Familien getötet wurden, wieder als Nachbarn akzeptiert, wenn sie aus der Haft entlassen werden. Mittlerweile wird einer neuen Generation nahegebracht, die Unterscheidung in Hutu und Tutsi abzulegen und im Wiederaufbau Ruandas eine gemeinsame Mission und ein neues Selbstverständnis zu finden.

Einige nahmen diese Versöhnung tatkräftig an. In Kibuye haben Hutu, die 1994 zu Schlächtern geworden waren, ihre Verbrechen gestanden und von Reue gesprochen. Durch einige Überlebende wurden sie daraufhin als geläuterte Seelen angenommen. Kratzt man aber an der Oberfläche, wird sichtbar: Schock und Schmerz sitzen nach wie vor tief, überwunden sind sie nicht.

Als würden Fische gefangen

Ein paar Meter von der Stelle entfernt, an der Lucie die Schädel der Toten säubert, kehrt ein Mann Blätter von einem Massengrab, in dem etwa 4.000 Tutsi begraben liegen. Er kommt mir bekannt vor, trägt er doch noch immer den gleichen sauber rasierten Bart und hat noch immer den gleichen gehetzten Blick. Ich traf ihn 1994 ein paar Wochen nach dem Massaker in der Kirche, als der Geruch der Toten, die man einfach vor die Tür geworfen hatte, über der Sonntagsmesse hing. Mitglieder der Gemeinde hielten sich Tücher vors Gesicht, während sie beteten. Sie machten die Tutsi selbst für deren Tod verantwortlich.

Lucie erinnert mich schließlich an den Namen des Mannes. Er heiße Thomas Kanyeperu, sei früher schon Gärtner der Kirchengemeinde gewesen und habe wegen Beihilfe zum Genozid neun Jahre gesessen. „Er beteuerte, unschuldig zu sein", erzählt Lucie, „und Tutsi gerettet zu haben. Vielleicht hat er ein paar gerettet. Andere aber hat er getötet. Selbst heute noch hasst er uns. Sie werden sehen."

Die Massaker waren in Kibuye und der umliegenden Provinz so effizient – von den 250.000 in der Gegend lebenden Tutsi wurden bis auf 8.000 alle getötet –, dass sie als der „reine Genozid" traurige Berühmtheit erlangten. Das war zum Teil das „Verdienst" von Provinzgouverneur Clément Kayishema, eines Arztes, der vor den marodierenden Interahamwe-Milizen der Hutu-Extremisten fliehende Tutsi im Radio dazu aufforderte, in der Kirche von Kibuye Zuflucht zu suchen. Die Bedrängten bemerkten schnell ihren Fehler. Die Kirche lag auf einer kleinen Halbinsel im Kivu-See. Als dort am 17. April 1994 das Morden begann, war jeder Fluchtweg verschlossen. Einige wollten sich aus der Kirche ins Wasser retten, doch wurden aus Booten Granaten in den See geworfen – als wollten die Interahamwe-Milizionäre Fische fangen.

Lucie Niyigena war neun Jahre alt, als eine Welle des Todes über ihre Welt hereinbrach

Lucie und ihre Mutter Madalena saßen im Inneren der Kirche fest, als die Killer hineinstürmten und mit Macheten um sich schlugen. Als Tutsi durch eine Hintertür fliehen wollten, wurden sie erschlagen. Auch Lucies Großvater. Andere wurden von Männern, die mit Nägeln übersäte Knüppel schwangen, zur Exekution aufgestellt. Am Abend dieses Tages lagen in der Kirche und ringsherum Tausende von Leichen. 24 Stunden später wurden im Fußballstadion von Kibuye noch einmal etwa 10.000 Tutsi getötet. Gerettet wurden Lucie und Madalena durch Polizisten, die so taten, als würden sie die beiden zur Hinrichtung bringen. „Als sie uns abführten, hörten wir das Weinen eines Kindes. Wir zitterten vor Angst und dachten, dadurch würden die Interahamwe angelockt", erinnert sich Lucie. „Ich dachte bei mir: Halt den Mund! Sei still oder stirb!" Doch ein Polizist rettete den Jungen, der heute als Offizier in der ruandischen Armee dient.

Lucie und Madalena fanden bei Nachbarn Zuflucht; als das zu gefährlich wurde, versteckten sie sich in einem Bananenhain. Doch es half nicht viel, Madalena wurde entdeckt, vergewaltigt und schließlich von einem Hutu-Geschäftsmann vor dem sicheren Tod bewahrt, weil der die Interahamwe mit seinem Geld bestach.

Nach dem Genozid nahm die heute 62-jährige Madalena sechs Waisen aus ihrer erweiterten Familie auf. Savera Mukasharango, eine ihrer Pflegetöchter, beging mit 15 Jahren Selbstmord, nachdem sie auf den Straßen Kibuyes den Mörder ihres Vaters getroffen und diesem von Angesicht zu Angesicht gegenübergestanden hatte. „Das traf sie so sehr, dass sie sich danach in den See warf und ertrank", erzählt Madalena. „Heute verlangt man von uns, mit den Leuten zusammenzuleben, die unsere Familien auf dem Gewissen haben. Man sagt uns, es tue ihnen leid, und sie würden es nicht wieder tun. Ich gehöre nicht zu denen, die an Reue glauben."

Ein paar Jahre nach dem Völkermord reiste ich mit Tharcisse Karugarama zusammen nach Kibuye. Der damals gerade neu ernannte Staatsanwalt für die Region hatte einen kleinen verstümmelten Waisenjungen adoptiert, dem die Interahamwe die Arme abgehackt hatten. Mit der Zeit stieg Tharcisse auf, vom Staatsanwalt zum Richter und dann zum Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs. Als Ruandas Justizminister musste er sich mit der Frage beschäftigen, wie mit nahezu 150.000 Tätern weiter verfahren werden sollte, die nach 1994 in überfüllte, stinkende Gefängnisse gepfercht worden waren.

Die Überlebenden verlangten Gerechtigkeit für ihre toten Väter, Mütter und Kinder, doch verfügte die Regierung weder über genügend Richter noch Gerichtssäle, um allen den Prozess zu machen. Sie stand vor der Entscheidung, sie ohne ordentliches Verfahren im Gefängnis zu behalten oder freizulassen – ohne Sühne für ihre Taten. Beides drohte die bittere Erinnerung an den Genozid noch weiter zu belasten. Andererseits wollte Präsident Kagame eine neue ruandische Identität jenseits von Hutu und Tutsi. Die Antwort wurde letzten Endes bei jener traditionellen Rechtspflege gefunden, die unter dem Begriff *Gacaca* bekannt ist und zu einer Mischung aus Verhandlung und lokalen Wahrheits- und Versöhnungskommissionen führte. Die Herausforderung bestand darin, die Mörder zu Geständnissen zu bewegen und den Überlebenden bei der Suche nach dem Ort zu helfen, an dem ihre Angehörigen ermordet worden waren. Gleichzeitig dienten die Gerichte als Mittel, um den Hutu-Extremisten im Ausland, die den Genozid leugneten, etwas entgegensetzen zu können.

Unter Leichen versteckt

250.000 ehrenamtliche Richter wurden gewählt. Bei Gacaca-Anhörungen durfte jeder das Wort ergreifen, für oder gegen einen Angeklagten. Letztere wurden aufgefordert, ihre Verbrechen zu gestehen und die Namen anderer Täter zu nennen, um dafür im Gegenzug Strafmilderung zu erhalten und oftmals vorzeitig aus den grauenvollen Gefängnissen entlassen zu werden. Die Schleusen öffneten sich. „Wir erfuhren, was sich in Wahrheit ereignet hatte. Wer tat was, wie, wann und wo", sagt Tharcisse. „Einer der Erfolge von Gacaca besteht darin, dass alles zur Sprache kam. Mir ist nicht bekannt, dass irgendetwas Bedeutendes ignoriert oder vertuscht werden konnte. Das war nahezu ausgeschlossen."

Seitd Louis Rutaganira bei einer Gacaca-Anhörung vom Schicksal seiner Familie erfahren hat, setzt er sich intensiv für die Aussöhnung ein. Das Letzte, was Louis von seiner Frau Marie Claire sah, war, wie sie vor der katholischen Kirche in Kibuye mit Macheten zerhackt wurde. Auch drei seiner vier Kinder, die damals zwischen sechs und zwölf Jahre alt waren, sah er nie wieder. Louis überlebte, indem er sich unter den Leichen versteckte, die sich in den Kirchenbänken stapelten. Er geht davon aus, dass 86 seiner Verwandten in und im Umfeld der Kirche gestorben sind. Heute betreibt er einen Stand für Textilien auf Kibuyes neuem Markt und hat wieder geheiratet.

Louis war skeptisch, als die Regierung begann, für Vergeben und Versöhnen zu werben. „Uns wurde nun jeden Tag gesagt, wir sollten hart arbeiten und die Vergangenheit vergessen. Wir sollten nationale Versöhnung an die erste Stelle setzen. Aber das war schwer, als die Killer nicht einmal sagen wollten, wie unsere Angehörigen gestorben waren." Dann kam Gacaca, und Louis erfuhr, wer seiner Frau alle Glieder abgeschnitten und sie hatte verbluten lassen. „Es war schockierend, das Bekenntnis des Mörders meiner Frau zu hören. Auch diejenigen, die meine Kinder umbrachten, gestanden ihre Tat, obwohl sie niemand gezwungen hatte, den Mund aufzumachen. Aber was blieb mir übrig, als ihnen zuzuhören? Ich habe ihre Entschuldigungen akzeptiert. Das war schmerzlich, aber notwendig. Die Mörder sind nun unsere Nachbarn."

Treibhaus des Todes – Ruanda zwischen April und Juli 1994

Attentat Das Flugzeug des Präsidenten Juvenal Habyarimana wird am **6. April** beim Anflug auf Kigali abgeschossen. Daraufhin übernehmen Hutu-Extremisten die Macht. Erste Pogrome gegen die Volksgruppe der Tutsi beginnen, zunächst im Raum Kigali, bald im ganzen Land.

Lynchmord Zehn belgische Soldaten der UN-Mission UNAMIR werden am **7. April** bei dem Versuch, die Tage später ermordete Ministerpräsidentin Agathe Uwilingiyimana zu schützen, von einem aufgebrachten Hutu-Mob gelyncht.

Todesschwadron In der Missionsschule *Don Bosco*, die bis dahin unter UN-Schutz stand, suchen bis zum **12. April** mehr als 2.500 Menschen Zuflucht. Dann dringen mit Macheten bewaffnete Interahamwe-Milizen ein und richten ein Blutbad an – es gibt keine Überlebenden.

Abzug Geschockt durch die Angriffe auf Blauhelm-Soldaten beschließt der UN-Sicherheitsrat am **22. April** das UNAMIR-Kontingent von 2.000 auf 270 Mann zu verringern. Es gibt zu diesem Zeitpunkt bereits Zehntausende von Toten.

Intervention Frankreich interveniert am **22. Juni** mit 3.000 Fallschirmjägern in Ruanda und deklariert die *Operation Türkis* als „friedenserzwingende Aktion" nach Kapitel VII der UN-Charta. Tatsächlich wird ein Korridor errichtet, um Hutu-Politiker außer Landes zu schleusen.

Befreiung Truppen der Patriotischen Front (FPR) unter Paul Kagame erreichen am **4. Juli** Kigali. Es wird eine neue Regierung gebildet und die Gewalt im Land umgehend eingedämmt. Bis dahin sind etwa 800.000 Menschen getötet worden. *LH*

FOTOS: ANDY HALL/THE GUARDIAN

Gedenkgottesdienste der Überlebenden können nicht die Erinnerung daran überdecken, dass in der Kirche von Kibuye Tausende massakriert wurden. Ein Ort von vielen in Ruanda, die zu einem Golgatha ohnegleichen wurden

Zacharia Niyorurema stand ebenfalls vor einem Gacaca-Gericht. Er sah sich mit dem Vorwurf konfrontiert, seine Tutsi-Nachbarn ermordet zu haben, darunter seinen ehemaligen Lehrer. Nachdem er nahezu zehn Jahre im Gefängnis gesessen hatte, bat Zacharia den Sohn des Toten, Odile Kabayita, um Vergebung. „Der sagte mir schließlich, er glaube an meine Reue, dennoch solle ich zum Gacaca-Gericht gehen und die ganze Geschichte erzählen." Das Gericht nahm Zacharias Geständnis an und entließ ihn 2006 aus dem Gefängnis. Heute arbeitet er auf einer Baustelle.

Manche hassen weiter

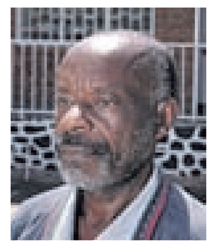
Odile Kabayita steht der Assoziation der Überlebenden in Kibuye vor. Zunächst lehnte der Verband die Gacaca-Gerichte ab und warf ihnen vor, zu milde mit den Tätern umzugehen. Als allerdings die Verhandlungen Erkenntnisse zutage förderten, wo Vermisste vergraben lagen, wo sich längst überwucherte Massengräber befanden und ganze Familien in Latrinen geworfen worden waren, ließen sich Odile und andere vom Wert der Gerichte überzeugen. Odile sagt, er habe Zacharia vergeben, um einen Beitrag zur Versöhnung Ruandas zu leisten. Im Gegenzug half Zacharia Odile beim Bau eines neuen Hauses. „Ich bin ein guter Christ und habe sein Geständnis akzeptiert. Wir müssen das für unser Land tun. Es schmerzt dennoch, weil ich nicht sagen kann, ob es die Täter wirklich ernst meinen. Doch denkt man an das Jahr 1994 zurück, gibt es einen großen Fortschritt. Wir freuen uns inzwischen, wenn jemand kommt und bekennt, Schuld auf sich geladen zu haben", meint Odile.

In nunmehr zehn Jahren haben die Gacaca-Gerichte Anklagen gegen 1,3 Millionen Ruander geprüft. Es ging um fast zwei Millionen Verbrechen. „Den Opfern widerfährt Gerechtigkeit und den Tätern widerfährt Gerechtigkeit", glaubt Minister Tharcisse.

In den vergangenen 20 Jahren hat sich vieles verändert. Kibuye, einst ein rückständiges und wegen seiner schlechten Straßen isoliertes Nest, verfügt heute über einen Autobahnanschluss in Richtung der Hauptstadt Kigali, es gibt mehrgeschossige Banken sowie ein Kulturmuseum. Am Strand des Sees reihen sich Touristenhotels. Straßenlaternen in den Nationalfarben erleuchten die Stadt.

Vor zehn Jahren war das Gefängnis das auffälligste Gebäude und wirkte wie eine Metapher für den Albtraum, den die Stadt ertragen musste, die Zellen voller Mörder im rosa Häftlings-Drillich. Heute liegt auf diesem Areal ein Park. Wie überhaupt die Gedenkstätten für die Opfer wohlgeordnet und gepflegt sind, wenig Pathos zulassen, eher stilles Erinnern.

Die meiste Zeit tragen die Menschen in Kibuye den Schmerz stumm in sich. Manchmal bricht er hervor. Als im April eine Prozession vom Stadion zur Kirche zum alljährlichen Gedenken an den Genozid stattfand, brach unter dem Eindruck der gefühlvollen Gesänge ein Überlebender nach dem anderen vor Schmerz zusammen.



Thomas Kanyeperu saß neun Jahre im Gefängnis und sagt, dass Mord keine Lösung ist

Insofern deuten nicht alle die Gacaca-Gerichte als den Erfolg, wie ihn die Regierung feiert. Sie haben zwar zu jeder Menge Geständnissen geführt, aber allzu oft verteidigten sich die Schuldigen damit, „nur Befehle befolgt" zu haben. So fragen sich viele Tutsi, ob einige nicht wieder tun würden, was sie getan haben, sollte es jemand „befehlen". Lucies Mutter Madalena trat regelmäßig als Zeugin bei den Gacaca auf. „Die Mörder, die aus dem Gefängnis entlassen waren, hassten uns ganz besonders. Selbst heute noch hassen sie uns, weil wir gegen sie ausgesagt haben. Nachts werfen sie Steine gegen mein Haus. Sie töten mein Vieh, vernichten meine Bananen. Sie kaufen nicht in meinem Laden und beschimpfen mich."

„Manche der Mörder sagten die Wahrheit über das, was geschehen ist, andere hingegen nicht", erzählt Madalena über Gacaca. Da sie der offiziellen Linie widerspricht, wird sie von Cyriaque Niyonsaba, der die politische Verantwortung im Distrikt trägt, zu dem Kibuye gehört, als Spinnerin abgestempelt. „Sie kann sich nicht benehmen. Sie erzählt Geschichten, die nicht wahr sind", sagt er mir bei unserem ersten Treffen. „Selbst die anderen Überlebenden fordern sie auf, endlich zu schweigen."

Madalena räumt das ein. „Ich kann meinen Mund nicht halten. Aber ich bereue das nicht, denn ich sage die Wahrheit. Für mich ist es ein Akt der Solidarität mit den Getöteten. Ein paar Überlebende wollen nicht reden. Sie kommen zu mir und sagen: ‚Redest du? Nein? Dann halt doch einfach den Mund.' Aber das kann ich nicht."

An dem Tag, da Lucie die Schädel reinigt, muss Thomas Kanyeperu, der sich früher um die Kirche kümmerte und wegen seiner Beteiligung am Völkermord neun Jahre im Gefängnis saß, einen Tag lang helfen, um das Grundstück für die alljährliche Woche des Erinnerns herzurichten. Ich erzähle Thomas, dass wir uns 1994 schon einmal hier getroffen hätten. Er missversteht mich und behauptet schnell, er sei während des Genozids nicht in Kibuye gewesen. Er müsse sich irren, am Fuße des Glockenturms hätten wir miteinander gesprochen, entgegne ich ihm. Da ändert er seine Geschichte und behauptet, ein Held gewesen zu sein, der Tutsi gerettet habe.

Zwei Bilder von Kagame

„Heute herrscht Freundschaft zwischen den Menschen", sagt Thomas. „Die Versöhnung hat funktioniert. Mir hat die Regierung sogar ein neues Haus zugewiesen." Plötzlich schleichen sich Zweifel in seine Stimme. „Leider gibt es immer noch ein paar Leute, die nicht verstehen, was nationale Aussöhnung bedeutet." Wer? „Leute, die auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind", antwortet Thomas.

Es wird deutlich, dass er von den Überlebenden spricht und denkt, nur die Hutu würden etwas für ethnische Brücken tun. „Manchmal sagen die Überlebenden Dinge, die nicht wahr sind. Einige behaupten, sie hätten Sachen verloren, die sie in Wirklichkeit nie besaßen. Es kann sein, dass einer kommt und behauptet, an einer bestimmten Stelle habe sein Haus gestanden, das zerstört worden sei. Diese Leute wollen nur Geld, aber manchmal kümmert sich die Regierung um sie zuerst. Daher der Hass."

Ich frage, welchen Hass er meint. „Manche Leute hassen sich immer noch, und das kommt oft vor."

Thomas zeigt keine wirkliche Sympathie für Opfer des Völkermordes. Doch er habe etwas gelernt. „Man erkennt, dass Mord keine Lösung ist. Wer getötet hat, musste erfahren – es brachte nur Unglück und Not. Ich hätte trotzdem nicht ins Gefängnis gehört mit all seinen Härten. Ich wurde krank und hatte großes Glück. Und das ging nicht allein mir so. Meine ganze Familie hat sehr gelitten."

Ich erzähle Lucie und ihrer Schwester Genevieve, einer Nonne, die ihr bei der Säuberung der Gebeine hilft, dass sich Thomas für unschuldig hält. Die beiden lachen. „Er hat getötet", sagt die Nonne. „Macht es Ihnen etwas aus, dass er leugnet?", frage ich Genevieve. „Was soll man erwarten?" Es gäbe viele, die genauso denken würden wie Thomas. „Diese Leute haben ihre Verbrechen nur eingeräumt, um aus der Haft entlassen zu werden. Reue kennen sie nicht. Die Überlebenden sind bereit, mit diesen Leuten zusammenzuleben, aber die wollen das gar nicht."

Madalena Mukariemeria glaubt nicht an die Reue der Täter und dass es nie wieder geschieht

Zwei Drittel der Ruander sind heute jünger als 25 und kennen nur eine schwache Erinnerung an die Gräuel. In der Schule werden sie aufgefordert, die Begriffe Hutu und Tutsi abzulegen und eine gemeinsame Identität zu finden. „Die meisten meiner Freunde sind Hutu", sagt Lucie. „Mit ihnen kann ich nicht über die Vergangenheit reden. Sie wollen den Genozid vergessen. Ich will erinnern. Sie denken weiter in den Kategorien Hutu und Tutsi. Ich sage ihnen, Präsident Kagame hat ein paar gute Dinge getan. Wenigstens ein paar von ihnen stimmen mir zu, längst nicht alle."

Lucie lacht, als ich sie frage, ob sie jemals einen Hutu heiraten könnte, weil es oft heißt, die Heirat zwischen den beiden Gruppen sei ein Beweis für erfolgreiche Aussöhnung. „Es wäre zu kompliziert, einen Hutu zu heiraten. Selbst wenn ich seine Familie kennen würde, glaube ich nicht, dass die mich akzeptieren könnte. Bei meiner Familie wäre es ähnlich. Es wäre schwierig für beide Familien, miteinander umzugehen. Sie sehen, ich habe nicht viel Hoffnung für die Zukunft".

Cyriaque Niyonsaba ist überzeugt, Ruanda habe sich so weit verändert, dass ein erneuter Genozid unmöglich sei. „Jeder Ruander schämt sich doch für all das, was passiert ist – dass Menschen ihre Nachbarn und ihnen völlig Unbekannte einfach abschlachten konnten."

In Madalenas Wohnzimmer hängen zwei Bilder von Paul Kagame. Für sie ist er der Erlöser und Beschützer. Vor ein paar Jahren sagte sie mir, wenn er je die Macht verlieren sollte – nach der Verfassung muss er sein Präsidentenamt im Jahr 2017 niederlegen –, würde sie sofort nach Uganda gehen. „Kagame kann nicht in jedes Haus kommen und den Leuten beibringen, wie sie sich aussöhnen sollen. Er spricht im Radio, und einige hören auf das, was er sagt. Aber er kann nicht von Tür zu Tür unterwegs sein, um den Menschen begreiflich zu machen, dass die Versöhnung ein Glück sein kann. Die, die getötet haben, bereuen ihre Taten nicht. Wenn sie die Möglichkeit dazu erhalten, würden sie es wieder tun."

Lucie zögert. „Den Landsleuten, die Ruanda in den vergangenen Jahren verlassen haben, geht es besser. Sicher, das ist ein Ausweg." Dann blickt sie zu Madalena. „Aber ich kann meine Mutter nicht allein lassen."

Chris McGreal ist Zentralafrika-Korrespondent des *Guardian*
Übersetzung: Holger Hutt

Klassenausflug mit der Industrie

Lobbyismus Ein Palmöl-Konzern lädt Europaabgeordnete nach Malaysia ein – kurz vor einer wichtigen Entscheidung der EU

■ **Felix Werdermann**

Brüssel ist ein Paradies für Lobbyisten. Zwischen 15.000 und 30.000 hauptberufliche Interessenvertreter tummeln sich schätzungsweise in der EU-Hauptstadt und versuchen den Politikern ihre Ideen nahezubringen. Die genaue Zahl der Einflüsterer kennt niemand, denn bislang fehlt ein verpflichtendes Register. Bekannt sind hingegen die Methoden der Lobbyisten: Positionspapiere formulieren, Gesetzesentwürfe und Änderungsanträge schreiben, mit Politikern essen gehen, Abendveranstaltungen organisieren. Wenn es so etwas gibt wie eine Königsdisziplin, dann ist es vielleicht die gemeinsame Reise von Lobbyisten und Politikern. Sie erlaubt ein Kennenlernen in ruhiger Atmosphäre, und sie schweißt zusammen.

Häufig werden diese Ausflüge kaum beachtet, doch eine Reise sorgt inzwischen bei Umweltschützern und Entwicklungsorganisationen für starke Empörung. Die Agrospritindustrie hat Europaparlamentarier und ihre Mitarbeiter vier Tage lang nach Singapur und Malaysia eingeladen, mit Unterkunft in Luxushotels. Offiziell wurde die Reise als „fact-finding mission“ für Abgeordnete beworben, doch das Programm hat die Industrie bestimmt. Erst auf Druck von Brüsseler Nichtregierungsorganisationen haben auch lokale Umweltverbände einen Platz im Programm bekommen – eineinhalb Stunden ganz am Ende, als die meisten Abgeordneten schon abgereist waren.

Die Essenspreise steigen

Der Einsatz von Agrosprit – grünfärberisch auch als Biosprit bezeichnet – ist stark umstritten. Die pflanzlichen Kraftstoffe, etwa aus Palmöl, sollen eine umweltfreundliche Alternative zum Erdöl sein. Für die Plantagen werden jedoch teilweise Urwälder vernichtet, auch Indigene werden nach Angaben von Kritikern vertrieben. Zudem ist weniger Platz und weniger Wasser für den Anbau von Nahrungsmitteln da, was die Essenspreise steigen lässt. Inzwischen gehen Experten davon aus, dass auch die Klimabilanz von Agrosprit im Vergleich zu konventionellen Treibstoffen gar nicht so viel besser, teilweise sogar schlechter ist. Vor einigen Jahren wurde das noch anders gesehen.

FOTO: XINHUA/IMAGO

Pack die Palme in den Tank? In Südostasien entstehen riesige Plantagen, um Agrosprit herzustellen

Im Europaparlament entscheidet am Donnerstag kommender Woche der Industrieausschuss über die künftige Förderung von Agrotreibstoff, im Juli stimmt der Umweltausschuss ab. Die EU-Kommission will die Förderbedingungen verschärfen, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen wie BUND, Oxfam oder Misereor geht das nicht weit genug, sie fordern die Abschaffung der Förderung. Aber auch die Industrielobby macht mobil. Ihr Ziel: Agrosprit als umweltfreundlich darstellen.

Einer der größten europäischen Palmölimporteure, Neste Oil, nutzt dazu geschickt die Strukturen des European Energy Forums, EEF. Zusammen haben sie die Reise für Abgeordnete nach Südostasien organisiert, die vom 1. bis zum 4. Mai stattfand. Die Politiker sollten sehen, wie nachhaltig das Palmöl produziert wird. Das EEF ist für solche Lobbytätigkeiten bestens geeignet, hier arbeiten Politiker und Unternehmen schon seit Jahren Hand in Hand.

Offiziell bezeichnet sich das Forum als „unabhängige Non-Profit-Organisation“, die „weder politische noch wirtschaftliche Interessen“ verfolgt, sondern durch verschiedene Veranstaltungen einen Austausch zwischen Politik und Wirtschaft ermöglicht. In Wirklichkeit ist es eine gefährliche und auch anrüchige Nähe. Denn aktive Mitglieder können nur Europaabgeordnete werden – das Geld aber kommt zum allergrößten Teil von der Industrie, die von den Parlamentariern reguliert werden soll. Die 52 Abgeordneten zahlen jeweils 25 Euro pro Jahr und fühlen sich dem EEF als Mitglied verbunden, die Firmen als assoziierte Mitglieder kaufen sich ihren Einfluss für mindestens 7.000 Euro pro Jahr. Neste Oil gehört zu den Sponsoren, aber auch andere Ölfirmen wie BP, Shell oder ExxonMobile. Aus Deutschland sind beispielsweise die vier großen Energiekonzerne im EEF vertreten: Eon, EnBW, RWE und Vattenfall.

Die „ganze Bandbreite des Energiesektors“ werde vom Forum abgedeckt, sagt Alejo Vidal-Quadras, gleichzeitig Vizepräsident von EEF und Europaparlament. Für die Christdemokraten sitzt er im Industrieausschuss und verfasst dort als Berichterstatter die Empfehlungen zur Agrotreibstoff-Förderung. An der Reise nach Singapur und Malaysia hat er teilgenommen, „um aus erster Hand zu erfahren, wie der Biotreibstoff-Sektor in Malaysia aussieht“. Der Ausflug sei „extrem informativ und offen“ gewesen, sagt er.

Ab 7.000 Euro jährlich lässt sich Einfluss auf die Politiker nehmen

Das bewerten Brüsseler Umwelt- und Entwicklungsorganisationen ganz anders. „Das Programm ist total unausgewogen“, beschwert sich ein NGO-Vertreter, der nicht namentlich genannt werden möchte, um sein Verhältnis zu den Abgeordneten nicht zu belasten. Er halte einen von der Industrie finanzierten Ausflug generell für problematisch. „Diese Reise kann man nicht ‚fact-finding mission‘ nennen.“

In der Tat wurde fast die gesamte Zeit den Palmöl-Befürwortern eingeräumt, wie aus dem Programm hervorgeht. Die Teilnehmer besichtigten die weltgrößte Biodieselraffinerie in Singapur und mehrere Palmölplantagen in Malaysia. An einem Abend gab es eine Diskussion, veranstaltet vom Malaysian Palm Oil Board, einer Regierungsbehörde zur Förderung der Palmölindustrie. Als am letzten Tag gerade mal eineinhalb Stunden mit Vertretern lokaler Umweltorganisationen diskutiert wurde, waren drei der fünf Abgeordneten schon wieder abgereist. Dabei waren nur noch Vidal-Quadras und seine deutsche Fraktionskollegin Christa Klaß von der CDU, die als Schattenberichterstatterin zur Kraftstoffqualitäts-Richtlinie im Umweltausschuss sitzt.

Ursprünglich war am Samstagmorgen eine Sightseeing-Tour vorgesehen, wie ein früherer Programmentwurf zeigt. Nur weil die Brüsseler NGOs zufällig von der Reise erfuhren und intervenierten, wurde das geändert. Laut EEF hätten die lokalen Organisationen mehr Platz bekommen, wenn sie sich eher gemeldet hätten. Aber auch so habe es ein „Gleichgewicht“ zwischen NGOs und anderen Beteiligten gegeben.

Lobbyfahrten: offiziell erlaubt

Die lobbykritische Organisation Corporate Europe Observatory widerspricht dem. Das eineinhalbstündige Treffen mit der Zivilgesellschaft sehe eher nach einer „Greenwashing-Strategie“ aus, sagt Campaigner David Sánchez. Er kritisiert auch die Europaabgeordneten, die an der Fahrt teilgenommen haben: „Eine industriefinanzierte Reise unter Geheimhaltung und mit einer komplett unausgewogenen Agenda ist nicht akzeptabel.“ Wenn das Europaparlament einen Ausflug nach Malaysia für notwendig erachte, solle dieser vom Parlament organisiert und mit öffentlichen Geldern finanziert werden.

In diesem Fall hingegen mussten die Abgeordneten lediglich den Hin- und Rückflug zahlen, wie aus der Einladung hervorgeht, die dem *Freitag* vorliegt. Der Flug von Singapur nach Malaysia beispielsweise wurde von Neste Oil übernommen. Das Unternehmen sieht darin kein Problem, die Finanzierung sei vereinbar mit dem Verhaltenskodex für Europaabgeordnete zu finanziellen Interessen und Interessenkonflikten.

In der Tat sind solche Lobbypraktiken bislang erlaubt. Zwar dürfen die Parlamentarier nur Geschenke in einem Wert bis zu 150 Euro annehmen, heißt es in dem Kodex. Diese Regel gilt jedoch nicht für die „Erstattung von Reise-, Unterkunfts- und Aufenthaltskosten“, wenn die Abgeordneten „im Rahmen der Ausübung ihres Mandats“ an einer Veranstaltung teilnehmen.

Die linke Umweltpolitikerin Sabine Wils fordert nun Konsequenzen aus der Südostasienreise. „Parlamentarische Erkundungsmissionen, die von der Industrielobby gesponsert werden, gehören verboten“, sagt die Politikerin, die im Umweltausschuss des Europaparlaments sitzt. „Der Ausflug der konservativen Abgeordneten nach Malaysia bringt das Fass des Lobbyeinflusses auf die EU-Agrarkraftstoffpolitik zum Überlaufen.“

Die Namen der Teilnehmer will das EEF zwar nicht nennen, offiziell aus Datenschutzgründen. Dem *Freitag* liegt jedoch die Teilnahmeliste vor. Neben Vidal-Quadras und Klaß waren noch drei weitere Abgeordnete dabei, alle auch Mitglied im EEF: Giles Chichester von den Konservativen, der Liberale Cristian Silviu Buşoi und Roger Helmer von der euroskeptischen Partei EFD. Drei der fünf Parlamentarier brachten einen Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin mit, außerdem nahmen vier Vertreter von Neste Oil und zwei vom EEF teil.

Immerhin: Christa Klaß erklärt auf Anfrage, sie habe alle Flüge sowie die Hotelrechnungen selbst bezahlt. Es gibt also noch Politiker, die verantwortungsbewusst handeln – selbst im nahezu unregulierten Lobby-Paradies Brüssel.

ANZEIGE

Jetzt im Handel! Oder für 3,70 € zzgl. Versandkosten bequem per Telefon unter 040/5555 78 00 bzw. online unter neon.de/heft bestellen.

Die Gnadenfrist ist abgelaufen

Iran Mahmud Ahmadinedjad hat in seiner Präsidentschaft das Land als Regionalmacht zwar etabliert, aber innerlich nicht befrieden können

■ **Torsten Wöhlert**

Im Präsidentensitz von Teheran – Mahmud Ahmadinedjad trägt sich mit Auszugsgedanken

FOTO: ATTA KENARE/AFP/GETTY IMAGES

Der scheidende Staatschef hat Pläne. Mahmud Ahmadinedjad will, wenn seine Präsidentschaft demnächst beendet ist, wieder an die Universität zurück. Dahin hatte sich der promovierte Bauingenieur schon einmal zurückgezogen. Das war 1997, nach seiner ersten politischen Karriere als Provinzgouverneur, bevor er 2003 Bürgermeister Teherans und 2005 dann erstmals Präsident wurde. Er wolle weiter politisch aktiv sein, ließ er verlauten, aber in keiner Partei oder sonstigen Gruppierung. Eine erneute Präsidentschaftskandidatur, wie sie sein Vorvorgänger Hashemi Rafsanjani im Vorfeld der Wahl am 14. Juni zum zweiten Mal erfolglos versucht hat, schließt Ahmadinedjad aus. Angesichts der Bilanz seiner Präsidentschaft zeugt das zumindest von politischem Realismus. Immerhin hat Ahmadinedjad zwei Amtszeiten durchgestanden. Wenigstens darin gleicht er seinen Vorgängern Rafsanjani und Mohammad Chātami.

Ali Chamenei, der religiöse Führer des Landes und einstige Mäzen Ahmadinedjads, stand als Präsident von 1981 bis 1989 ganz im Schatten Ayatollah Chomeinis und hatte zudem einen Premierminister an der Seite, der die eigentlichen Regierungsgeschäfte führte. Erst als dieses Amt abgeschafft wurde, kam mit Hashemi Rafsanjani der erste starke Präsident als Regierungschef ins Amt. Unter seiner Regentschaft (1989–1997) öffnete sich Iran wirtschaftlich und erholte sich langsam von den Folgen des achtjährigen Krieges gegen den Irak. Rafsanjani galt während seiner Amtszeit als starker Mann des Iran. Er vermochte es, rivalisierende Machtzentren auszubalancieren und dabei sogar Chamenei als höchste Instanz des Regimes in den Schatten zu stellen. Er verstand es ebenso, sich und seinen Clan zu bereichern. Sein Machiavellismus ist in Iran bis heute so legendär wie sein Nepotismus.

Ins Abseits geraten

Auf Rafsanjani folgte Mohammad Chātami (1997–2005), dessen Hang zur Liberalisierung ihm bald den Ruf eines iranischen Gorbatschow einbrachte. Doch wird dieser Führer heute als gescheiterter Reformer erinnert, der vor einem möglichen Systembruch zurückschreckte.

So schien Ahmadinedjad 2005 der ideale Kandidat des theologischen Establishments zu sein: ideologisch radikal und konservativ, persönlich bescheiden und den Unterschichten zugewandt, die in den Slums der Metropolen einst das – mittlerweile desillusionierte – Fußvolk der islamischen Revolution bildeten.

Sozialpolitisch hat Ahmadinedjad mit seiner auf Öleinnahmen basierenden Umverteilung zugunsten der Entrechteten den Erwartungen noch am ehesten entsprochen. Freilich ging ihm wegen fallender Ölpreise, einer chaotischen Wirtschaftspolitik und der verhängten Sanktionen das Geld aus. Zugleich flossen unter seiner Regentschaft Unsummen in den Aufbau einer veritablen Schattenwirtschaft, die von den paramilitärischen Revolutionsgarden kontrolliert wird. Sie sollten zur Hausmacht des Präsidenten werden. Tatsächlich sind die *Pasdaran* heute nicht nur militärisch, sondern auch ökonomisch ein Machtfaktor in der Islamischen Republik.

Was Ahmadinedjad zugute kam, als vor vier Jahren nach seiner von Manipulationsvorwürfen überschatteten Wiederwahl Unruhen ausbrachen und Zehntausende wochenlang gegen das Regime protestierten. Ali Chamenei schlug sich als Revolutionsführer auf die Seite Ahmadinedjads und verlor den Nimbus einer überparteilichen Instanz. Das war durchaus system- und staatsgefährdend. Danach überreizte Ahmadinedjad sein Blatt und begann damit, die Hand zu beißen, die ihn gefüttert hatte. Er setzte auf die nationalistische Karte und stellte mit Chameneis Autorität unverhohlen das 1979 von Ayatollah Chomeini etablierte System theologischer Herrschaft infrage. An diesem Punkt war Schluss mit lustig. Zwar sah es eine Zeit lang so aus, als käme Chamenei in die Rolle des Zauberlehrlings, der die Geister, die er einst rief, nicht mehr beherrscht. Aber das geistliche Establishment schloss die Reihen und stellte Ahmadinedjad ins Abseits – mit einer gesichtswahrenden Gnadenfrist bis zum Ende seiner Amtszeit. Sein Nachfolger verspricht – nach sorgsamer Vorauswahl aller Kandidaten durch den Wächterrat –, handzahm zu sein. Opposition findet in der Islamischen Republik beim jetzt anstehenden Präsidentenvotum nicht mehr statt. Der Aufruhr hat sich Lethargie und Zynismus ergeben.

Faustpfand Hisbollah

Außenpolitisch hat Ahmadinedjad mit seinen rhetorischen Eskapaden für viel Wirbel gesorgt und dabei einiges an Porzellan zerschlagen, unter anderem mit seinen wiederholten Verbalattacken gegen Israel. Aber im Kern blieb Iran auch unter seiner Ägide durchaus berechenbar. Die Regierung hat sich angesichts des Desasters gescheiterter westlicher Interventionen im Irak und in Afghanistan kooperativer gezeigt, als je zu vermuten stand. Einen „Bonus“ hat es dafür nie gegeben. Im Gegenteil. Das iranische Atomprogramm, wobei unklar ist, ob es nur zivile oder auch militärische Komponenten hat, verstärkt im Westen bislang die Stigmatisierung Irans als „Schurkenstaat“. Ahmadinedjad hat mit seinen umstrittenen Äußerungen viel dafür getan, dass es so kam und blieb. Seine Außenpolitik legte wenig wert auf Vertrauensbildung. Im Ton mag sich unter einem Nachfolger etwas ändern – in der Sache kaum. Das Nuklearprogramm fußt auf einem nationalen Konsens, der bis weit in die Opposition hinein reicht. Die Ambition – Atommacht im Wartestand zu sein – wird Teheran nur für umfassende internationale Sicherheitsgarantien aufgeben. Davon sind alle potenziell zu Beteiligenden meilenweit entfernt.

Ahmadinedjad begann damit, die Hand zu beißen, die ihn gefüttert hatte

Dies auch, weil in den Jahren von Ahmadinedjads Präsidentschaft die konfessionellen Spannungen in der Region rasant zugenommen haben. Zuletzt hat der Iran – viel mehr als bis dahin üblich – schiitische Gruppierungen im arabischen Raum unterstützt, um dadurch den eigenen Einfluss zu erhöhen – etwa im Irak, in den Golfstaaten, im Libanon und in Syrien. Ahmadinedjad hat die Idee vom Revolutionsexport aus den achtziger Jahren wieder aufgegriffen. Er empfahl sein Land als Schutzmacht islamischer Minderheiten und reagierte auf sunnitische Begehrlichkeiten, wie sie von Saudi-Arabien und Katar ausgehen. Entweder direkt durch staatliche und halbstaatliche Institutionen oder indirekt über Finanzen für militante sunnitische Netzwerke, zu denen Al-Qaida-Filialen zählen. *Das* Schlachtfeld in dieser durch die Arabellion forcierten Konfrontation um regionale und religiöse Hegemonie ist derzeit Syrien, wo sich sunnitische und schiitische Milizen einen Stellvertreterkrieg liefern.

Dass Iran dabei die Hisbollah alimentiert, ist ebenso wenig ein Geheimnis wie das Engagement libanesischer und irakischer Schiiten auf Seiten Bashar al-Assads. An den von Ahmadinedjad intensiv gepflegten Kontakten mit dem alawitischen Regime in Damaskus und mit den libanesischen Schiiten dürfte jeder Nachfolger festhalten, solange es irgend geht. Derartige Allianzen sind Teil der regionalen Sicherheitsstrategie des Iran. Eine starke Hisbollah im Libanon gilt im Iran als wichtiges Abschreckungsmittel, um Israel von einem Angriff auf iranische Atomanlagen abzuhalten.

Torsten Wöhlert ist Iranwissenschaftler und lebt in Berlin

Warum sich der Westen für uns interessieren muss

Türkei Unsere Autorin kämpft in Istanbul mit vielen anderen für ein säkulares und fortschrittliches Land

■ **Safek Pavey**

Säkularismus – was bedeutet er den Türken? Geht es dabei nur um die Frage, ob wir Alkohol kaufen können, wann wir wollen, oder ob das Kabinenpersonal von Turkish Airlines roten Lippenstift auflegen darf? Auch wenn die Medien solche Themen lieben – sie sind nicht der Grund dafür, dass Zehntausende auf die Straße gehen und sich einer Polizeiattacke nach der andern erwehren müssen. Es gibt größere Herausforderungen, mit denen der Säkularismus in der Türkei konfrontiert ist.

Zunächst einmal ist unser Bildungssystem in Gefahr. Die regierende AKP vergibt den Löwenanteil der Staatsgelder an Moscheen und religiöse Schulen, während die Finanzen für Lehranstalten, die eine säkulare Erziehung anbieten, gekürzt werden. In den vergangenen fünf Monaten sind allein in Istanbul 98 Grundschulen in religiöse Imam-Hatip-Schulen umgewandelt worden. Eine Mutter wandte sich mit der Klage an mich, die einst 1.200 Schüler unterrichtende Schule ihrer Tochter werde nun zu einer Imam-Hatip-Schule und würde nur noch 320 Schüler aufnehmen. Bald seien es allein Kinder der Wohlhabenden, die in den Genuss einer säkularen Erziehung kämen. „Was sollen wir, die Armen, denn tun?“, fragte sie mich.

Es passt dazu, dass in unserem sozialen Leben die Frömmigkeit einen immer höheren Stellenwert erreicht. Nur ein paar Beispiele, was konkret geschieht: Wenn man während des Ramadan in der Öffentlichkeit isst, erregt das große Empörung. Im Religionsunterricht bringt man den Kindern bei, wie sie sich in der Moschee zu verhalten haben, anstatt sie Religionsphilosophie zu lehren. Wer sich, wie die Glaubensgemeinschaft der Aleviten, nicht auf die sunnitische Tradition bezieht, den betrachtet die Regierung als Gegner.

Premier Tayyip Erdoğan drängt die Frauen, nicht zu arbeiten, sondern zu Hause zu bleiben und Kinder zu bekommen. Zu allem Überfluss grassiert eine religiös gefärbte Korruption. Werden Arbeiter für den öffentlichen Dienst eingestellt, dann in Abhängigkeit von ihrer Kenntnis des Islam – das Ergebnis von Prüfungen zur Aufnahme in ein Dienstverhältnis gilt als zweitrangig. Indem sie ihren Anhängern Positionen im Bildungswesen und in der Bürokratie zuschanzt, ist die Regierung dabei, die eher fragilen demokratischen Tugenden dieses Landes zu unterlaufen. Auch die Redefreiheit ist eine Farce. Es hat sich zwar herumgesprochen, dass in der Türkei mehr Journalisten im Gefängnis sitzen als kaum irgendwo sonst. Aber es ist weniger bekannt, wie die Repressionen erzwingen, dass über vieles gar nicht mehr berichtet wird.

Gegen den politischen Islam

Nach ihrer Gründung 1923 galt die türkische Republik als wichtiges Labor, um den modernen säkularen Staat mit einer überlieferten islamischen Gesellschaft zu versöhnen. Egal, wie störanfällig diese Synthese auch immer gewesen sein mag – die ihr zugrunde liegende Transformation eines Landes galt vielen als Modell für den Rest der islamischen Welt. Man hoffte, die Reformen der neuen Republik würden an kommende Generationen weitergegeben.

Niemand möchte den Glauben aus dem öffentlichen Leben verdammen, aber der politische Islam in der Türkei begnügt sich nicht mit dem Part des moralischen Ratgebers. Er will das Land nach dem Muster einer frommen sunnitischen Nationalidee formen und jene Bürger überwachen und bestrafen, die widersprechen.

Im Westen aber will das niemand wissen. Auch die nicht, die solche Verhältnisse in ihren Ländern nie zulassen würden. Dabei ist die Haltung der EU-Führung in dieser Frage sehr wichtig, weil sie die Debatte in der Türkei beeinflusst. Leider ist Europa zu sehr mit eigenen strategischen Interessen beschäftigt und sieht weg. Sicher sollte man nicht verlangen, dass sich der Westen in die inneren Angelegenheiten der Türkei einmischt, aber er könnte damit aufhören, eine Regierung zu decken, die so wenig für die Freiheitsrechte übrig hat.

Wo sollte es noch möglich sein, Islam, Säkularismus und Demokratie zu versöhnen, wenn nicht in der Türkei? Worin bestehen die globalen, vor allem regionalen Konsequenzen dieses Scheiterns?

Wer im Westen die Ansicht vertritt, dass die Türkei von einer Demokratie profitiert, deren Gefüge religiös durchsetzt sei, sollte einen Blick darauf werfen, wie dieses Gefüge heute aussieht und wie demokratische Rechte im Namen einer intoleranten Mehrheit zerrieben werden. Gebt nicht die letzten Laizisten im Nahen Osten preis, die im Namen der Demokratie Erdoğans Plänen zum Opfer fallen! Ihr tut damit so, als sei ein geringeres Maß an Rechten für unsere Region „gut genug“. Das erinnert fatal daran, wie Frankreich einst Universitätsdiplome aus seinen arabischen Kolonien als „Bon pour l’Orient“, also als gut genug für den Orient, klassifiziert hat.

Safek Pavey, geboren 1976, hat für die UNO gearbeitet. Seit 2012 sitzt sie für die sozialdemokratische Oppositonspartei CHP im türkischen Parlament

Lesen Sie dazu auch Seite 15

Nur Draußenbleiben ist schlimmer

Kroatien Das Land wird im Juli in die EU aufgenommen und damit vorerst das letzte Neumitglied sein. Viel Freude aber wird man nicht aneinander haben

FOTO: GEORGES GOBET/AFP/GETTY IMAGES

Mit gefasster Miene das „Land des Lächelns“ ertragen: Kroatiens Premier Milanović bei EU-Kommissionspräsident Barroso (rechts)

■ **Norbert Mappes-Niediek**

Es ist Osterweiterung, und alle gehen hin. Bloß warum eigentlich? Was ist gewonnen, wenn am 1. Juli um null Uhr die Republik Kroatien 28. Mitglied der Europäischen Union wird? Viel Freude werden Europa und der postjugoslawische Staat erst einmal nicht miteinander haben. Warum das so ist, wird klarer, wenn man die Frage umdreht – was wäre verloren, wollte Zagreb auf eine EU-Aufnahme verzichten? Mit anderen Worten: Nicht mehr die Aufnahme ist begründungsbedürftig, sondern das Draußen-Bleiben-Müssen.

Tatsächlich bekommt die Union nur einen weiteren Fußkranken zum Mitschleppen: Seit fünf Jahren in Folge gleitet Kroatien immer tiefer in die Rezession, die Auslandsverschuldung liegt bei mehr als hundert Prozent des Bruttoinlandsproduktes. 16 Prozent Arbeitslose streben nach Westen. Kroatien wiederum muss der Gemeinschaft den letzten Rest seiner großen Industrie opfern und seine stolzen Werften verkaufen – oder schließen, was wahrscheinlich auf dasselbe hinausläuft. Weil am 30. Juni um 24 Uhr Kroatiens Mitgliedschaft in der mitteleuropäischen Freihandelszone erlischt, kriegt die einzige Fertigungsbranche des Landes, die sich nach dem Krieg einigermaßen entwickelt hat, die Lebensmittelindustrie nämlich, gewaltige Probleme: In Serbien und Bosnien-Herzegowina, ihren Zukunftsmärkten, werden kroatische Produkte zu teuer.

Die besseren Europäer

An solchen Tiefpunkten der Argumentation übernehmen üblicherweise die Euro-Lyriker und loben den großen gesellschaftlichen Schwung, den ein solcher EU-Beitritt entfalte. Aber auch damit ist es nicht weit her. „Vor zehn Jahren hätte das noch zugetroffen“, sagt Petar Milat, Philosoph und Leiter des Kulturzentrums Mama in Zagreb, „aber jetzt gleiten wir sozusagen mit ausgeschaltetem Motor noch gerade so eben ins Ziel.“ Tatsächlich brauchen die Pro-Europäer gar keinen Sprit mehr: Kroatien will europäische Provinz sein und sonst nichts. Immer wenn sie die Wahl zwischen den „europäischen Standards“ und den „kroatischen Werten“ haben, entscheiden sich die Kroaten für Erstere. Zur Jahrtausendwende – gleich nach dem Tod des Staatsgründers Franjo Tudjman – haben die Wähler dem nationalistischen Sonderweg eine Absage erteilt. Es war eine Jahrhundertentscheidung. Im vergangenen Jahr, als über den Beitritt abgestimmt wurde, votierten 60 Prozent dafür; die Gegner hatten kein Argument, und die Befürworter brauchten keines. Nicht einmal Trotz gegenüber allzu arrogantem Benehmen der großen EU-Länder will aufkommen.

Die Orientierung auf Europa steht außer Frage. Zuweilen hat der Name des Kontinents in Kroatien allerdings noch einen ungewöhnlichen Klang; nach „europäischen Werten“ suchen manche weniger in der Menschenrechtskonvention von 1953 als vielmehr in den Kampfestugenden der Kreuzritter, des Prinzen Eugen und des antibyzantinischen Königs Zvonimir. Hintergrund ist das sogenannte „Vormauer-Syndrom“, das alle Nationen der Region vom jeweiligen südöstlichen Nachbarn trennt – und sie so paradoxerweise auch miteinander verbindet. Die eigenen Leute, so dessen Inhalt, seien eigentlich die besseren Europäer im Vergleich zu den wert- und machtvergessenen Genossen drinnen, innerhalb der Mauern Europas, die es sich gut gehen ließen, denen alles Europäische selbstverständlich und deshalb auch nicht schützenswert sei. Diese Europäer hätten in Gestalt türkischer und arabischer Einwanderer ein trojanisches Pferd in ihre Festung gelassen – sie wüssten den verzweifelten Kampf der getreuen kroatischen, serbischen, ungarischen Bundesgenossen, die ein böses Schicksal außerhalb der Mauern angesiedelt hat, nicht zu schätzen. Ja, sie würden diesen Kampf oft nicht einmal wahrnehmen.

Befürchtungen jedoch, Kroatien könne in der EU ein „zweites Ungarn“ werden, sind unbegründet. Zwar wird zurzeit zwischen rechts und links ein merkwürdiger Streit um die kroatische Identität ausgetragen. Was den rechten Kroaten im Unterschied zu den Ungarn aber fehlt, ist das autistische und das imperiale Element. In Ungarn war kaum jemand je im Ausland, man spricht keine Fremdsprachen; die Kroaten dagegen haben von allen europäischen Nationen die höchste Zahl an Verwandten jenseits der Landesgrenzen.

Auch kein zweites Polen

Anders als in Ungarn hat in Kroatien der Kult um Reich und alte Könige keine tiefen Wurzeln; er kam vor 20 Jahren nur gerade recht, um die Serben aus dem Land zu treiben. Selbst der kroatische Faschismus der vierziger Jahre, so schlimm er auch wütete, war eine italienisch-deutsche Importideologie. Die extreme Rechte, vom Krieg genährt, ist heute wieder eine Randerscheinung. Der General Ante Gotovina, der vom Kriegsverbrechertribunal in Den Haag allzu großzügigerweise freigesprochen wurde, hat das sofort begriffen und verwirrt seine Anhänger seit seiner triumphalen Heimkehr mit liberaler Versöhnungsrhetorik.

Keine Faschisten und keine konservativen Revolutionäre vom Schlage Viktor Orbáns streiten in Kroatien mit den linksliberalen Postkommunisten um die nationale Identität und die geistige Hegemonie, sondern die katholische Kirche. Kroatien ist aber auch kein zweites Polen. Die Treue zum Papst taugt zwar zur Abgrenzung gegen die Serben und zur Identifikation mit „dem Westen“, verpflichtet aber nicht dazu, dessen Enzykliken ernst zu nehmen.

Die Kirche ist nicht westlich, sondern östlich, orthodox, panbalkanisch

Eine wilde Kampagne machtbewusster Bischöfe um die Sexualerziehung an Schulen endete gerade mit einem Teilerfolg vor dem Verfassungsgericht, trug dem Klerus aber im Volke allgemeines Kopfschütteln ein. Eine zweite Kampagne, gegen die Homo-Ehe, rollt im Moment an. Selbst wenn sie Erfolg hat, werden die Bischöfe ihr Ziel, sich zu den Siegelbewahrern des Kroatentums aufzuschwingen, kaum erreichen. Mit Homophobie und Sexualfeindlichkeit positioniert sich die Kirche nicht westlich, sondern östlich, orthodox, panbalkanisch – und verkennt damit gründlich, wozu die Kroaten sie eigentlich brauchen. Mit ihren Schlachten erzielen die Bischöfe lauter Pyrrhus-Siege.

Als Kroatien vor bald acht Jahren seine Beitrittsgespräche begann, herrschte in Brüssel untergründige Skepsis. Eingesetzt für Zagreb hatten sich besonders die Österreicher, die damals von Jörg Haider mitregiert wurden, gleichzeitig nein zur Türkei sagten und nachts vom christlichen Abendland unter dem Kaiser Franz Joseph träumten. Sie nutzten das Interregnum in Berlin, wo soeben der türkeifreundliche SPD-Kanzler Gerhard Schröder abgewählt worden war.

Aber Kroatien selbst war nie das Epizentrum solcher Träumereien und denkt gar nicht daran, die Tür hinter sich zu schließen, wie Tudjman das noch wollte. Im Gegenteil: Kroatien hat ein Interesse daran, dass die Südosterweiterung rasch weitergeht, und das nicht nur, damit es seine Lebensmittelmärkte behält. Der Grund für die Offenheit liegt in der Kettenstruktur, die auch nach dem Untergang Jugoslawiens alle Balkannationen bis in die Türkei miteinander verbindet. Im Nachbarland Bosnien-Herzegowina stellen Serben und Kroaten zusammen fast die Hälfte der Bevölkerung; ohne Gleichklang zwischen Zagreb und Belgrad kann das Land keinen Bestand haben. Bleibt Serbien draußen, droht dem Nachkriegsland wieder eine Zerreißprobe, von der auch Kroatien – direkt oder indirekt – in Mitleidenschaft gezogen würde. Ganz Europa damit auch.

Viele potenzielle Mallorcas

Zwar wacht noch immer eine militante Veteranenszene in Kroatien über die Abgrenzung gegen die Serben, und die „Mütter von Vukovar“ erklären sogar, es sei eine Verletzung ihrer Gefühle, wenn in kroatischen Schulen die kyrillische Schrift verwendet werde. Aber die sozialdemokratisch geführte Regierung von Premier Zoran Milanović hält dagegen und hat die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich.

Auf die wirtschaftlichen Probleme Kroatiens schließlich wird, wenn überhaupt, nur Europa eine Antwort finden. Der Fonds zur regionalen Entwicklung findet hier ein reiches Betätigungsfeld vor. Die Küste hat das Zeug zur Côte d’Azur und blickt zudem auf viele potenzielle Mallorcas. Nur hat niemand Geld, sie zu bauen, und gleichzeitig zieht es immer mehr ältere Deutsche ganzjährig an die warmen Meere. Selbst die jetzt so betrübte kroatische Lebensmittelindustrie wird glücklich sein über ihren Vorsprung, wenn Serbien und Bosnien der EU beitreten. Der Gewinn ist ein Verlust, der nicht eintritt. Oder nicht so stark.

Norbert Mappes-Niediek ist sei 1992 freier Korrespondent für Österreich und Südosteuropa

EU-Status der postjugoslawischen Republiken

Slowenien
Das Land wurde im Mai 2004 in die EU aufgenommen und stellte Anfang 2007 seine Währung auf den Euro um. Mit Gesamtschulden von 50 Prozent des BIP gilt Slowenien derzeit als nächster heißer Kandidat für den Euro-Rettungsfonds.

Kroatien
Nachdem Brüssel Mitte 2011 empfahl, Kroatien aufzunehmen, wurde am 9. Dezember 2011 der EU-Beitrittsvertrag unterschrieben. Doch fiel das folgende EU-Referendum kaum überzeugend aus: Zustimmung 60, Beteiligung unter 50 Prozent.

Serbien
Seit dem EU-Gipfel vom März 2012 hat Serbien den Status eines Beitrittskandidaten, ohne dass bereits verhandelt wird. Zuvor musste Belgrad das Haager Jugoslawien-Tribunal anerkennen und das Verhältnis zum Kosovo etwas normalisieren.

Mazedonien
Erste Aufnahmegespräche scheiterten 2010 am Veto Griechenlands. Grund war ein Streit zwischen Skopje und Athen. Die Regierung dort erklärte, *Mazedonien* sei ein griechischer Name, der postjugoslawische Staat dürfe ihn nicht tragen.

Montenegro
Ende 2010 hatte die EU-Kommission angeregt, Montenegro als offiziellen Bewerber zu führen, was wenig später der Europäische Rat bestätigte. Noch 2013 sollen Beitrittsgespräche beginnen. Bis 2020 ist aber keine Aufnahme in Sicht.

Bosnien-Herzegowina
Bisher gibt es mit Brüssel nur ein Assoziierungsabkommen, das 2008 unterzeichnet, jedoch von der EU bisher nicht ratifiziert wurde. Ein offizielles Beitrittsersuchen sollte zwar schon 2011 gestellt werden, blieb dann aber aus. *LH*

ANZEIGE

Schreie, die keiner versteht

Unsichtbar Wenn Migranten mit psychischen Problemen kämpfen, werden sie nicht ernst genommen. Vor allem Frauen leiden darunter

■ **Susanne Donner**

FOTO: WOLFRAM STEINBERG/DPA

Gerade die jungen Mädchen der zweiten Generation leben häufig zwischen zwei Welten

Es war, als würde mir das Herz aus der Brust springen. Es raste und zugleich fühlte ich mich schwach“, erzählt die Frau mit dem blauen Kopftuch, die ihren richtigen Namen nicht in der Zeitung lesen möchte. Man solle sie Fatima nennen. Als sie sich mit ihren Beschwerden vor sieben Jahren einer Ärztin vorstellte, diagnostizierte diese eine Depression.

Die junge Türkin ist zu dieser Zeit in einer sehr unglücklichen Ehe gefangen. Ihr Mann ist arbeitslos und verbringt die Nächte mit Freunden in türkischen Cafés. Nur in den Morgenstunden und am frühen Abend taucht er kurz zu Hause auf. Fatima fühlt sich alleingelassen. Sie muss sich um die beiden Kinder kümmern, kochen, putzen und mit dem Geld vom Jobcenter über die Runden kommen. Wenn sie ihren Mann zur Rede stellt, fühlt er sich angegriffen. Es gibt Streit. Zwei Mal setzt sie ihn vor die Tür. Aber die Kinder hängen am Vater.

Mit 18 kam Fatima nach Deutschland, um einen türkischstämmigen Mann zu heiraten, den sie kaum kannte. Für die Behörden ist sie eine von vielen „Heiratsmigrantinnen“. Wie die meisten spricht sie damals kein Wort Deutsch. Sie hat keine Freunde, keine Verwandten, nur eine Schwägerin, an die sie sich wenden kann. Dass ihr Mann in dieser Zeit so wenig für sie da ist, entwickelt sich für sie zu einer schweren seelischen Belastung. Einmal ist sie so verzweifelt, dass sie ihr Leben beenden will. Zwei Monate liegt sie in einer Klinik, eine dunkle Episode, an die sie sich nicht mehr erinnern könne, sagt sie.

Fatimas Geschichte ist kein Einzelschicksal. In Statistiken und Studien aus verschiedenen Ländern Europas fallen Menschen mit Migrationshintergrund auf, weil es um ihre seelische Gesundheit schlechter bestellt ist als bei Nichtmigranten. Depressionen, Psychosen und Selbstmorde treten vor allem bei jungen Frauen aus dem Ausland häufiger als gewöhnlich auf.

Menschen mit türkischem Migrationshintergrund in Deutschland nehmen sich zwar seltener das Leben als Einheimische. „Aber Mädchen und junge Frauen unternehmen fast fünf Mal so häufig Selbstmordversuche wie gleichaltrige Frauen deutscher Herkunft“, sagt Meryam Schouler-Ocak, Migrationsforscherin in der Psychiatrischen Universitätsklinik der Charité in Berlin. Die Psychiaterin Anita Riecher-Rössler berichtet Ähnliches aus der Schweiz: Junge türkische Frauen wollen sich dort drei Mal häufiger das Leben nehmen als Schweizerinnen.

Schizophrenie-Epidemie

Die seelische Not der Migranten fällt in den Statistiken am ehesten bei den größten Einwanderergruppen auf. Hierzulande sind das Menschen aus der Türkei. In England beobachtete der Psychiater Dinesh Bhugra, dass sich junge Asiatinnen häufiger umbringen als Britinnen. Und sie leiden öfter an Depressionen. „Der frappierendste Befund ist aber die Schizophrenie-Epidemie, die Menschen afrikanisch-karibischer Herkunft erfasst, wenn sie nach England kommen“, sagt Bhugra. Auch hier seien besonders Frauen betroffen. In ihrer neuen Heimat erkranken sie 16- bis 18-mal häufiger als Britinnen. Dasselbe Phänomen beschreibt das schwedische „Gremium für Gesundheit und Wohlfahrt“ für Menschen aus afrikanischen und karibischen, aber auch asiatischen Ländern in Schweden.

Alle Studien deuten auf eines hin: Migranten, in erster Linie Frauen, sind größeren seelischen Belastungen ausgesetzt. Aber die Befunde sind kleinteilig und rücken einzelne Ethnien und seelische Erkrankungen auf eine Weise zusammen, die irritieren kann. Wieso werden Afrikaner in England, bitteschön, öfter schizophren als es „normal“ ist?

Der Londoner Psychiater Bhugra, der selbst aus Indien stammt, sagt: „Wir sollten uns hüten, das vorschnell mit der unterschiedlichen Kultur abzutun.“ Migranten sind keine homogene Gruppe. Und die Forschung liefert auch unterschiedliche Hinweise, was den Ausgewanderten auf der Seele lastet.

Die dauerhafte Erfahrung eines niedrigen sozialen Status und gesellschaftlicher Ausgrenzung seien die wichtigsten Gründe für die Schizophrenie-Epidemie unter Migranten, sagen die niederländischen Psychiater Jean-Paul Selten und Elizabeth Cantor-Graae. Als sie ihre Theorie 2005 in Umlauf brachten, löste das eine heftige Kontroverse aus. Diese ist immer noch nicht aus der Welt. Aber die Theorie der Niederländer hat im Verlauf der Debatte einiges an Substanz gewonnen: Es passen eine Reihe von Studien dazu, wonach Ethnien, die am niedrigsten angesehen sind und am ärgsten diskriminiert werden, am häufigsten von Psychosen heimgesucht werden. Das sind eben gerade Menschen afro-karibischer Herkunft in Großbritannien, Marokkaner in den Niederlanden oder die Inuit in Dänemark. Bhugras Kollege Jayati Das-Munshi wertete verschiedene Studien aus und erkannte, dass jene Migranten häufiger psychisch krank werden, die sich in der neuen Heimat auf der sozialen Spirale abwärts bewegen. Auch laut schwedischem Gesundheitsreport gehören die Migranten mit Schizophrenie häufig zu den Allerärmsten. Ihre Geschichten sind Geschichten des Scheiterns.

Sozialer Abstieg und Isolation führen bei vielen Migranten zu Depressionen

Fatimas Mann erlebte ebenfalls den sozialen Niedergang in der neuen Heimat: „In der Türkei hätte er Arbeit gehabt“, meint sie. Das gemeinsame Leben in Deutschland erfahren beide als Niederlage, die Fatima auch deshalb so hart trifft, weil sie zu dieser Zeit weitgehend sozial isoliert ist.

Für die hohe Suizidrate türkischer Migrantinnen machen die Psychiaterinnen Schouler-Ocak und Riecher-Rössler aber vor allem andere Ursachen verantwortlich. Arbeitslosigkeit und ein niedriger sozioökonomischer Status belasten zwar, aber es seien in erster Linie Kulturkonflikte, die die türkischen Frauen in Deutschland in seelische Not bringen. Die meisten begründen einen Suizidversuch mit Problemen in der Familie oder mit dem Partner. „Die jungen Mädchen, gerade der zweiten Generation, leben häufig in einem Spagat zwischen traditioneller familiärer Welt und der modernen Lebenswelt außerhalb“, sagt Riecher-Rössler. „Sie dürfen nicht mit Jungs ausgehen, weil sonst die Familienehre beschmutzt wird. Und der Ehemann soll ein Muslim sein. Außerdem kommt es auch immer noch zu Zwangsverheiratungen und schweren Familienkonflikten, wenn eine Frau nicht als Jungfrau in die Ehe geht.“

Allerdings beobachte man diese Probleme vor allem bei Familien, die sehr abgekapselt lebten und vor längerer Zeit migriert seien, sagt Schouler-Ocak. „Diese Familien haben gar nicht mitbekommen, dass sich auch in der Türkei das Werteverständnis weiterentwickelt hat.“

Ein westliches Konstrukt

Die Ursachen für eine dauerhafte seelische Notlage sind aber nie eindimensional. Auch das Gesundheitswesen trägt eine Mitverantwortung. „Psychisch kranke Menschen mit Migrationshintergrund werden bei uns nicht ausreichend medizinisch versorgt“, sagt Peter Falkai, ehemaliger Präsident der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde (DGPPN). Die Probleme beginnen oft damit, dass der Begriff der psychischen Erkrankung ein Konstrukt der westlichen Zivilisation ist. Psychiater berichten aus ihrer täglichen Praxis, dass türkischstämmige Patienten eine Depression eher in Form körperlicher Schmerzen, oft im Rücken oder auch am ganzen Körper, beschreiben. Asiatinnen drücken das Leid dagegen mit „einer großen Leber“ aus.

Experten fordern deshalb eine Diskussion über „kultursensitive Diagnosen und Therapien im Gesundheitswesen“. Wie maßgeblich diese sein können, zeigt die Forschung: Die Berliner Psychiaterin Schouler-Ocak betreut nur deshalb so viele türkische Patienten, weil sie selbst als sieben Jahre altes Mädchen aus der Türkei kam, mit der Kultur vertraut ist und die Sprache perfekt beherrscht. Und die Studie mit türkischen Migrantinnen in Basel war nur möglich, weil am Klinikum ein türkischer Oberarzt arbeitete. „Das hatte sich herumgesprochen. Wir hatten außerdem eine türkische Assistentin, die des Korans kundig war und damit argumentiert hat“, sagt Riecher-Rössler.

Allein mit „kultursensiblen Angeboten“ lassen sich Zugangsbarrieren aber nicht überwinden. „Seelische Krankheiten sind in der Türkei weit mehr stigmatisiert als hier“, erklärt Schouler-Ocak. „Damit geht man oft nicht zum Arzt, sondern versucht das Problem zu lange in der Familie zu lösen.“ In der familiären Enklave können die Krisen junger Frauen dann eine scheinbar ausweglose Dimension erlangen.

Seelische Krisen versuchen sie meist in der Familie zu lösen

Für Gesundheitsforscher zählen Migranten zur „versteckten Bevölkerungsgruppe“, die im Gesundheitssystem sozial unsichtbar bleibt. Die Sprachbarriere, Berührungsängste und auch schlicht Unkenntnis halten Menschen anderer Kulturkreise aus den Praxen fern. Muttersprachliches Personal gibt es in der Regel nicht, qualifizierte Dolmetscher noch seltener, da ihre Leistung nicht abgerechnet werden kann.

Und: „Sprachliche und soziokulturelle Missverständnisse können zu einer falschen Diagnose führen, Misstrauen auslösen, die Therapietreue beeinträchtigen“, warnt die Berliner Gesundheitswissenschaftlerin Theda Borde. In einer Befragung an der Berliner Frauenklinik fand sie heraus, dass Migrantinnen türkischer Herkunft die Therapie öfter falsch verstehen als die deutscher. Eine weitere Studie zeigt, dass türkische Patienten auch häufiger fälschlicherweise als schizophren diagnostiziert werden als deutsche. Das lasse sich zum Teil, aber nicht vollständig auf die Sprachschwierigkeiten zurückführen.

Fatima hörte nur durch Zufall über Freunde von Schouler-Ocak und ihrer psychiatrischen Praxis. Sie reiste zu der Ärztin nach Berlin. „Sie war wie eine Familie für mich, weil ich endlich über alles sprechen konnte“, sagt sie. Die Türkin bekommt mittlerweile Medikamente gegen die Depressionen und eine Psychotherapie. Noch immer leide sie unter ihrer Ehe. „Ich nehme es nicht mehr so schwer“, sagt sie. „Gott sei Dank habe ich inzwischen Freunde. Und ich warte auf mehr Kraft und darauf, dass meine Kinder größer werden, damit ich meinen Mann verlassen kann.“

Susanne Donner schrieb im *Freitag* zuletzt über Fortschritte in der Fortpflanzungsmedizin

ANZEIGE

17. Juni, 18:30 Uhr
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Das Ende der SED
Die letzten Tage des ZK der SED
Aufführung des Theater 89
Anmeldung zwingend erforderlich unter info@franzmehringplatz.de oder Tel. 030/29781654 (ND-Shop, 9–17 Uhr)
DIE MÜNZENBERG LEKTIONEN
www.franzmehringplatz.de/die-muenzenberg-lektionen
Eintritt frei!

Die Woche vom 6. bis 12. Juni 2013

FOTOS: IMAGO (3); AFP/GETTY IMAGES (2)

Mali

Votum gefährdet

Wenn es noch eines Beweises bedurft hat, dass die Parlamentswahl am 28. Juli verfrüht stattfindet, dann wird er gerade im Nordosten des Landes erbracht. Es gibt wieder Gefechte zwischen der Nationalarmee und dem *Mouvement National de Libération de l'Azawad* (MNLA). Die Tuareg-Kombattanten treten aus dem Schatten der islamistischen Verbände und profitieren von einer Kooperation mit Frankreichs Interventionskorps. Besonders rings um Kidal bedrohen Kampfhandlungen die Wahlvorbereitung. Die MNLA besteht auf einem Abzug der Armee. Am 28. Juli dürfe nur die Wahlkommission in der Stadt sein, wie das bei Verhandlungen im Nachbarland Burkina Faso vereinbart wurde. *LH*

Syrien-Konferenz

Erste Entscheidungen

Für eine Genfer Syrien-Konferenz sind vier Entscheidungen gefallen: Sie wird nicht vor Juli stattfinden, die Schirmherrschaft übernehmen die USA. Eröffnet wird das Forum durch UN-Generalsekretär Ban Ki Moon und moderiert durch den UN-Syrien-Gesandten Lakhdar Brahimi. Darauf einigten sich US-Vizeaußenministerin Wendy Sherman mit ihrem russischen Pendant Michail Bogdanow und UN-Diplomaten. Bisher bleibt offen, wer das in sich zerstrittene Anti-Assad-Lager vertritt und ob auch der Iran nach Genf eingeladen wird, wie das Russland für sinnvoll hält. Verhandelt werden sollen ein Waffenstillstand, ein Abkommen, um den Konflikt zu beenden, und eine All-Parteien-Regierung. *LH*

Nordkorea/Südkorea

Aufeinander zugehen

Die beiden koreanischen Staaten kommen sich wieder näher. Seit dieser Woche verhandeln sie auf Ministerebene im Grenzort Panmunjom über normalisierte Beziehungen. Zunächst geht es um die Zukunft von Wirtschaftsprojekten, etwa des Industrieparks im nordkoreanischen Kaesong. Dort angesiedelte Firmen aus Südkorea müssen seit April auf jede Aktivität verzichten. Seinerzeit konnte das Verhältnis zwischen Pjöngjang und Seoul kaum schlechter sein. Nach verschärften UN-Sanktionen und gemeinsamen Manövern der USA und Südkoreas drohte Nordkoreas Präsident Kim Jong Un mit Gegenmaßnahmen und erhärtete den Anspruch auf ein eigenes Atomprogramm. *LH*

Arbeitgeber Kirche

Verräterische Steuerklasse

Jubelmeldung mit Beigeschmack: Das Bundesverfassungsgericht hat auch homosexuellen Paaren das Ehegattensplitting zuerkannt – jenen Steuerquatsch, der Paare mit einem Vielverdiener und einem Wenigverdiener bevorzugt. Ein Problem wird das für verpartnerte Homosexuelle, die bei der katholischen Kirche arbeiten. Auf der verräterischen Lohnsteuerkarte gelten sie nun als verheiratet, nicht mehr als ledig. Um ihren Job zu behalten, können sie eine schlechtere Steuerklasse beantragen, bei der Berechnung spielt das keine Rolle. Kompliziert? Zeitgemäß wäre nicht nur die Abschaffung des Splittings, sondern der Eheprivilegien generell. Für Kinder kann es ja Vorteile geben. *FW*

SPD-Wahlkampf

„Bild"-Mann soll's richten

Ob Kanzlergehalt, italienische Clowns oder teurer Wein: Peer Steinbrück hat bislang kaum ein Fettnäpfchen ausgelassen. Wenige Wochen vor der Bundestagswahl wagt er einen Neustart: Er hat seinen Sprecher Michael Donnermeyer entlassen und setzt fortan auf Rolf Kleine. Ein Medienprofi, schließlich war Kleine 17 Jahre lang *Bild*-Journalist. Blöd nur, dass Kleine noch bis vor ein paar Tagen Sprecher beim Immobilienhai Annington war. Wenn sich Steinbrück jetzt als Kämpfer gegen steigende Mieten inszeniert, wirkt das irgendwie unglaubwürdig. Ohnehin bleibt fraglich, ob ein noch so guter Medienstratege gegen Steinbrücks selbstentlarvende Ehrlichkeit ankommt. *NBB*

1953 Versunkener Feiertag

Zeitgeschichte Im Westen wird der 17. Juni bis 1990 als „Tag der Deutschen Einheit" begangen und vor allem für Ausflüge ins Grüne genutzt. Peinlich, wenn man dabei an etwas Nationales denkt

■ **Georg Fülberth**

Der 17. Juni 1953 fiel in einen Bundestagswahlkampf. Dessen Ausgang mag er beeinflusst haben, entschieden hat er ihn nicht. Dass die KPD an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern würde, hatte sich seit Längerem abgezeichnet. Die SPD rief die Wahl zur Volksabstimmung über die Wiederaufrüstung aus. Doch schien das Eingreifen sowjetischer Panzer am 17. Juni 1953 in Ostberlin Adenauers Behauptung von der Gefahr aus dem Osten, gegen die man sich bewaffnen müsse, zu bestätigen. Die CDU plakatierte in Richtung SPD: „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau!" Nach ihrer Niederlage im Kampf um das Betriebsverfassungsgesetz 1952 appellierten die Gewerkschaften: „Wählt einen besseren Bundestag!" Inzwischen war die Wirtschaft in Schwung gekommen. Das half der Union. Dass in Ostberlin Arbeiter gegen ihre Lebensumstände revoltierten, zeige ja, in welchem Teil Deutschlands man besser aufgehoben war. Also konnte die Bundesregierung nicht alles falsch gemacht haben. In dramatischen Situationen sammelt sich das Volk gern hinter der Exekutive. Insofern half der 17. Juni der Union, die aber auch ohne ihn nicht viel zu fürchten hatte.

Was an diesem Tag tatsächlich in der DDR passiert war, ging in der innenpolitischen Wahrnehmung der Bundesrepublik unter. Bauarbeiter revoltierten gegen Normerhöhungen, nachdem die Regierung kurz zuvor in Aussicht gestellt hatte, Belastungen für die verbliebenen bürgerlichen Schichten des zweiten deutschen Staates zu mildern. Sie hatten es satt, dass die Umstrukturierung der DDR seit der 1952 ausgerufenen Errichtung von Grundlagen des Sozialismus allein von ihnen zu tragen war. So konnte die SED den von ihr gerade eingeleiteten Kurs nicht weiter forcieren. Vor allem mussten Kompromisse mit der Klasse gesucht werden, auf die sie sich berief. Dies ist offenkundig nie gelungen. Ergebnis war der 13. August 1961. Damit war die DDR endgültig zur abhängigen Variablen des Kräfteverhältnisses im Kalten Krieg geworden, dessen Ausgang über sie entschied.

Am 4. August 1953 erklärte der Bundestag den 17. Juni zum „Tag der Deutschen Einheit". 1954 wurde der erstmals begangen – 1963 rief ihn der damalige Bundespräsident Heinrich Lübke zum „Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes" aus. Diese Variation hatte es in sich. „Gedenken" bezieht sich eher auf Vergangenheit als auf Zukunft. Also musste seit 1953 etwas geschehen sein.

Der ursprüngliche Feiertag am 17. Juni stand für die Forderung nach alsbaldiger Wiedervereinigung. Aber Regierung und Opposition dachten dabei in verschiedenen Geschwindigkeiten. Kurt Schumacher, der 1952 verstorbene SPD-Vorsitzende, hatte Adenauer nationalen Verrat vorgeworfen: Seine Politik der Westintegration vertiefe die Spaltung Deutschlands. Der Kanzler dagegen war der Ansicht, nur durch eine feste Bindung an die USA und Westeuropa könne die Sowjetunion aus Mitteleuropa hinausgedrängt werden. Welche Fristen er für realistisch hielt, sagte er nicht, aber falls er der Ansicht war, das könne lange dauern, hat er das gut verborgen. So vermochten sich beide Lager hinter dem 17. Juni zu finden: Wiedervereinigung so bald wie möglich.

Da die SPD in der Opposition blieb, konnte sie die Regierung daran messen, wie nahe sie das Land diesem Ziel brachte. Das Ergebnis der Prüfung war: nichts erreicht. Besonders seit Willy Brandt 1957 Regierender Bürgermeister von Westberlin geworden war, wurde die SPD die Partei des 17. Juni. In diesem Geist unterbreitete sie 1959 einen „Deutschlandplan" zur schrittweisen Annäherung der beiden deutschen Staaten.

Der 13. August 1961 war die negative Antwort auf den 17. Juni 1953. Das Brandenburger Tor, durch das einst Bauarbeiter nach Westen marschierten, war geschlossen. Als Brandt demonstrativ dorthin eilte und Präsident Kennedy zu irgendeiner Form des Eingreifens aufforderte, wiederholte er zwar noch einmal die alte Symbolpolitik, aber einige meinten damals schon gespürt zu haben, dass damit der Volkszorn in Wirklichkeit nicht angefacht, sondern kanalisiert werden sollte. Wieder war ein Großereignis des Kalten Krieges mit einem Bundestagswahlkampf zusammengetroffen. Aber anders als 1953 sammelte sich das erschrockene Volk 1961 nicht mehr mit gleicher Eindeutigkeit hinter der Regierung. Adenauers Politik schien gescheitert, er büßte Stimmen ein. Außerdem: Sein Herausforderer Brandt trug den Titel „Regierender Bürgermeister". Auch er verkörperte eine Exekutive, an die man sich anlehnen konnte. Den Nachruf auf die bisherige Bedeutung des Tages der Deutschen Einheit sprach letztlich Egon Bahr in seiner Tutzinger Rede vom 15. Juli 1963: „Aus der Forderung nach geringeren Normen ist am 16. Juni 1953 auf dem Wege von der Stalin-Allee bis zum Haus der Ministerien die Forderung nach freien Wahlen geworden. Die Zügel glitten dem Ulbricht-Regime aus der Hand und konnten nur von den sowjetischen Panzern wieder aufgenommen werden. Das Ergebnis war eine Befestigung der Stellung Ulbrichts." Die Lehre hieß: Nicht Konfrontation, sondern Wandel durch Annäherung.

FOTO: KEYSTONE/ZUMA/IMAGO

Adenauer und Lübke (rechts) **kamen auch ohne die deutsche Einheit in Fahrt**

Die deutsche Arbeiterklasse konnte als ebenso zuverlässiger Faktor des Antikommunismus gelten wie das Bürgertum

Nicht nur Bahr dachte damals so, diese Überlegung hatte es in Teilen des bürgerlichen Lagers schon vor seiner Rede gegeben. Sie führte zur „Zwei-Zangen-Theorie": teilweise Anerkennung der nach 1945 entstandenen Realitäten auf deutschem Boden, wenngleich nicht der DDR, sowie Einwirken des Kapitalismus auf den Sozialismus. Was wie ein Nachgeben aussah, war in Wirklichkeit ein Ausdruck von Selbstbewusstsein: Da die DDR-Führung aus dem 17. Juni 1953 nicht die Lehren zog, ihre innere Legitimationsbasis zu erweitern, konnte sich der Westen auf das einlassen, was Nikita Chruschtschow – 1953 bis 1964 KPdSU-Generalsekretär – schon in den fünfziger Jahren proklamiert hatte: vornehmlich auf wirtschaftlichen Wettbewerb innerhalb friedlicher Koexistenz. Da brauchte man keinen Heldengedenktag mehr.

In einer der dramatischsten Sitzungen des Bundestags – am 27. April 1972 anlässlich des Misstrauensvotums gegen Willy Brandt – wurde der Kanzler wegen seiner Ostpolitik angegriffen und antwortete: „Ja, was wollen Sie, meine Zwischenrufer? Glauben Sie, dass ich hier eine 17.-Juni-Rede halte?" Das passte also nicht mehr.

Der Tag der Deutschen Einheit war in der Folgezeit beliebt und peinlich zugleich. Beliebt, weil er in den schönsten Zeit des Jahres Gelegenheit zu Ausflügen ins Grüne gab. Peinlich, wenn man dabei an etwas Nationales denken sollte. Als Chruschtschow 1958 den Viermächtestatus Berlins infrage stellte, hatten westdeutsche Professoren ihre Studenten aufgefordert, sich in Westberlin als Mutmacher zu immatrikulieren. Das taten die denn auch, freilich nicht als Mutmacher, sondern um dem Wehrdienst zu entgehen. Die Außerparlamentarische Opposition, zu der sie beitrugen, war sozialistisch und zugleich antikommunistisch. Sie lachte über Ulbricht ebenso wie über den 17. Juni, nahm Abschied vom Proletariat und hatte so mit den Bauarbeitern von der Stalin-Allee nichts mehr im Sinn.

1989 war das schon längst nicht mehr erwartete Ereignis da. Und ein Jahr später wurde der Tag der Deutschen Einheit auf den 3. Oktober verlegt. Darauf, dass 1953 ein Arbeiteraufstand stattfand, hatte die SPD immer wieder einmal hingewiesen. Die deutsche Arbeiterklasse konnte als ebenso zuverlässiger Faktor des Antikommunismus gelten wie das Groß- und Kleinbürgertum. Auch das war Bestandteil der Amerikanisierung der fünfziger Jahre gewesen. Seit der neoliberalen Wende nach 1973 schien diese Klasse nicht mehr so wichtig. Dabei hat sie mehr zum Sturz der SED beigetragen als die Pfarrer und Künstler im Vordergrund: 1989 nicht durch einen Aufstand, sondern dadurch, dass viele Bau- und Fabrikarbeiter via Ungarn der DDR ihre Arbeitskraft entzogen. Der bürgerliche 3. Oktober in Entgegensetzung zum proletarischen 17. Juni lässt das vergessen.

Georg Fülberth schrieb zuletzt über den *stern* und die „Hitler-Tagebücher" von 1983

Kultur

Rock Black Sabbath begeistern mit tollem Eigenplagiat **S.14**
Aufruhr Warum die türkischen Mainstreammedien schweigen **S.15**
Buch Annett Gröschner über „Die Elbe“ von Uwe Rada **S.17**

Der Hype ist ein Gift. Allerdings ist Hype nicht gleich Hype, wie die „Batman“-Trilogie zeigt, S. 17

der Freitag | Nr. 24 | 13. Juni 2013

+++ Exklusiv +++ Gerade erst Grundstein für Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses gelegt +++ Jetzt schon Planungen begonnen für künftigen Rückbau des Schlosses +++ Die Künstlerin Marion Pfaus alias „Rigoletti“ über den Stand der Dinge +++ Exklusiv +++

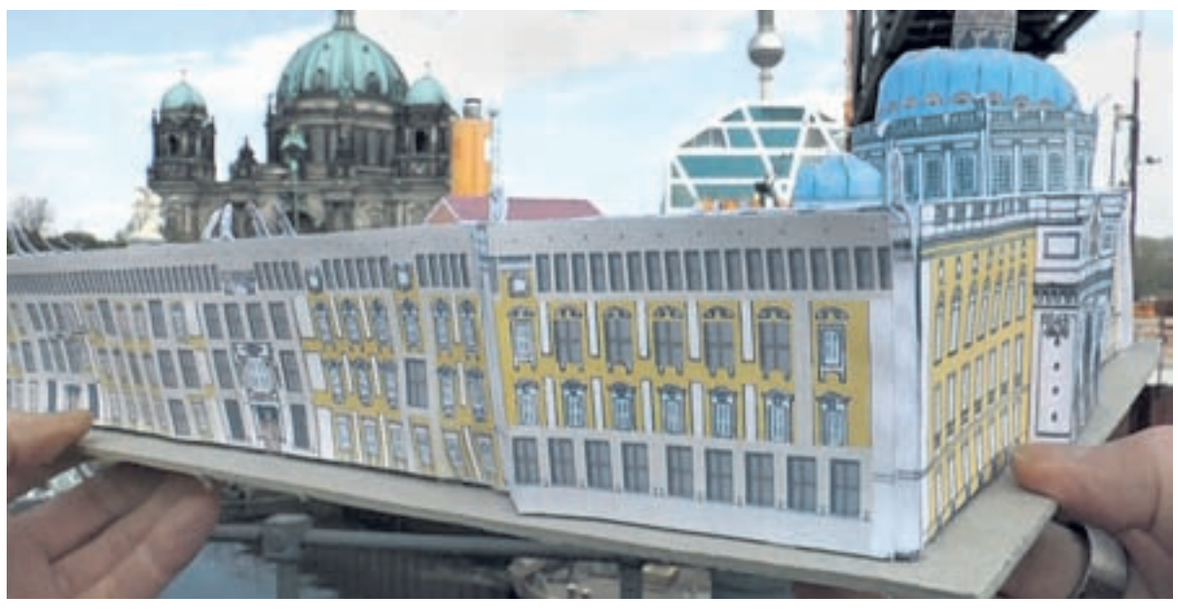


ABB.: MARION PFAUS, ENTERTAINMENT PICTURES/IMAGO (OBEN)

Sprengungs-party, I like

Weitsicht Am 6. August 2050 werden in Berlin die Reste des wiederaufgebauten Stadtschlosses feierlich in die Luft gejagt – ein Detail des geplanten Rückbaus. Eine Projektbeschreibung

Exklusive Dokumente aus den Planungen von humboldt21: Schlossplatzwiese (oben links, vor Rückbau)**, Mischfassade** (oben)**, Fassadenteile** (links, mit Rückkaufpreis)

■ **Marion „Rigoletti“ Pfaus**

Die Grundsteinlegung zum Berliner Schloss Humboldtforum am 12. Juni gibt gleichzeitig den Startschuss für die Initiative *humboldt21 – Rückbau Berliner Schloss Humboldtforum*. Der Rückbau kann nun Formen annehmen. Formen aus Beton, die in den kommenden Jahren in den märkischen Sand gelegt und von uns wieder herausgeholt werden.

Wie kein anderer Platz in der Hauptstadt steht der Berliner Schlossplatz für erfolgreiche Rückbaugeschichte. Seit dem letzten großen Rückbau, dem des Palasts der Republik, erlebten wir den Platz als grüne Wiese (mit Herz), dann als Wiese mit türkisfarbener Humboldtbox, dem Infocenter für das Humboldtforum.

Die Wiese wurde asphaltiert und inzwischen mitsamt Asphalt rückgebaut. In der Rückbau-Chronologie des Schlossplatzes wird die Humboldtbox das nächste Projekt sein. Wenn das Humboldtforum eröffnet wird, kommt die Humboldtbox weg. Das übernächste Rückbauprojekt wird das Humboldtforum selbst werden. Rückbau ist das Schicksal aller Bauwerke, die je auf dem Schlossplatz gebaut worden sind, wie ein Blick in die Rückbaugeschichte zeigt (siehe Kasten). Wir nennen es Tradition.

Über die Nutzung des Humboldtforums wird nach wie vor gestritten. Die drei Partner, die das Schloss aufbauen wollen – die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die Humboldt-Universität und die Zentral- und Landesbibliothek –, sind sich über die Verwaltung der Ein-, Zu- und Übergänge nicht einig. Und wie lässt sich der Einzug der Landesbibliothek damit vereinbaren, dass diese gleichzeitig einen Neubau auf dem Tempelhofer Feld plant?

Geschäftsführerwohnung

Die radikalste Zwischennutzung für das Humboldtforum genannte Schloss wäre gewesen, die Nachfahren der Hohenzollern wieder darin anzusiedeln. Mit Georg Friedrich Prinz von Preußen könnte man nicht nur den legitimen Anwärter auf den Deutschen Thron berufen, sondern auch einen jungen und sympathischen Schlossherrn. Alternativ zum Preußenerben hätte über den Einzug des Kaisers, Beckenbauer samt DFB, nachgedacht werden können. Fußballgroßveranstaltungen im Schlüterhof, Großbildleinwände in Agora und Eingangshallen, Fanshops, Fußballmuseum – so wäre das Schloss im Handumdrehen wieder zum Volkspalast geworden. Doch das aktuelle Konzept plant mit Touristen, die Eintrittskarten und Souvenirs einkaufen, Kaffee, Eis und Cola konsumieren und nebenbei Millionen digitaler Schlossfotos knipsen.

Auf das bedeutendste nationale Rückbauvorhaben der kommenden Jahre sind wir – und wenn ich „wir“ sage, meine ich mich: Marion „Rigoletti“ Pfaus, Geschäftsführerin von *humboldt21* – gut vorbereitet. Seit knapp zwei Jahren sammelt *humboldt21* Spenden für den Rückbau. Wie langwierig und kostspielig ein Rückbau werden kann, wissen wir spätestens seit dem Palast der Republik. Der Baubeginn des Humboldtforums dient uns daher als Motivation, um Spenden für den Rückbau einzuwerben. Seit Eingang der ersten Spendengelder von 0,05 Euro im September 2011 ist die Spendenbereitschaft für *humboldt21* um 792.420 Prozent auf 396,21 Euro gestiegen. Zur weiteren Erhöhung des Volumens hat *humboldt21* im Mai 2013 ein Wettbüro eröffnet, in welchem Wetten auf den Eröffnungstermin des Humboldtforums angenommen werden. Der Wetteinsatz beträgt 2 Euro. Davon geht einer in den Gewinntopf, der andere bleibt bei *humboldt21* als Spende. Der Jackpot wird im richtig getippten Monat mit Jahr ausgezahlt.

Den pessimistischsten Wettkandidaten zum Trotz hoffen wir, dass die Bauverzögerung bei dem Großprojekt Wiederaufbau nicht zu gewaltig ausfällt – auch *humboldt21* hat einen Zeitplan! Am 6. August 2050, dem 100. Jahrestag der Schlosssprengung, wollen wir im Rahmen der Jubiläums-Schloss-Spreng-Facebook-Party mit einer Sprengung der Schlossreste den Rückbau abschließen. Facebook-Freunde können sich jetzt schon anmelden!

Zusätzlich zu den üblichen Bauverzögerungen wie Wassereinbruch, Kostenexplosion, Baumängelbeseitigung oder Kompetenzgerangel könnte beim Humboldtforum die Debatte um Fehlbeträge der privaten Bausumme von 80 Millionen Euro zu Buche schlagen. Laut Bundestagsbeschluss muss die Fassade nämlich privat finanziert werden – und eben da tut sich eine Finanzierungslücke auf. Die Spendenuhr des Fördervereins Berliner Schloss e.V., der mit seinem Geschäftsführer Wilhelm von Boddien seit vielen Jahren Geld für die historisierende Fassade sammelt, weist zum Zeitpunkt des Baustarts ein Minus von 66,45 Prozent aus. Erschwerend kommen unklare Finanzverhältnisse hinzu. „Kassenstand ist nicht gleich Spendenstand“, heißt es: Wie viel der eingenommenen Spenden fließen tatsächlich in den Bau, wie viel bleibt beim Verein für laufende Kosten wie Geschäftsführergehalt und Geschäftsführerwohnung in Berlin (Boddien lebt in Hamburg) sowie PR? Der ausübende Architekt für Fassadenplanung, ein Herr Stuhlemmer, hat sich den Auftrag als Vereinsvorsitzender selbst erteilt. Wie viele Vereinsmitglieder müssen noch mit Jobs versorgt werden? Wie viele Spendengelder sind im bisherigen Kostenplan gar nicht enthalten, weil zweckgebunden, wie das Geld eines anonymen Spenders für die Kuppel? Vor allem: Von wem soll das fehlende Geld kommen?

Mein Vorschlag für eine kostengünstige Lösung: Die Südseite des Schlosses bekommt ebenfalls die von Franco Stella für die Ostseite entworfene moderne Fassade. Die Westansicht wird so gebaut wie geplant und die Nordseite zum Lustgarten hin erhält eine Mischfassade aus historischen und modernen Elementen.

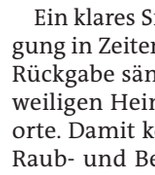
Nachrückbauzeit

Der Förderverein Wilhelm von Boddiens verkauft, um das Spendenvolumen zu erhöhen, einzelne Fassadenteile, sogenannte Schmuckelemente, für das künftige Schloss. Diese Idee möchten wir von *humboldt21* übernehmen und diese Elemente zu den exakt gleichen Preisen wieder vom Schloss weg verkaufen. Selbstverständlich müssten die Eigentumsverhältnisse noch geklärt werden. Wem gehört die Fassade? Müsste den ursprünglichen Schmuckelemente-Käufern ein Rückkaufsrecht eingeräumt werden? Nur die Kuppel kann direkt verkauft werden, da hier der Spender anonym bleiben möchte. Um das professionell zu klären, bräuchten wir, also ich, einen Anwalt oder eine Anwältin. Der Etat für ein Mandat kann auf der Website *humboldt21.de* unter dem Button „Transparenz“ eingesehen werden. Dort wird laufend der Stand unseres Spendenkontos angezeigt.

Mit der Eröffnung des Humboldtforums wird *humboldt21* den Verkauf der Fassadenelemente starten, diese nach Geldeingang rückbauen und zustellen. Auch die Betonelemente aus dem Innern könnten wiederverwendet werden. Wenn die Außenhaut des Humboldtforums nicht mehr geschlossen ist, sollte die Ausstellung abgebaut, die Bücher und Exponate abgeholt worden sein. Wohin? Zurück nach Dahlem?

Ein klares Signal für die Völkerverständigung in Zeiten der Globalisierung wäre die Rückgabe sämtlicher Exponate an ihre jeweiligen Heimat- beziehungsweise Fundorte. Damit könnte so mancher Streit um Raub- und Beutekunst beigelegt werden. Man könnte in dem Zusammenhang auch die ehrgeizigen Ziele der aktuell laufenden Humboldt-Labs in Dahlem aufgreifen, des Vorprogramms zur Schlossnutzung. Dort wird nach noch nie da gewesenen Ausstellungskonzepten geforscht. In enger Zusammenarbeit mit Künstlern könnten Herkunft, Verbleib und Heimkehr der Exponate dokumentiert, interpretiert und in virtuellen Museen für alle überall auf der Welt zugänglich gemacht werden.

Aus Gründen der Nachhaltigkeit und Weitsicht müsste freilich auch darüber nachgedacht werden, was nach einem erfolgreich abgeschlossenen Rückbau des Humboldtforums auf dem Berliner Schlossplatz passiert. Wie wird er im Jahre 2099 aussehen? Wer dazu eine Idee hat, kann diese skizzieren und an humboldt22@humboldt21.de schicken. Außerdem sind Sie natürlich aufgerufen, *humboldt21* mit einer Spende zu unterstützen. Spielen Sie mit und wetten Sie!



Marion Pfaus alias **Rigoletti** ist gebürtige Badenerin und lebt seit 2000 in Berlin. Entspezialisierte Medienartistik nennt sie das, was sie tut. Mehr unter *rigoletti.de*, *humboldt21.de* und auf *youtube.com/user/RigolettiM*

Werden Sie Teil der Berliner Rückbaugeschichte! humboldt21.de

A Place to be, not to stay Rückbauhistorie des Schlossplatzes

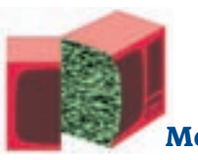
16. Jahrhundert
1538 wird die Zwing Cölln, die Burg Eisenzahns (Kurfürst Friedrich II., 1440–1470), rückgebaut (Abtragen) und durch eine Kopie des Torgauer Schlosses ersetzt

17. Jahrhundert
Während des 30-jährigen Kriegs baut sich das Schloss selbst rück (Verfall). Als seine eigene Kopie wieder aufgebaut. **1681** Rückbau der Stechbahn, eines 1538 angelegten Turnierplatzes

18. Jahrhundert
Zahlreiche Rück-, Um- und Anbauten unter Andreas Schlüter (Schlossbaumeister). **1706** wird etwa der 100 Meter hohe Glockenturm aus Sicherheitsgründen rückgebaut (sog. Münzturmkatastrophe). Die Kosten überschreiten die gesamten Schlossbaukosten, Schlüter verliert Job. **1747** wird unter Friedrich dem Großen an der Südseite des Schlosses die Domkirche rückgebaut und als Dom im Lustgarten wieder aufgebaut.

19. Jahrhundert
Anfang des 19. Jahrhunderts werden die Skulpturen der Dachbalustraden rückgebaut (Renovierungsarbeiten). **1850** erhält das Schloss seine Kuppel. **1888** Rückbau der Hofapotheke (Verkehrsflussverbesserung). **1894** Rückbau der Häuser der Schlossfreiheit, um Nationaldenkmal zu errichten.

20. Jahrhundert
1950 Rückbau des Schlosses (Sprengung). Unmittelbar davor wurde das Nationaldenkmal rückgebaut. Wird **1976** ersetzt durch Palast der Republik. **1962** Rückbau der Schinkel'schen Bauakademie. Wird ersetzt durch das DDR-Außenministerium. **1996** Rückbau des DDR-Außenministeriums. Wird ersetzt durch Wiederaufbau der Schinkel'schen Bauakademie. **1998 bis 2009** Rückbau des Palasts der Republik. **2010** Rückbau der Temporären Kunsthalle Berlin



Medientagebuch

Gegen das große Frauenfühlen: „Die schwarze Botin“

Reitende Boten sind die Nachrichtenträger der Mächtigen. Frauen finden sich in dieser Rolle selten, denn fangen sie erst einmal an zu reden, überschreiten sie schon eine Grenze. So auch *Die Schwarze Botin*, als sie das Wort erhob. Und was für ein Wort! Die Zeitschrift, die 1976 unter diesem Namen dem feministischen „Frauenfühlen“ ein Ende setzte, war gnadenlos: Für uns, provozierte Mitgründerin Gabriele Goettle damals, beginnt „der kleine Unterschied“ dort, „wo der klebrige Schleim weiblicher Zusammengehörigkeit ein Ende hat.“

Warum sich die Botinnen damals schwarz nannten, weiß auch Elfriede Jelinek, die mit einigen Mitstreiterinnen die spätere Wiener Dependance verantwortete, nicht mehr zu sagen. Vielleicht, weil sie viel schwarzen Humor im Gepäck hatte. Fast drei Jahrzehnte nach Erscheinen der letzten Nummer 1987 ritten die Botinnen nun noch einmal durch Wien. Im Rahmen der Festspielwochen führte die Bühnenbildnerin Barbara Ehnes Ehemalige und Nachgeborene im Schauspielhaus zusammen zu einer selbstironischen Performance: „Die schwarze Botin, remastered and remistressed“. Was bleibt, wenn junge Queer-Frauen in die Steinbrüche des Feminismus abtauchen und in einer ultimativen Redaktionskonferenz nach brauchbarem Stückwerk fahnden?

Was bleibt, ist zunächst ebenso wortgläubig und sprechfreudig wie die Zeit, aus der die Botinnen stammen. Ein karger Redaktionstisch, überspannt von vier Videoinstallationen und unterlegt von einer Soundstation. Die älter Gewordenen morsen ihre Botschaften aus alten Badewannen und angejahrten Küchen, darunter tagt die generationsübergreifende Redaktion. Textgestein, gewendet und Twitter-zerschossen, Einschreibungen aus den Galaxien des Feminismus.

„Hüten Sie sich, wenn Sie Phogerln noch so phressen sehn, in diesen phalen Spähren, wo Sie plötzlich als Späherin gelandet sind“, rezitiert Heidi von Plato Jelineks ironische Anbetung an den Phallus (H). Die „schreibende Automatin“ Ginka Steinwachs lässt „lesben fliegen“, „madonnen und strichjungen aus der zeit der schwarzen romantik“, oder, in einem seltenen Anfall von Handlungsmut, einen riesigen roten Plastemund durchs Publikum wandern: „gaumentheater des mundes“. Dazwischen freches Gezwitscher der Jüngeren, die vom surrealistischen Feuerwerk und der „grandiosen Häme“ ebenso geplättet sind wie die Älteren von den neuen Labels: Was, bitte, sind eigentlich Cis-Männer?

Namen wie ein Programm: Neben der unvergleichlichen Steinwachs intonieren Heidi von Plato, Marina Auder und Mona Winter. Als Botinnen ritten aber auch Eva Meyer, Heidi Pataki oder Gisela von Wysocki, nicht zu vergessen Gerburg Treusch-Dieter, ehemalige Herausgeberin des *Freitag*. Um Anschlussfähigkeit hat sich diese weibliche Avantgarde wahrlich nicht bemüht. Umso bemerkenswerter, dass der Chor die alten Fragen wieder auf die Bühne bringt: die phallischen Raubzüge. Und die „Wir“-Frage. „Unser Wir ist in Privilegien verstrickt… unser Wir ist brüchig“, skandieren die Jungen. Das „Wir“ aber war immer eine Fiktion, das wussten schon die Botinnen. Während sie fulminant auf ihren Besen entschwanden, gingen andere in den ausdauernden Trab: Nach dem Hexenflug die *Feministischen Studien* zum Beispiel. Akademisch gestählt, feiert die Zeitschrift dieser Tage ihr 20-jähriges Bestehen.

Ulrike Baureithel

KLEINANZEIGE

Kur in Kolberg in Polen. 14 Tage ab 429 Euro! Hausabholung inkl.! Hotelprospekte und DVD-Film gratis! Tel. 0048943555126 www.kurhotelawangardia.de

Bühne „Der Jude von Konstanz“ von Wilhelm von Scholz

Im Clinch mit der Moderne

FOTO: ILJA MESS

Noch Spiel oder schon tödlicher Ernst? Eine Theatertruppe befeuert im Stück den Hass

Der Maler Caravaggio war ein Mörder. Sollen seine Bilder deshalb nicht ausgestellt werden? Muss der Fluch, der seiner bösen Tat gilt, auch den Täter treffen? Soll der moralisch verwerfliche Mensch und mit ihm sein Werk dem Vergessen anheimgegeben werden?

Mit dem zeitlichen Abstand wächst die Bereitschaft, moralische Maßstäbe zu vernachlässigen. Wie aber ist es, wenn, was zu verurteilen ist, gerade 70 Jahre zurückliegt? Wie soll man sich Künstlern oder Autoren gegenüber verhalten, die den Nationalsozialismus begrüßt und unterstützt haben, als aktive Propagandisten, die freiwillig ihren Beitrag leisteten zu einem mörderischen System? Soll ihr Werk gepflegt, der Öffentlichkeit angeboten werden? Wie geht man mit Hans Pfitzner um, mit Leni Riefenstahl, mit Arno Breker?

Gleich zwei neue Publikationen beschäftigen sich mit dem Schriftsteller Wilhelm von Scholz, auf den diese Fragen ebenfalls zutreffen: *Wettlauf mit dem Schatten. Der Fall (des) Wilhelm von Scholz*, herausgegeben von Manfred Bosch und Siegmund Kopitzki, und *Der Konstanzer Dichter Wilhelm von Scholz* von Hendrik Riemer. Und die Antworten der diversen Autoren fallen denn auch unterschiedlich aus; vom Versuch, die Vorwürfe zu relativieren, über eine rigid ablehnende Haltung bis hin zum Argument, dass Geschichte nur nutzbar gemacht werden könne, wenn man sie, auch in ihren negativen Ausprägungen, am Leben erhält.

Die Sache wird noch komplizierter mit Blick auf *Der Jude von Konstanz* aus dem Jahr 1905. Denn dieses Drama des späteren NSDAP-Mitglieds von Scholz, der schon 1933 ein Treuegelöbnis an Adolf Hitler unterzeichnet und 1944 unter dem Titel „Eherne Tafel“ ein Huldigungsgedicht an Hitler veröffentlicht hat, kann kaum als antisemitisch verstanden werden kann.

Lästige Konkurrenz

Die eigentlich wichtige und aktuelle Frage ist also: Was macht einen Autor, der durchaus differenzierte und vernünftige Ansichten zur jüdischen Existenz in einer judenfeindlichen Umgebung hat, zum Sympathisanten eines Regimes, das sich die Ausrottung der Juden zum Ziel gesetzt hat? Ähnliche Wandlungen können wir ja heute in Ungarn und anderswo beobachten. Einen aufschlussreichen Hinweis gibt eine Selbstaussage Wilhelm von Scholz’ von 1939: „Ich wähnte mich im äußeren Geltungskampf den auf der Bühne und in der Presse stets vorgezogenen jüdischen Schriftstellern mit meiner langsameren, tiefgründigeren, schwereren Art nicht gewachsen und hatte wie das hässliche graue Entlein das unbestimmte Gefühl, diese sogenannte ‚moderne‘ Manier, mit der man dort den Erfolg machte, nicht zu können.“ Man musste und muss bis heute nicht von Haus aus ein überzeugter Antisemit sein, um antisemitische oder allgemein fremdenfeindliche Maßnahmen zu begrüßen und zu unterstützen: Sie schaffen lästige Konkurrenz aus dem Wege.

Der Jude von Konstanz, den das Theater Konstanz nun zeigt, spielt im 14. Jahrhundert und verarbeitet mehrere historische Quellen. Der Jude Nasson ist Arzt und als solcher dem rationalen Denken verpflichtet. Dass der Beruf auf einen anderen Juden der dramatischen Literatur vorausweist, auf *Professor Bernhardi*, konnte von Scholz 1905 nicht ahnen. Arthur Schnitzlers Protagonist kam erst sieben Jahre später zur Welt.

Ein Besucher bei Nasson bemerkt beiläufig: „Es ist halt so:/ man hat die Juden immer im Verdacht.“ Antisemitisch ist das nicht, eher eine Anklage gegen antisemitische Vorurteile. Von Scholz benennt auch eine der Ursachen der Judenverfolgungen: dass man Geld geliehen hatte und die Zinsen nicht bezahlen wollte. Hat er das 1933, als jüdische Wohnungen und Geschäfte „arisiert“ wurden, ihre Mieter beraubt und verjagt wurden, vergessen? Den Juden Asarjah lässt von Scholz sagen: „O hütet euch! Glaub’ mir, sie schlafen nur / und irgend einmal bricht es wieder los.“ Hat er diese Warnung verdrängt, als in der Reichspogromnacht die Synagogen brannten?

Nasson ist zum Christentum übergetreten, um das Heimatrecht zu erhalten. Er soll den todkranken, greisen Bischof retten, der die Juden vor der Verfolgungslust der Christen schützt. Nach einem judenfeindlichen Stück einer fahrenden Schauspielertruppe kommt es fast zum Pogrom. Als ein junger jüdischer Eiferer, der dafür plädiert, dass sich die Juden bewaffnen und gegen ihre Peiniger wehren, einen christlichen Rivalen tötet, bricht der Pogrom tatsächlich aus. Als auch noch Nassons Braut, die zur Taufe bereit ist, von dem Juden, der sie zuvor verteidigt hat, erstochen wird, warnt Nasson seine früheren Glaubensgenossen vor der drohenden Gefahr. Der Jude, der zwar die Gebete noch kennt, aber nicht gläubig ist, kehrt in der Stunde der Verfolgung zu jenen zurück, zu denen er einst gehörte. Für sich selbst sucht Nasson den Tod. Seine letzten Worte lauten: „Ich habe keine Heimat, keine Heimat,/ auch nicht als Asch’ und Staub, wie ihr doch alle.“

Dieser Schluss ist mehrdeutig. 1939 schreibt Wilhelm von Scholz, er habe, als er den *Juden von Konstanz* schrieb, „schon die völlige Unvereinbarkeit des Juden mit unserem Volke“ empfunden und dargestellt: „getrennt auf ewig, für alle Zeiten Feinde!“ Der heimatlose, wandernde Jude – das entspricht dem antisemitischen Klischee von Ahasver, dem ewigen Juden. Aber die Logik des Dramas zeigt das Gegenteil, nämlich wie den Juden die Heimat von den Christen vorenthalten wird. Die Klage am Ende bezieht sich dann auf eine von Menschen bewirkte soziale, nicht auf eine existenzielle Wahrheit. Und ist klüger als der Wilhelm von Scholz von 1939.

Der Wilhelm von Scholz, der dieses Drama schrieb, ist klüger als der spätere NS-Autor

Am Ort der Handlung siedelt der Regisseur Stefan Otteni das Stück weder im Mittelalter noch im Nationalsozialismus noch konkret in der Gegenwart an. Er verzichtet auch darauf, die Biografie von Wilhelm von Scholz auf der Bühne zu diskutieren. Stattdessen kontrastiert er die Wege der Schauspieler zu ihrer Arbeitsstätte in Konstanz mit den Wegen jüdischer Flüchtlinge von 1938 in umgekehrter Richtung. Der Regisseur und sein siebenköpfiges Kern-Ensemble reduzieren Pathos und den klassizistischen Ton des Textes zugunsten einer plausiblen Alltäglichkeit. An manchen Stellen vervielfacht die Regie einzelne Stimmen und deutet so an, dass es nicht um individuelle, sondern um kollektive Haltungen geht. Als anonymes Kollektiv machen sich auch unverhohlen antisemitische Zwischenrufer aus dem Zuschauerraum bemerkbar – eine nicht mehr ganz neue Idee, die hier aber eine Funktion erfüllt.

Thomas Rothschild

Der Jude von Konstanz Theater Konstanz
Termine unter *theaterkonstanz.de*

Musik „13“ von Black Sabbath

Gott, der Tod und andere Fragen

Hinterher ist man immer schlauer. 1970 urteilte Rainer Blome, Gründer der Musikzeitschrift *Sounds*, über das Debütalbum von Black Sabbath, dass „in der Richtung, die Black Sabbath einschlägt, so gut wie alles schon gesagt worden“ sei. Rückblickend eine historische Fehleinschätzung, war das selbstbetitelte Debüt der Briten doch nicht der Endpunkt einer musikalischen Entwicklung, sondern der Gründungsakt eines ganzen Genres. Keine Geschichte des Heavy Metal kommt ohne Verweis auf das revolutionäre Potenzial von Tonny Iommis tiefer gestimmter Gitarre und den legendären Teufelsakkord in der Bandhymne „Black Sabbath“ aus.

Auch über 40 Jahre später ist, frei nach Hesse, dieser Zauber, der dem Anfang innewohnte, nicht verflogen und wird nach wie vor zelebriert, denn im traditionell strukturkonservativen Metal mit seinem ausgeprägten Geschichtsbewusstsein werden Pioniertaten gewürdigt. Das Black-Sabbath-Epigonentum ist mittlerweile ein eigener

FOTO: UNIVERSAL MUSIC

Ozzy Osbourne (Mitte) **und Kollegen**

Business-Zweig. Ohne Innovationsanspruch versuchen Bands wie Orchid, Witchkraft oder die Berliner Kadaver möglichst nah an den Sound der Altvorderen heranzukommen. Dieser Authentizitätswahn führt zu skurillen Auswüchsen, etwa wenn die Spätgeborenen Aufnahmetechnik verwenden, die älter ist als sie selbst, um den Klang der Siebziger bestmöglich zu reproduzieren. Die Folge ist eine Flut von Alben, die Black-Sabbath-Riffs variieren.

Wenn nun aber Black-Sabbath-Riffs wieder von Black Sabbath kommen, sind der Erwartungsdruck und die Angst vor einer Selbstdemontage der Legende groß. Die Ankündigung des Labels – „35 Jahre hat die Welt darauf gewartet“ – tut ihr Übriges. Nach dem Tod von Ronnie James Dio, 1979 der Nachfolger und von 2006 bis 2010 der Vorgänger von Ozzy Osbourne, haben sich drei Viertel der legendären Ur-Besetzung (Osbourne, Iommi und Bassist Geezer Butler) zusammengerauft und mit Produzent Rick Rubin ihr neues Album *13* eingespielt. Rubin ist ein Fachmann, wenn es darum geht, Stars aus der Musikwelt des 20. Jahrhunderts für die Gegenwart fit zu machen. *13* verbindet vieles, was die alten Platten zu Klassikern machte, ohne auf einen Retrokult zu verfallen. Obgleich das Düstere, Bedrohliche und irgendwie Okkulte damals noch mehr zur Geltung kam, sind die unverkennbaren Black-Sabbath-Trademarks geblieben. Das Wabern von Iommis Riffs unterlegt Osbournes charakteristisches Quengeln, das, anders als bei seinen Soloalben, kaum technisch aufgepeppt wurde.

Der Neunminüter „God Is Dead?“, gleichzeitig auch die Single, sticht heraus. Der Song könnte eine Vertonung der transzendentalen Obdachlosigkeit unserer Tage sein und begibt sich auf die Sinnsuche zwischen einem apodiktischen „Gott ist tot“ und dessen Infragestellung. Dabei wogt die Musik zwischen schwerfälligem Tasten und gebremstem Nachvornestampfen. „Zeitgeist“, der Ruhepol des Albums, bewegt sich nah am Eigenplagiat. „Planet Caravan“ vom *Paranoid*-Album stand hier eindeutig Pate. Selbst die Bongo-Trommeln hat man übernommen. Aber wenn es schon en vogue ist, Black Sabbath nachzuspielen – warum sollten sie selbst es dann nicht auch machen?

Sebastian Triesch

13 *Black Sabbath* Universal Music

„Wir mussten die Bilder löschen“

Im Gespräch Ein Zeitungsredakteur, der anonym bleiben muss, erklärt, warum die türkischen Medien über die jüngsten Proteste kaum berichten

FOTO: BULENT KILIC/AFP/GETTY IMAGES

Zu Beginn der Woche ging die türkische Regierung mit Tränengas und Panzern gegen die Demonstranten auf dem Taksim-Platz vor

Unser Gesprächspartner ist Redakteur bei einer Zeitung in Istanbul und Mitglied der Media Ethics Platform, eines Zusammenschlusses türkischer Journalisten, die Ethikverletzungen in den Medien kritisieren. Weil er berufliche Konsequenzen befürchten müsste, will er das Interview nur anonym geben.

Der Freitag: Wie beurteilen Sie die Berichte der türkischen Medien über die aktuellen Proteste, die vom Gezi-Park ausgingen?
Die Medien haben furchtbar schlechte Arbeit gemacht. Besonders als die Proteste eskalierten und die Gewalt durch die Polizei ihren Höhepunkt erreichte. Die TV-Stationen stellten sich blind, die Menschen verfolgten die Entwicklungen deshalb auf Twitter. Dort kommt es aber häufig zu Fehlinformationen, was die Situation eher zuspitzt. Es ist ein Dilemma, dass die Massenmedien nicht umfassend und objektiv berichten.
Wie haben die Medien den Beginn der Proteste begleitet?
Anfangs dachten alle, die Demonstrationen würden schnell beendet. Mein Arbeitgeber veröffentlichte auch Fotos und Videos auf unserer Website. Als der Protest von Tag zu Tag größer wurde, erhielten wir eine Mail vom Chefredakteur, dass wir das Material löschen sollen. Es gab keine Debatte darüber. Natürlich fühlen sich viele Redakteure nicht wohl damit, aber ihre Haltung ist: Wir können nichts machen.
Was geschähe, wenn ein Redakteur widersprechen würde?
Er würde wohl sehr scharf ermahnt werden, danach würde man ihm mit der Kündigung drohen.
Und wenn ein Chefredakteur kritische Berichterstattung zuließe?
Er würde sicher auf der Stelle gefeuert werden. Es haben schon lange vor den Gezi-Protesten bekannte Kolumnisten ihre Jobs verloren, weil sie die Regierung kritisierten.
Der Protest im Gezi-Park richtete sich anfangs gegen ein Bauvorhaben, ein geplantes Einkaufszentrum nach dem Vorbild historischer Militärbaracken, denen der Park weichen soll. Inzwischen hat er eine viel größere Dimension und richtet sich direkt gegen die Politik des konservativen Regierungschefs Recep Erdoğan.
Richtig, was zur Folge hat, dass die Journalisten noch vorsichtiger geworden sind. Ein Kollege einer regierungsnahen Zeitung schickte mir eine Mail: „Wir hatten schon vorher Probleme mit freier Berichterstattung, aber jetzt haben wir ein neues Level.“ In vielen Redaktionen wird erst gar nicht über die Möglichkeit einer objektiven Berichterstattung diskutiert.
Eine kleine Demonstration ist leicht zu ignorieren, aber nun gehen Hunderttausende auf die Straßen. Viele Menschen wurden verletzt durch das brutale Vorgehen der Polizei. Einige haben sogar ihr Leben verloren. So etwas lässt sich doch nicht übersehen!
Es wird berichtet, aber nicht objektiv oder gar kritisch. Einige Medien, die der Regierung nahestehen, schrieben, dass die Demonstranten die Reaktion der Polizei provoziert hätten. Die meisten Massenmedien halten sich zurück. Als Todesursache schreiben sie etwa „Schlag gegen den Kopf“, nicht: „Schlag durch einen Polizisten“.
Die Demonstranten kritisieren auch Erdoğans Einflussnahme auf die Medien. Gibt es Reaktionen auf diese Vorwürfe?
Davon ist mir nichts bekannt. Die Fernsehsender NTV und CNN Turk, die sehr stark in der Kritik standen, haben nach und nach angefangen, Bilder der Proteste zu zeigen. Ich weiß aber nicht, ob das eine Reaktion auf die Vorwürfe ist.

„In vielen Redaktionen wird nicht mal mehr über Freiheit diskutiert“

Die linken Medien in der Türkei sind klein und unabhängiger. Wie haben diese auf die Demonstrationen reagiert?
Sie haben die Proteste gut abgebildet. Das linke Blatt *Birgün* hat eine Beilage zum Gezi-Protest veröffentlicht. Aber die Zeitung hat nur ein sehr kleines Publikum, die Auflage liegt bei 5.000 Exemplaren. Halk TV, das der oppositionellen Partei CHP nahesteht, begann, 24 Stunden über Gezi zu berichten. Die Zuschauerzahlen stiegen, denn anders als andere Sender übertrugen sie live, also ungeschnitten.
Sie sind Mitglied der Media Ethics Platform, einem Zusammenschluss von Journalisten, die Manipulationen in den Medien kritisieren. Ist die Mitgliedschaft ein Problem bei Ihrem Arbeitgeber?
Nein, dafür sind wir zu klein, die Plattform ist noch jung. Unser Newsletter erreicht über 100 Journalisten, aber unser harter Kern umfasst nur zehn Leute. Wir haben Pressemitteilungen verschickt, in denen wir die Berichterstattung über Gezi kritisieren. Diese Mitteilungen verschicken wir aber allgemein im Namen der Organisation, nicht personalisiert mit unseren Namen unterzeichnet. Wir verstecken uns nicht, aber niemand von uns hat bislang Probleme bekommen. Solange man klein ist, wird man nicht als Bedrohung gesehen.
Haben Sie sich selbst an den Protesten im Gezi-Park beteiligt?
Ja, natürlich. Ich bin regelmäßig dort. Ich war in den vergangenen Jahren auch oft am 1. Mai am Taksim-Platz und habe sehr unterschiedliche Menschen dort protestieren gesehen, jedes Jahr wurden es mehr. Aber was sich jetzt im Gezi-Park abspielt, ist etwas Besonderes. Nachdem mein Vater das gesehen hatte, sagte er: „Ich bin stolz auf diese jungen Menschen. Sie stehen zusammen – anders als wir in den Siebzigern.“ Auch damals protestierten Bürger, aber sie zogen nicht an einem Strang.
Müssen Journalisten Konsequenzen fürchten, wenn ihre Teilnahme an Protesten bekannt wird?
Bislang ist das nicht zu erkennen. Sehr viele Journalisten haben sich im Gezi-Park beteiligt und ihre Eindrücke auf Twitter verbreitet. Mir ist nicht bekannt, dass deshalb jemand seinen Job verloren hätte.
Der Gezi-Park soll einem Bauvorhaben weichen. In seiner Nähe wird das Viertel Tarlabasi dem Erdboden gleich gemacht, Menschen sind vertrieben worden, Luxuswohnungen sollen entstehen. Viele Medien gehören Konglomeraten, die auch Baufirmen haben. Sind diese Firmen in die Pläne am Gezi-Park involviert?
Gerüchte besagen, dass die osmanischen Militärbaracken von der Calik-Gruppe gebaut werden sollen. Deren Geschäftsführer ist der Schwiegersohn des Premierministers. Der Gruppe gehört auch die Zeitung *Sabah*. Calik hat bestritten, daran beteiligt zu sein. Es würde mich aber nicht wundern, wenn Leute involviert sind, die der Regierung nahestehen.
Erdoğan ist selbst nahe des Gezi-Parks aufgewachsen. Warum unterstützt er das Bauprojekt so unnachgiebig?
Ich glaube, seine Motivation ist ideologisch begründet. Die Militärbaracken haben in der türkischen Geschichte eine große Symbolik, sie waren das Hauptquartier islamischer Militaristen zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Anhänger von Ismet Inönü, einem strikten Säkularisten, zerstörten sie in den vierziger Jahren. Erdoğan will sich nun dafür revanchieren. Erst war von einer Mall die Rede, dann von einem Hotel, nun von einem Museum – die künftige Nutzung des Gebäudes ist Erdoğan aber egal. Er glaubt, die Rekonstruktion ist ein Sieg über die Anhänger des Säkularismus.
Vor einigen Tagen sind mehrere Zeitungen wie *Sabah* und *Zaman* mit der identischen Schlagzeile auf der ersten Seite erschienen – einem Zitat Erdoğans.
Ja: „Wir würden unsere Leben für demokratische Anliegen geben.“ Es stammt aus seiner Rede am Flughafen, in der er die Demonstranten als Terroristen bezeichnete. Es ist kein Zufall, dass diese Blätter das am gleichen Tag gebracht haben. Es ist das erste Mal in der Geschichte, dass sieben voneinander unabhängige Tageszeitungen den exakt gleichen Titel hatten.
Ist das ein Zeichen dafür, wie es um die Unabhängigkeit der türkischen Presse bestellt ist?
Ja, und zwar ein sehr deutliches.
Seit sich der Protest gegen Erdoğans Politik richtet und immer mehr Menschen einbindet, sprechen Beobachter schon von einem „Türkischen Frühling“.
So weit würde ich nicht gehen. Sollte Erdoğan seinen Konfrontationskurs herunterfahren und auch auf die Demonstranten zugehen, den Dialog suchen, dann würden sie das begrüßen. Präsident Abdullah Gül sagte, der Protest sei eher mit Occupy Wall Street zu vergleichen. Ich bin aber sicher, dass sich die Türkei dadurch verändert. Erdoğans Hegemonie hat irreparablen Schaden erlitten. Er sollte künftig kooperativer sein.

Das Gespräch führte
Torsten Landsberg

Die Eigentumsstrukturen türkischer Medien

Die großen Medien in der Türkei sind meist im Besitz von Mischkonzernen. Der Dogan Holding zum Beispiel gehören neben der in Deutschland wohl bekanntesten türkischen Zeitung *Hürriyet* und dem Fernsehsender NTV auch Bau- und Immobilienunternehmen. Dogan ist in der Autoindustrie und der Energiewirtschaft vertreten und unterhält auch eine der größten Banken des Landes, die Garanti.

Kritiker sehen in den teils widersprüchlichen Konzerninteressen eine Ursache für die Beschränkung der freien Presse. Tenor: Eine Zeitung, deren Besitzer ein Kraftwerk baut, berichtet nicht kritisch über die globale Erwärmung. Die Folge ist Selbstzensur. Viele Medien berichten zudem unkritisch über die Regierung, weil Aufträge für das Konzernkonglomerat von der Regierung abhängen. Beobachter sprechen daher von einem korrupten System. Und immer wieder erzählen Redakteure auch von direkter Einflussnahme durch Politiker. Mehr als 90 Journalisten sitzen nach Angaben von „Reporter ohne Grenzen“ (ROG) derzeit in türkischer Haft, Hunderte stehen auf schwarzen Listen. Meist wird ihnen willkürlich die Unterstützung terroristischer Organisationen unterstellt. Auf der ROG-Rangliste der Pressefreiheit liegt die Türkei auf Platz 154 von 179. *TL*

ANZEIGE

Was ist eine gute Regierung?

»freitag.de Buch der Woche

Berggruen und Gardels plädieren dafür, Ost und West, chinesische Langfristigkeit und westliche Freiheit neu zusammenzudenken, eine neue Balance zu finden zwischen dem Lokalen, dem Mitspracherecht der Bürger und der Expertise der Fachleute.

Ein provokanter Vorschlag für eine neue politische Weltordnung.

Mit 4 Abbildungen | 256 Seiten
Gebunden mit Schutzumschlag
€ 19,99 / SFr 28.90 / € [A] 20,60
ISBN 978-3-451-30753-9

HERDER
Lesen ist Leben

www.herder.de

FOTO: MP/LEEMAGE/DPA. ABB. UNTEN: AUS DEM BESPROCHENEN BAND

Der Autor 1885 im Salon seiner Villa Mammarella, den ersten Ruhm genießend

Reim den Mussolini

Große Lyrik Gabriele D'Annunzios monumentaler Zyklus „Alcyone" wurde jetzt zum ersten Mal komplett ins Deutsche übertragen

■ **Magnus Klaue**

Anders als der Nationalsozialismus hatte der italienische Faschismus ein ausgeprägtes Faible für die ästhetische Moderne. Der Futurismus, zu dessen Experimenten es im künstlerisch epigonalen Technikkult eines Ernst Jünger keine Entsprechung gibt, wäre ohne den Mussolini-Faschismus kaum denkbar gewesen, doch seine ästhetische Formsprache weist über die Ideologie hinaus, der sie entsprang. Nicht nur ein Antisemit wie Ezra Pound, auch jüdische Emigranten aus dem Umfeld der Konservativen Revolution wie Rudolf Borchardt glaubten dem italienischen Faschismus etwas abgewinnen zu können. Einige, neben Borchardt beispielsweise die sonst eher dem Anarchismus zuneigende Else Lasker-Schüler, betrachteten ihn zeitweise gar als rettende Alternative zum nationalsozialistischen Volksstaat. Was heute naiv anmutet, hatte reale Gründe.

In Italien gab es unter Benito Mussolini, anders als in NS-Deutschland, keinen von der Mehrheit der Bevölkerung gestützten, systematisch durchgesetzten Antisemitismus, weshalb das faschistische Italien zu einem wichtigen Exilland deutscher Juden wurde. Und obwohl der Technikfetischismus der Futuristen mit dem nationalsozialistischen Verständnis von Moderne vereinbar war, hofierte Mussolini auch Künstler, die in NS-Deutschland als „entartet" gegolten hätten.

Heidnische Lobgesänge

Einer der populärsten Dichterfreunde Mussolinis war Gabriele D'Annunzio, dessen Prosa und Lyrik zum Typischsten der Literatur des Fin de Siècle gehört. Nicht erst in seinem von patriotischer Propaganda strotzenden Spätwerk der dreißiger Jahre ist die Affinität zum Faschismus evident. Schon seine 1882 erschienenen Jugendgedichte *Canto novo* pflegen einen Lebenskult, der an präfaschistische Vertreter wie Oswald Spengler und Ludwig Klages erinnert. Doch von Beginn an stellte die Bedeutung, die D'Annunzio der ästhetischen Form einräumte, die Ideologie seiner Werke auch infrage. So sind seine um 1900 erschienenen Romane *L'innocente* (*Der Unschuldige*), *Il piacere* (*Die Lust*) und *Il fuoco (Das Feuer),* die obsessiv um den Zusammenhang zwischen Dandytum und Frauenverachtung kreisen, nicht nur Darstellungen, sondern auch Analysen jenes männlichen Sozialcharakters, der im militärischen Elitedenken des italienischen Faschismus zu sich selbst kommen sollte. Im Omnipotenzwahn der Protagonisten wird der Allmachtsanspruch des Ästhetizismus reflektiert, die sinnliche Welt dem eigenen Formgesetz zu unterwerfen.

Das Scheitern an diesem Anspruch, von dem die Romane nur erzählen, wird in D'Annunzios 1903 erschienenem Gedichtzyklus *Alcyone* in der Form ausgetragen. Wohl weil es gigantomanisch erscheint, ist das Werk erst jetzt in Gänze ins Deutsche übersetzt worden. Der Zyklus ist der dritte Teil einer ursprünglich auf sieben Bände angelegten Sammlung heidnischer Lobgesänge, von denen schließlich nur die vier *Lobgesänge des Himmels, des Meeres, der Erde und der Helden* übrig blieben. Der dritte Band *Alcyone* ist der „Erde" gewidmet, womit nichts anderes als die italienische Kulturlandschaft gemeint ist.

Beschädigte Ideologie

Strukturiert ist der Zyklus durch vier „Dithyramben", denen jeweils ein Einzelgedicht als Motto vorausgeht. Am Anfang und am Ende stehen je ein eigenständiges Langgedicht, „Die Waffenruhe" und „Der Abschied". So entsteht eine bewusst anachronistische Großform, die im Symbolismus, in dessen Umfeld D'Annunzio sich bewegte und der von streng durchgeformten, aber eher knappen Werken dominiert wurde, anmaßend anmuten musste.

Obwohl die Gliederung in kapitelähnliche Abschnitte der Sammlung den Anschein eines Versepos gibt, ist das erzählerische Moment stark zurückgenommen. Das Einleitungsgedicht spricht antikisierend und eher allegorisch als historisch von einem seine temporäre Ruhe genießenden Kämpfer, der die Personifikation des Dichters ist: „Herr, gönne ihm, dass er nun locker lasse / die Sehne; dass des Windes wilde Weise / gierig nach seinen trunkenen Geistern fasse (...) / Der nackte Sommer lodert ihm am Himmel." Das Szenario vom ruhenden Kampf dient jedoch vor allem der Entfaltung unterschiedlicher Landschaftsimpressionen dieses Subjekts. Diese gewinnen im Hauptteil immer stärker auch sprachliche Autonomie, überschreiten die nur angedeutete historisch-römische Szenerie und überschwemmen am Ende gleichsam das Subjekt selbst: ausladende Beschreibungen der toskanischen Küste, der Pinienwälder, des Meeres, der Sterne, unterbrochen von Jagdimpressionen. Zwar legt die monumentalistische Konstruktion des Zyklus nahe, dass es um die Allegorisierung einer Art patriotischer Landnahme geht, bei der der Held sich als sinnlich verwachsen mit der Kulturlandschaft erfährt. Doch die am Beginn gepriesene „Trunkenheit", die es dem Subjekt ermöglicht, „lockerzulassen", und das Moment der Selbstentgrenzung in der lyrischen Rede exponiert, gewinnt diesem ideologischen Aspekt gegenüber an Eigengewicht. Nicht nur Wind und Wasser werden zu Metaphern dieser Selbstentgrenzung, sondern auch die Spurensuche des Jägers, die eigentlich im Dienst der Naturbeherrschung steht, das Subjekt hier aber vom eigenen Zweck fort auf Abwege führt: „Ich sah ein Weiß; es war der Dämmrung Flor, / so dass ich aufsah und die Spur verlor."

So vollziehen die immer wieder in freie Rhythmen übergehenden und doch die metrische Bindung nie ganz hinter sich lassenden Verse, deren an Rainer Maria Rilke erinnernden, fließenden und geschmeidigen Ton die Übersetzung hervorragend trifft, eine Bewegung der glücklichen Abschweifung, die den Monumentalismus und Heroismus der Gesamtkonstruktion unterläuft. Auch traditionell zur Ästhetik des Hässlichen gehörenden Naturphänomenen wie Sumpf und Morast wird als Bildern dieser Selbstentgrenzung abgründige Schönheit zugesprochen. Während Selbstentgrenzung und Todeskult in D'Annunzios Spätwerk in einem faschistoiden Heroismus verschmelzen, bringen sie hier das Subjekt von seinem geraden Wege ab und figurieren als Versprechen von Glück und Seligkeit jenseits der gewalttätigen Wirklichkeit. Die anmaßende Großform, die in den späten Werken nur mehr Ideologie ist, wird so in *Alcyone* bis in die Grundfesten beschädigt. In diesem Scheitern liegt sein Gelingen.

Alcyone *Gabriele D'Annunzio* Ernst-Jürgen Dreyer, Geraldine Gabor, Hans Krieger (Übers.), Elfenbein-Verlag 2013, 494 S., 48 €

Magnus Klaue ist Literaturwissenschaftler

Es war einmal in Akron, Ohio

Graphic Novel Der Zeichner Derf Backderf erzählt in „Mein Freund Dahmer" von seiner Schulzeit mit dem späteren Serienmörder

■ **Steffen Vogel**

Der Titel klingt wie eine Provokation. *Mein Freund Dahmer* nennt der Zeichner Derf Backderf seine Graphic Novel und meint damit den gleichnamigen Serienkiller. Jeffrey Dahmer ermordete in den USA zwischen 1978 und 1991 17 Männer, befriedigte sich an ihren Leichen und verspeiste sie zum Teil. Aber um diese schockierenden Details geht es Backderf am wenigsten. Er zeigt keinen dieser Morde im Bild. Die Erzählung endet kurz nach Dahmers erstem Verbrechen und fokussiert auf dessen Jugendjahre.

Backderf will die Taten nicht vollständig biografisch erklären oder gar rationalisieren. Er geht einfach dem, was er selbst erlebt hat, nach. Denn der spätere Zeichner war in der Highschool tatsächlich so etwas wie ein Freund Dahmers, soweit dieser welche hatte. Mit dem Abstand einiger Jahrzehnte und dem Wissen um die Verbrechen des ehemaligen Mitschülers nähert sich Backderf im Comic diesen prägenden Jahren an. Der Zeichner betont im Vorwort, er wolle Dahmer nicht entschuldigen. Statt seinem mörderischen Trieb immer mehr nachzugeben, hätte er sich der Polizei stellen oder selbst richten können. Zugleich ist Backderf überzeugt, dass die Mordserie zu verhindern gewesen wäre. Weniger gleichgültige oder unaufmerksame Erwachsene hätten bemerken können, dass mit dem jungen Dahmer etwas nicht stimmte.

In Akron, Ohio setzt in den späten Siebzigern der industrielle Niedergang ein. Während die Stadt stirbt, bekommt in den Vororten die kleinfamiliäre Idylle Risse. Die Highschool ist durch den Babyboom überlaufen, wer nicht auffällt, wird irgendwie mitgeschleppt. Jeffrey Dahmer gehört zu den Stillen, die immer mehr vereinsamen. Eindrücklich schildert Backderf, wie der Pubertierende feststellt, dass sein sexuelles Begehren nicht der Norm entspricht. Allein seine Homosexualität hätte ihn endgültig zum Außenseiter gestempelt. Aber dass die Männer in seinen Fantasien tot sind, lässt ihn verzweifeln. Über solche offensichtlich kranken Vorstellungen wagt er nicht zu sprechen. Mit wem auch? Die Eltern sind in einer unglücklichen Ehe gefangen, die psychische Gesundheit der Mutter ist angeschlagen, richtige Freunde hat er nicht.

Dahmer ist sehr wohl bewusst, dass in ihm etwas lauert, das nicht befreit werden darf. Er versucht, sich durch starkes Trinken zu betäuben. Sein systematischer Schnapskonsum zwischen den Unterrichtsstunden wird von den Lehrern nicht bemerkt oder ignoriert. Kumpels wie Backderf begreifen die Dimension erst später. Schließlich ist Dahmer nicht der Einzige, der auf dem Schulgelände trinkt oder kifft. Außerhalb der Schule experimentiert Dahmer mit Tierkadavern, die er im Wald aufliest, häutet und zerlegt. Am Ende seiner Highschool-Zeit, als er durch die Trennung der Eltern das Haus für sich allein hat, begeht er seinen ersten Mord.

Backderfs Graphic Novel ist einerseits streng subjektiv. Sie beruht auf Erinnerungen und Gesprächen mit Freunden und klammert alles aus, was sich nach den Highschool-Jahren abgespielt hat. Zugleich hat er sehr sorgfältig recherchiert. Im Anhang nennt er zu jeder Seite Quellen, darunter freigegebene FBI-Akten, Zeitungsartikel und Fernsehinterviews mit Dahmer und dessen Eltern. Der scheinbar provokante Titel erweist sich nach der Lektüre als mutig: Backderf bezeichnet sich als Freund eines Menschen, der landläufig als das „Monster von Milwaukee" gilt. Dieses Bild zu unterlaufen, ist sein erklärtes Ziel, und es gelingt: Sein Dahmer ist weder Monster noch Opfer seiner Umstände, sondern eher ein Normalo mit monströsen Zügen.

Es gibt jedoch eine generelle Problematik, die jeder Beschäftigung mit Serientätern anhaftet, der auch Backderf nicht entkommt. Da die Verbrechen so außergewöhnlich sind, rücken die Mörder in den Mittelpunkt, und für ihre Opfer fallen allenfalls die Brosamen der Aufmerksamkeit ab. Immerhin hebt Backderfs Arbeit sich von anderen Darstellungen ab, weil sie das Grauen eher andeutet. Dazu passt eine Optik, die sich am Underground der siebziger Jahre orientiert, ein grafischer Stil also, der mit leichtem, eher karikaturhaftem Strich von Abgründigem erzählt. Auch deswegen ist Backderfs in Schwarz-Weiß gehaltene Graphic Novel eine so fordernde wie eindrucksvolle Lektüre.

Mein Freund Dahmer *Derf Backderf* Stefan Pannor (Übers.), Metrolit 2013, 232 S., 22,99 €

Steffen Vogel schrieb zuletzt über die Comic-Reportage *Reisen mit den Roma*

Traum, Binnenschiffer zu sein

Im Fluss Nach Oder und Memel hat Uwe Rada nun der Elbe ein Buch gewidmet. Liest man es dieser Tage, sickert die Flut unweigerlich in die Lektüre ein

■ **Annett Gröschner**

Als ich das Buch *Die Elbe* von Uwe Rada zu lesen begann, führte der Fluss noch Niedrigwasser. Ich fuhr damals auf der ICE-Strecke Berlin–Hannover kurz hinter Tangermünde über die Elbbrücke und notierte: „Dieser Moment besitzt eine Magie für mich, besonders in den Wochen nach dem Ende eines langen Winters, wenn der Fluss über die Ufer tritt. Jetzt zieht sich das Frühjahrshochwasser langsam zurück. Es hat in diesem Jahr keinen Schaden angerichtet.“ Jetzt aber, da ich meine Rezension an die Redaktion schicke, ist die Elbe gerade dabei, an den Ufern jener Stadt, in der ich aufgewachsen bin, sämtliche Pegelstandrekorde zu brechen, und zum ersten Mal droht der Ort meiner Kindheit in den Fluten unterzugehen. Über Facebook verfolge ich die Katastrophenmeldungen. Die Namen der Straßen, die vom Wasser überflutet werden, sind die meiner Kindheit.

Von allen Flüssen ist mir die Elbe der liebste, da bin ich Lokalpatriotin, obwohl ich seit dreißig Jahren in Berlin lebe. Seit ich schreiben kann, beschäftigt mich die Frage, warum der Fluss männlich, die Elbe aber, anders als der Rhein, weiblich ist. Zugegeben, die Wolga ist beeindruckender, der Nil aufregender und der Rio de la Plata geheimnisvoller, aber ich habe meine Kindheit auf einer Elbinsel, dem Werder, verbracht, da wechselt man die Zuneigung zu Gewässern nicht so einfach.

Uwe Rada hat nun dieses Buch geschrieben, das den schlichten Titel *Die Elbe* trägt, und er erzählt ihre Geschichte auf eine fließende, von vielem Wissen getragene Art, die man mit der Bewegung der Elbe bei Normalpegel vergleichen könnte.

FOTO: BIRGIT KOCH/IMAGO

Was macht dieser Fluss nur mit den Menschen, die an ihm leben? Jeder Anrainer hat seine eigene Elbe

Böhmen liegt am Meer

Uwe Rada kann man mit Fug und Recht als den deutschen Flussautor bezeichnen. Angefangen hat er 2005 mit einem Buch über die Oder, 2010 machte er mit der Memel weiter, außerdem koordiniert er für die Bundeszentrale für politische Bildung das Onlinedossier *Geschichte im Fluss*. Da lag die Elbe nahe. Näher als der Rhein jedenfalls. Konrad Adenauer zog die Vorhänge zu, wenn er mit dem Zug die Elbe, von Bonn kommend, überquerte, um in Westberlin nach dem Rechten zu sehen. Auf der Ostseite begann für ihn die asiatische Steppe. Damals war es noch die Strecke über Magdeburg, mehrmals am Tag überquerten die Interzonenzüge dort den Fluss, und nicht selten hat jemand versucht, als blinder Passagier mitzufahren, manchmal auch in einem der Binnenschiffe. Mit einer Binnenschiffergeschichte beginnt auch Radas Buch. Es ist eine persönliche, die eines böhmischen Familienzweiges der Radas, die als Binnenschiffer Ende der vierziger Jahre blinde Passagiere im Hohlraum ihres Schiffes durch die sowjetische Zone nach Hamburg schleusten, wo es bis heute einen Moldauhafen gibt, der tschechisches Territorium ist. Böhmen, so Uwe Rada, liegt also doch am Meer. Ahoi!

1094 Kilometer lang ist die Elbe, die in Tschechien ihren Ursprung hat, 94 Kilometer bildeten bis 1989 die deutsch-deutsche Grenze, vier Kilometer haben meine Kindheit geprägt. Ich beneidete die Binnenschifferkinder, die bis zur Einschulung mit ihren Eltern auf dem Kahn lebten und nur im Winter bei Eisgang im Winterhafen ankerten. Inzwischen hat die Binnenschifffahrt auf der Elbe ihre Bedeutung verloren.

Strudel der Geschichte

Radas Anliegen ist es, die Flüsse als Subjekt von Geschichte zu beschreiben. Dabei ist es oft weniger der Fluss als realer Ort, der ihn interessiert, denn als Idee, mäandernd durch die Zeit und bisweilen in einem künstlichen Bett gefangen. Für Uwe Rada ist „die Elbe ein Puzzle, das sich bis heute nicht zu einem großen Ganzen zusammenfügen möchte“. Jeder Anrainer hat seine eigene Elbe, für die Tschechen ist sie ein deutscher Fluss, im Gegensatz zur Moldau, in Hamburg gehört sie zum Meer, in Dresden scheint sie nur Dresden zu gehören. Ähnlich geht er auch in seinem Buch vor. Er folgt ihr nicht wie ein Binnenschiffer, der seine Fracht aus Böhmen die Elbe flussabwärts bis zum Hamburger Hafen bringt, sondern er arbeitet thematisch, springt zwischen Ober-, Mittel- und Unterelbe hin und her, wechselt Wasserstände und Tauchtiefen. Er erzählt vielerlei Geschichten über den Fluss, die manchmal dicht wie Strudel sind, aus denen schwer wieder herauszufinden ist. Die Anzahl der Quellen ist beeindruckend, Rada benutzt sie virtuos. Es geht um Natur- und Kulturlandschaften, Grenzen und Allianzen, Sachsen und Preußen, das Heilige Römische Reich deutscher Nation, die zwei Geisteshaltungen der Elbe, um katholischen Barock und protestantischen Backstein, um die Geschichte Theresienstadts und das Magdeburger Recht, die Hanse und die jesuitische Rekatholisierung, Dresden, Ústí nad Labem und Hamburg, das Elbsandsteingebirge und das Wendland, die Teilung Deutschlands, die Elbauenlandschaft an der mittleren Elbe und die Flussarme Hamburgs. Ein fließender Raum, ein Raum im Fluss und auch im Überfluss, siehe Hochwasser.

Zum ersten Mal droht der Ort meiner Kindheit unterzugehen

Die Stadt Magdeburg mit ihrer Elbinsel mitten in der Stadt spielt im Lauf des Flusses, zwischen den kulturhistorischen Giganten Dresden und Hamburg gelegen, keine besondere Rolle, auch in Uwe Radas Buch kommt die Stadt fast nur in der Geschichte vor, als Metropole des Heiligen Römischen Reiches unter Otto dem Großen und als Ort der zweimaligen Zerstörung, 1631 und 1945. Dabei hätte sich Magdeburg auch im Kapitel „Die Elbe als literarischer Erinnerungsort“ angeboten.

In Dresden-Loschwitz hat Friedrich Schiller, mit Blick auf den Strom, die *Ode an die Freude* geschrieben, heute die Hymne Europas. Aber auch der Magdeburger Werder ist ein literarischer Ort: Vor 250 Jahren ist Klopstock durch die Gärten meiner Kindheitsinsel gewandelt, Teile des *Messias* sollen dort entstanden sein. Eine der ersten bedeutenden Dichterinnen, Anna Louise Karsch, die preußische Sappho, war hier zu Gast.

„Glückliche Insel“ hat Klopstock den Werder genannt. Im Fernsehen hat der Oberbürgermeister der Stadt gesagt, dass beten soll, wer beten kann, auf dass sie nicht endet wie Vineta oder Atlantis.

Die Elbe. Europas Geschichte im Fluss
Uwe Rada Siedler 2013, 320 S., 19,99 €

Die Schriftstellerin **Annett Gröschner** ist gebürtige Magdeburgerin und wohnte dort auf der Elbinsel Werder

Wort und Autorität in Tateinheit

Nachruf Philologe, Rhetoriker, Schriftsteller, Sozialist und Christ. Der „Homme de lettres“ Walter Jens ist nach langer Krankheit gestorben

■ **Jürgen Busche**

Ein Intellektueller, der weit mehr eine Geschichte als einen Status verkörpert: Das war Walter Jens, der jetzt, 90 Jahre alt, nach langer Krankheit in Freiburg verstorben ist. Über mehr als 50 Jahre hin gibt es kein wichtiges Datum in der deutschen Geschichte, das nicht mit seinem Namen verbunden wäre. Und zu jeder Zeit wurde er damit wahrgenommen, verehrt, verteufelt, respektiert.

Der in Hamburg geborene Sohn eines Bankdirektors – ein Asthmaleiden begleitete seine Jugend und ersparte ihm den Kriegsdienst – wurde erzogen in den heiligsten Hallen deutscher Gelehrsamkeit: in der Klassischen Philologie, zuerst am Hamburger Johanneum, dann in seiner Geburtsstadt und in Freiburg: bei dem Gräzisten Bruni Snell, bei dem Latinisten Karl Büchner, bei dem Philosophen Martin Heidegger – all das in den Kriegsjahren.

Die Universität Tübingen, der er dann zeit seines Lebens treu blieb, sah ihn als jungen Gelehrten und ambitionierten Schriftsteller. Der Roman *Nein. Die Welt des Angeklagten* machte ihn bekannt. Größere Bekanntheit errang er durch seine weithin beachtete Mitgliedschaft in der Gruppe 47. Mit seinem Buch *Statt einer Literaturgeschichte* wurde er zur geheimen Pflichtlektüre für Germanisten. Als „Momos“ veröffentlichte er seit 1963 Fernsehkritiken in der *Zeit*. Das alles absolvierte er ungewöhnlich glanzvoll, sodass er bald als Redner begehrt wurde.

Präsident des PEN-Zentrums

Den Höhepunkt dieser Karriere erreichte er vielleicht mit seiner Rede zum 100. Jubiläum des Deutschen Fußballbundes; Jens war Fan seit Kindestagen. Aber es war nicht die Begabung für glanzvolle Sprachakrobatik allein, die das Glück des Redners Jens machte. Es war die Wirksamkeit seiner Überzeugung, dass gelingende Politik untrennbar mit der Macht des Wortes verbunden ist. Wenn, wie er bei den Griechen aus Athens Blütezeit hatte lernen können, Politik im Ausgleich der Interessen gleichberechtigter Bürger besteht, dann ist es die Macht der Rede, die solchen Ausgleich herbeiführt. Darum schätzten die Alten die Kunst der Rhetorik so hoch. Die Universität Tübingen richtete für Jens einen Lehrstuhl für Rhetorik ein, zum Staunen vieler im Rest der Republik.

Aber da endete das Engagement des politisch nach links tendierenden *Homme de lettres* keineswegs. Als in den Proteststürmen gegen die Nachrüstung Anfang der achtziger Jahre die Friedensbewegung zu Blockaden von Raketenstandorten aufrief, beteiligte sich auch Jens im schwäbischen Mutlangen an derartigen Aktionen. Das gefiel nicht jedem, aber hier zeigte sich ein weiteres Wesensmerkmal der Persönlichkeit dieses vielbeschäftigten Mannes. Er verstand sich sehr entschieden als protestantischer Christ und wusste, dass auch die stärksten Worte wenig wert sind ohne die begleitende Tat. Und diese darf eben nicht nur in viel fordernder Geschäftigkeit bestehen, darunter zwei Mal als Präsident des PEN-Zentrums West und schließlich als Präsident der Akademie der Künste in Berlin von 1989 bis 1997. Hier deuten noch mehr als bei anderem die Jahreszahlen auf das Besondere seiner Leistung. Bei den Leuten, mit denen Walter Jens es da zu tun hatte, konnte von Wiedervereinigung keine Rede sein. Es gab im Westen Stimmen, die gerade jetzt die Akademie Ost strikt ablehnten, und es gab im Osten Intellektuelle, die mit etlichen Köpfen aus der Akademie Ost nichts mehr zu tun haben wollten.

Christliche Prägung

Es bedurfte neben dem Wort und der Tat einer aus der Antike wohlbekannten dritten Kraft, um hier das Vereinigungswerk zustande zu bringen: der Autorität. Jens, der in der Westberliner Akademie der Künste einst einen bewegenden Nachruf auf Martin Heidegger gesprochen hatte, wollte und konnte den Schriftstellern und Künstlern aus der untergehenden DDR die Hand reichen. Und er setzte seine Politik durch. Es wäre der SPD gut bekommen, wenn sie sich seinerzeit gegenüber der Masse der SED-Mitglieder zu ähnlicher Haltung hätte durchringen können.

Jens selber hatte ja gegen Missverständnisse aus lang zurückliegender Zeit anzukämpfen gehabt. Als Schüler hatte er der Hitlerjugend angehört. Dass er seit 1942 als NSDAP-Mitglied geführt wurde, geschah wahrscheinlich ohne seine Kenntnis. Je älter Jens wurde, umso mehr rückte seine christliche Prägung ins Zentrum seiner Interessen. Mit dem Tübinger Kollegen Hans Küng war er eng befreundet. Die fleißige Übersetzungstätigkeit der späten Jahre gilt der christlichen Literatur, Paulus und den Evangelien. Aber all das blieb verbunden mit einem Bekenntnis zu den Zielen der Linken in Deutschland und, gleichsam die Klammer für beides bildend, mit einem wirklich freien, aufklärerischen Geist. Man muss Jens und Loriot hören, wie sie den Briefwechsel zwischen Voltaire und Friedrich dem Großen lesen: zwei radikale Freigeister, die das Leben kannten, der eine als Kriegsherr, der andere als Geschäftsmann.

Dass ausgerechnet die Demenz-Krankheit diesen Mann schlug und in jahrelanges Leiden stieß, ist von besonderer Tragik. Davon hat ihn der Tod am 8. Juni erlöst.

Nicht im Kino

Das Problem ist die Werbung und nicht die Quote

Qualität statt Quote. Schon aus Eigeninteresse dürfte Stefan Hermes diese Position vertreten. Er ist Dokumentarfilmer und sammelt im Internet Unterschriften für ein Ende der Einschaltquotenerhebung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Auf der Seite *wegmitderquote.de* haben in den ersten Tagen 400 Personen den Appell unterzeichnet. Ginge es nach der Quote, wäre das ein überschaubarer Erfolg. Aber Hermes will die Unterschriften auf jeden Fall an den deutschen Bundestag übergeben. Eigentlich wären jedoch ARD und ZDF die richtigen Adressaten.

„Sender und Redaktionen sollten sich wieder über Inhalte, nicht über die Marktanteile ihres Programms definieren können“, schreibt Hermes in seinem Aufruf. Dafür muss freilich die Einschaltquote nicht abgeschafft werden, wohl aber die Werbung. Im Moment regiert im Fernsehen eine unheilvolle Allianz von Quote und Werbeeinnahmen. Je mehr Leute zugucken, desto teurer lassen sich die TV-Spots verkaufen, desto besser die Kassenlage der Sender. Zugleich scheint ein beliebtes Programm mit hoher Quote die beste Maßnahme zu sein, um die Akzeptanz der Fernsehgebühren und die Zahlungsmoral der Bürger zu befördern.

Das ist ein Irrglaube, denn das ständige Schielen auf die Quote lässt die öffentlich-rechtlichen Sender zu einem teuren, aber schlechten Abklatsch des Privatfernsehens werden. In der Wirtschaftssprache würde man sagen: Der Markenkern geht verloren und damit der Wettbewerbsvorteil. Wer will Gebühren zahlen, wenn die gleichen Sendungen bei RTL oder Sat.1 zu sehen sind, und zwar scheinbar kostenlos? (Die Zuschauer zahlen letztlich über teurere Produkte, zu denen sie durch die Werbung verführt werden; aber das ist den meisten nicht bewusst.)

Trotzdem machen ARD und ZDF weiter wie bisher – alle Verantwortlichen halten an dem Zwitter „öffentlich-rechtlicher Sender“ fest: Es sollen sowohl die Zuschauer als auch die Werbeindustrie zahlen. Niemand traut sich, das infrage zu stellen. Schließlich würden Einnahmen wegbrechen – egal, ob man Werbung verbietet oder die Gebührenfinanzierung aufgibt.

Die Zwitterhaftigkeit haben auch viele Linke nicht verstanden, die aus politischer Überzeugung keine Gebühren zahlen. Ihr Argument: Warum sollen wir für teure Fußballübertragungen und Unterhaltungsshows unser Geld hergeben? Abgesehen davon, dass diese Haltung ziemlich elitär ist, verkennt sie, dass ohne Gebührengelder das Fernsehen noch schlimmer würde.

Die Sender orientierten sich ohne Gebühren nur noch an den Wünschen der Werbeindustrie. Das Programm dürfte die Konsumlaune nicht drücken, kapitalismuskritische Beiträge hätten ohnehin keine Chance.

Aber ist es nicht unfair, dass alle Haushalte eine Gebühr zahlen müssen, ob sie wollen oder nicht? Die Gleichmacherei ist in einer Hinsicht problematisch: Alle zahlen gleich viel, unabhängig vom Einkommen (es gibt lediglich Ausnahmen für Geringverdiener). Ansonsten ist das Zahlsystem jedoch sinnvoll. Erstens ist eine allgemeine Zahlpflicht nichts Neues. Steuern zahle ich auch für Straßen, die ich nicht befahre. Zweitens wäre eine individuelle Erfassung viel zu aufwendig. Eingeführt wurde die Gebühr, als nur wenige Leute einen Fernseher hatten.

Und die Einschaltquote? Die sollte man weiter erfassen, wenn die Werbung erfolgreich abgeschafft worden ist. Als Information über Popularität ist die Quote ganz interessant; sie dürfte nur nicht zur alleinigen Entscheidungsgröße über Programme werden. Quote ja, Werbung nein. Wenn die Unterschriftensammlung eine solche Diskussion beförderte, dann hätte sie etwas gebracht. *Felix Werdermann*

FOTO: UNIVERSUM FILM/CINETEXT

Ryan Gosling in „Drive“ (2011). In „The Place beyond the Pines“, der diese Woche startet, fährt er Motorrad und sieht auch gut aus. Ein Hype ist der Film aber nicht

Der totale Hype

Bedeutungswucht Verführerisch und darum suspekt – Überlegungen zum Phänomen der zwingenden Begeisterung

■ **Frédéric Jaeger**

Nehmen wir den Film *Drive,* der im Jahr 2011 in Cannes Premiere hatte. „Elegisch“, „hypnotisch“, „obsessiv“, „cool“, „fiebrig“, „unwiderstehlich“ – die Lobeshymnen brausten hier zu wahren Begeisterungsstürmen auf. Ein Hype war geboren. In diesem Fall sogar ein sympathischer. Denn der Regisseur Nicolas Winding Refn hatte da eine betörend langsame Hommage an die Action-Filme der achtziger Jahre geliefert.

Wie ein Lauffeuer verbreiteten sich seinerzeit im Internet Fotos und Collagen von Drive-Hauptdarsteller Ryan Gosling in seiner silbernen Jacke mit dem Skorpion auf dem Rücken. Eine solche Wahrnehmung – stärker über die Materialität als über die Bedeutung – ist für die Kinoerfahrung wichtig. In der kritischen Rezeption kommt sie fast immer zu kurz. *Drive* ist nur ein Beispiel für eine positive Deutung von Hypes als ein „Jenseits“ der Sprache, als körperliche Resonanz, im besten Fall als Euphorie, von der wir uns gerne anstecken lassen. Bald ist ein Kult geboren. Offensichtlich sind Hypes mehr als marktschreierische Werbekampagnen, sie treffen auf ein Gegenüber, das die Botschaft nicht nur schluckt, sondern weiterträgt. Ein Phänomen, auf das viele, gerade kleinere Filme, in Zeiten gesellschaftlicher Fragmentierung angewiesen sind.

Wer mag Tarantino nicht?

Hypes sind wirkungsvoll, auf einer affektiven und auf einer ethischen Ebene. Das Spezifische am Hype ist nicht der Medienrummel, die künstlich gesteigerte Aufmerksamkeit, die Einigkeit, mit der über die Relevanz eines Films diskutiert wird. Das Spezifische ist vielmehr die mit ihm verbundene Handlungsanweisung. Ein Hype ist die Verwandlung eines Kann oder Soll in ein Muss. Selbst der Versuch, sich dem Hype zu entziehen, stellt immer schon eine aktive Handlung dar. Der Hype scheint also etwas Mächtiges zu sein, zu dem wir uns verhalten müssen. Der Hype hat etwas Autoritäres an sich.

Auch bei einer sinnlichen Interpretation seiner Wirkung darf nicht unterschlagen werden, dass selbst eine so begründete Form von Hype wie bei *Drive* die Gefahr des Antiintellektualismus birgt. Man denke an die Rezeption von Quentin Tarantino: Verbietet es sich nicht geradezu, gegen dessen Werk etwas einzuwenden, weil man sich damit als Feind der Lust outet?

In seinem Gestus sollte uns der Hype daher grundsätzlich suspekt sein, zumindest wenn Werte der Aufklärung wie Vernunft, Wissen und Selbstbestimmung eine Rolle spielen sollen. Zum Autoritären kommt seine affirmative Natur hinzu, die nicht zufällig der von Werbung entspricht.

Der Hype geht auf die Nerven – aber vielleicht brauchen wir ihn ja

Aber Hype ist nicht gleich Hype. Da gibt es etwa jenen, der als Teil eines sinnstiftenden Diskurses daherkommt. Die *Batman*-Trilogie von Christopher Nolan und insbesondere deren zweiter Teil, der 2008 erschienene *The Dark Knight,* könnten hierfür symptomatisch sein. Beim Kinostart kamen viele Dinge zusammen, die zur Erklärung des Hypes taugen: Heath Ledger, der den Joker spielte, wurde noch vor der Premiere des Films tot in seiner New Yorker Wohnung gefunden. Regisseur Nolan ist ein Autorenfilmer, der im Blockbusterkino gefeiert wird. Und die Comic-Grundlage des Films und das Superheldengenre, das sich als eskapistisches Ventil und als Spiegel von Sehnsüchten anbietet, taten das Übrige. Tatsächlich verstärkten Nolans drei Batman-Filme eine Stimmung der von 9/11 geprägten Gesellschaft, sie trafen den Zeitgeist. Sie machen sich damit gleichsam unangreifbar. Auf jede Kritik an *The Dark Knight* und dem 2012 erschienenen *The Dark Knight Rises* reagierten die Fans voller Wut und Aggression. Der US-amerikanische Kritikerspiegel *RottenTomatoes.com* sah sich schließlich genötigt, die Kommentarfunktion abzuschalten. Dabei hatten die meisten der Fans, die sich zum Kritiker-Bashing versammelten, den Film selber noch gar nicht gesehen.

Der Hype als Beitrag zu einem Diskurs muss scheitern. Denn ein Diskurs braucht Haltungen und Positionen, der Hype setzt sich viral, kraftvoll durch. In diesem Sinne ist der Hype Gift: Gift für die Kritik, Gift für die Ratio, Gift für die Diskussion und überhaupt für jede gesellschaftliche, respektvolle Auseinandersetzung mit verschiedenen Positionen. Denn der Hype ist totalitär.

Neben dem Hype, der über Kritik hinausgeht, und neben dem, der sich gegen die Kritik wendet, gibt es noch den Hype, der von der Kritik ausgeht, in dem sich die Kritik selbst feiern kann – den Hype des guten, respektablen Geschmacks oder präziser: des klaren, unverstellten Blicks auf das einzig Wahre und Schöne.

In einer postideologischen Zeit scheinen ästhetische Kategorien obsolet zu werden. Woran kann man sich also noch halten in der Kunst, wenn man nach Orientierung sucht? Die Antwort ist einfach, auch das Festival von Cannes hat sie wieder gegeben (*Freitag* vom 29. Mai): Im Zweifel rettet der „große Autor“ das Kino.

Beispiele aus dem Jahr 2012 dafür wären Christian Petzold und Michael Haneke. Beide genießen seit geraumer Zeit hohes Ansehen unter Kritikern, und doch hat sich noch einmal etwas verändert in ihrer Rezeption, ganz so, als führe nun nichts mehr an beiden vorbei: Mit *Barbara* (Petzold) und *Liebe* (Haneke) hat sich die Anerkennung beider Filmemacher potenziert, sie erreichen Zuschauerschichten jenseits von Filmliebhabern, während abweichende Meinungen in der Öffentlichkeit fast verstummt sind.

Und wer hasst Haneke?

Wo üblicherweise mit dem Publikumserfolg die Diskussion über derart eigenwillige Regisseure erst richtig in Fahrt kommt, ist die Stimmung hier in einheitliche Ehrfurcht gekippt. Wer Hanekes *Liebe* nicht liebt, hat ein Problem. Oder um es mit der französischen Zeitung Libération zu sagen: „Wer beim Sehen von *Liebe* keine Träne vergießt, kann vernünftigerweise als Arsch bezeichnet werden.“ Hier tritt vehement das Autoritäre des Hypes in Erscheinung.

Ist es ein Zufall, dass sich dieses Urteil bei einem Filmemacher wie Haneke formuliert, den man getrost autoritär nennen darf? Gibt es einen richtigen Film im falschen Hype? Der Hype rührt an ethische Fragen: Um uns gegen die Einschüchterung und Verengung von Diskursen durch Hypes wehren zu können, müssen wir deren Entstehung nachvollziehen. Wenn wir beim Bild vom Hype als Virus bleiben, dann suchen wir nach Keimzellen. Derer kann es viele geben: Filmemacher, Festivaldirektoren, Verleiher, Kinobetreiber, Presseagenten, Politiker oder Kritiker. Damit ein Hype entsteht, müssen unterschiedliche Leute, die je eigene Agenden verfolgen, aktiv werden. Man kann also von einer Kollaboration ohne inhaltlichen Konsens sprechen. Gerade weil niemand vor den falschen Karren gespannt werden will, ist der Hype davon abhängig, dass der Sender diffus bleibt.

Zum Hype gehört eine zutiefst verunsichernde Form von Unbestimmtheit. Er ist Schwarzes Loch und Sonne zugleich: Er saugt in sich auf und strahlt gleichzeitig aus. „Alle“ reden über einen Film. „Jeder“ empfiehlt ihn. Wer wird etwas gegen das Spiel von Heath Ledger sagen? Hinter den Floskeln unfehlbarer Bewertung kann man sich gut verstecken. Die Sehnsucht nach Übereinstimmung mit den Meinungen anderer ist ungebrochen.

Selbst wenn Hypes medial absichtsvoll als Kampagnen lanciert werden sollen, lassen sie sich nie schlüssig als Absprache zwischen konkurrierenden Publikationen erklären – sie müssen instinktiv relevant erscheinen. Eher noch handelt es sich um einen halbbewussten Prozess des Mitläufertums. Das Event „darf“ niemand verpassen, der Redakteur muss den Chefs, dem Leser gegenüber simulieren, das Ereignis mit geschaffen zu haben. Ist der Hype für die Meinungsmacher von gestern ein letztes Aufbäumen gegen den Verlust ihrer früheren Macht? Kritiker nehmen das Gift des Hypes in Kauf, um sich selbst den Anschein von Autorität zu verleihen.

Die großen Medien, die für sich gesellschaftliche Deutungshoheit beanspruchen, sind bereits aus der Wahrnehmung eines großen Teils des Publikums verbannt. Stichwort Filter-Blase.

Vielleicht lassen sich Hypes also positiv als Verbindung zwischen den verschiedenen Blasen begreifen, als letzte Chance, Kultur als gesellschaftliches Moment zu retten. Ermöglichen Hypes um den Preis suspekter Einigkeit dem Film eine gesellschaftliche Bedeutung, die er sonst nur als Wirtschaftsgut hat? Es klingt verlockend: Lasst uns wieder auf den Film zählen, nicht nur mit ihm rechnen.

Frédéric Jaeger ist Chefredakteur des Online-Filmmagazins *critic.de* und Geschäftsführer des Verbands der deutschen Filmkritik

Tschack! Krrks! Wutsch!

Fiktion Peter Stricklands originelle Hommage an die italienischen Krimi-Horror-Filme der sechziger und siebziger Jahre: „Berberian Sound Studio“

■ **Gerhard Midding**

FOTO: RAPID EYE MOVIES

Muss nur echt klingen: Toningenieur Gilderoy (Toby Jones) bei der Arbeit

Der Regisseur hat keinen Zweifel am künstlerischen Rang seines neuen Films. Einen Horrorfilm soll man ihn schon mal nicht nennen. Denn Santini, dessen Name wie der eines Zauberkünstlers klingt, versteht sich als Autorenfilmer.

Ob das Werk diesem Anspruch genügt, kann der Zuschauer von *Berberian Sound Studio* nicht überprüfen: Er bekommt keine einzige Einstellung daraus zu sehen. Skepsis darf er hegen, denn der großspurige *auteur* schert sich wenig um die Nachsynchronisation seines Werks. Er taucht nur sporadisch im Tonstudio auf und stellt dann vorzugsweise den Schauspielerinnen nach. Die Arbeit überlässt er dem Produzenten und Gilderoy (Toby Jones), dem kleinlauten Toningenieur, den er extra aus England nach Rom hat einfliegen lassen.

Gilderoy fühlt sich hier als Fisch auf dem Trockenen. Bislang hat er nur an Dokumentarfilmen über die Landschaften Großbritanniens mitgewirkt. Nun muss er die Toneffekte eines blutrünstigen *giallo* überwachen, eines jener ins Übersinnliche ausgreifenden Kriminal- und Horrorfilme, die dem italienischen Publikum in den sechziger und siebziger Jahren wollüstige Schauder bescherten und die Kinokassen zuverlässig klingeln ließen.

Der Toningenieur muss dafür Sorge tragen, dass das Zerhacken von Melonen und Kohlköpfen so klingt, als würden junge Nonnen verstümmelt oder geköpft. Bald muss er selbst Hand anlegen, Öl in einer Pfanne so heiß braten, dass der Kinogänger überzeugt davon ist, er würde hören, wie eines der Opfer mit einem glühenden Schürhaken penetriert wird. Als ihn sein Regisseur fragt: „Was siehst du vor dir: eine Katholikin oder eine Hexe?“, ist das einer von vielen Momenten, in denen der Puritaner die Antwort schuldig bleibt. Für ihn wird es zum Martyrium, Komplize des Exzesses katholischer Lustangst und verächtlicher Misogynie zu sein.

Filme über das Filmemachen gehören in der Regel zu den entbehrlicheren. Im Grunde sind sie eine Ausladung an den Zuschauer. Dreharbeiten vollziehen sich als ein sehr spezifischer Arbeitsprozess, und auf die Gefahr hin, allzu moralisch zu klingen: Hat der Kinogänger nicht ein Anrecht darauf, dass ihm ein Filmemacher ein Fenster zur Welt öffnet, anstatt ihn einen Blick in den eigenen Betrieb werfen zu lassen?

Sadistischer Furor

Es gibt ein Richtmaß für dieses Erzählterrain: Gelungen sind Innenansichten meist dann, wenn am Ende die Frage unerheblich ist, was aus dem Film im Film wohl werden wird. In *Berberian Sound Studio* ist der schon abgedreht; wie die Vertonung ausgehen wird, bleibt ein Geheimnis.

Peter Stricklands Blick in diese abgelegene filmhistorische Dunkelkammer ist kein Film nur für Eingeweihte. Es hilft zwar, wenn man Arbeiten von *Giallo*-Meistern wie Mario Bava und Dario Argento kennt. Unerlässlich ist es nicht. Der Film gibt sich weder als Imitation noch als Parodie zu erkennen, ist vielmehr eine akustische Autopsie des Subgenres. Strickland hat es genau studiert. Die Konventionen – etwa die überraschende Wendung im letzten Akt – besitzen für ihn eine gewisse Gültigkeit. Der sadistische Furor und die klangsinnliche Eindringlichkeit dieses Kinos werden spürbar. Die Komponisten stammen oft aus der Avantgarde oder dem Freejazz (für den Filmtitel stand zweifellos die Sopranistin Cathy Berberian Patin, die mit Luciano Berio verheiratet war). Strickland ist fasziniert vom noch analogen Schaffensprozess, den Schrecken klanglich zu vollenden.

Schon das präzise Raunen seines letzten Films, der Rachefabel *Katalin Varga*, zeigte Strickland als einen Regisseur, der das Publikum anhält, genau zuzuhören, um besser sehen zu können. Auch in *Berberian* erzählt er von einer verstörenden Entwurzelung, wechselt aber behände die Register. Britische Reserviertheit und italienische Jovialität bringt er wie in einer Sittenkomödie in Frontstellung. Der verschubste Gilderoy erfährt den sozialen Umgang als Minenfeld, auf dem er nur falsche Schritte tut. Sein latentes Schuldgefühl über die eigene Anwesenheit und Unzulänglichkeit steigert sich ins Wahnhafte. Die trefflich kafkaeske Satire gleitet allmählich hinüber in eine Studie von Klaustrophobie und Paranoia: zu einem Schlüsselfilm über die Kraft der Manipulation, nicht nur im Kino.

Berberian Sound Studio *Peter Strickland* 92 Min.

Gerhard Midding ist Filmkritiker in Berlin

Im Strafraum

Wille und Wahn Der Dokumentarfilm „Trainer“ gibt seltene Einblicke in die harte Welt des Fußballgeschäfts

■ **Tobias Escher**

Je populärer und lukrativer der Fußball wird, umso weniger Einblick bekommt die Öffentlichkeit in das, was hinter den Kulissen passiert. Fußballteams schotten sich mittlerweile hermetisch ab. Trainings finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Wer ein Interview mit einem Fußballer will, muss Wochen vorher einen Termin machen und das Gespräch vom Pressesprecher autorisieren lassen. Ungefilterte Einblicke in den Alltag des Profifußballs sind inzwischen ähnlich rar wie authentische Gespräche mit Politikern.

Der Dokumentarfilmer Aljoscha Pause hat solche Einblicke bekommen. Pause begleitet in seiner Dokumentation *Trainer* drei Fußballcoaches eine Saison lang. Er zeigt seine Protagonisten bei ihrer täglichen Arbeit – wie sie die Spieler auf dem Trainingsplatz anbrüllen, Interviews geben, sich mit Vorgesetzten über Strategien austauschen oder am Spielfeldrand mitfiebern. So entsteht eine Nähe zum Fußballgeschäft, die man in den Bildern des Sportfernsehens nicht findet. Zwischendurch lässt der Film in Interviewsequenzen Branchengrößen wie Jürgen Klopp von Borussia Dortmund oder DFB-Trainerausbilder Frank Wormuth zu Wort kommen und das Gesehene einordnen.

Vor allem ist der Film ein Dokument des Scheiterns. Keiner der drei Protagonisten erreicht sein Ziel: Andre Schubert verliert bereits im ersten Filmdrittel seinen Job beim FC St. Pauli, auch Stephan Schmidt erlebt als Trainer das Saisonende in Paderborn nicht. Am dramatischsten ist das Schicksal von Frank Schmidt, der mit seinem 1. FC Heidenheim den Aufstieg in die zweite Liga am letzten Spieltag verspielt. Die Kamera ist in all diesen Momenten dabei, ganz nah bei den Protagonisten.

Die stärksten Momente hat der Film, wenn er die Schattenseiten zeigt, die der Fußball gewöhnlich zu verstecken sucht. Wenn der ansonsten sympathische Frank Schmidt erzählt, dass er nicht mal seine kleine Tochter beim Kartenspielen gewinnen lassen kann, bekommt man einen Eindruck davon, wie nah beim Fußball Siegeswille und -wahn beieinanderliegen. Wenn nach Schuberts Entlassung alle Beteiligten nur gute Worte für den Coach übrig haben, wundert sich der Zuschauer über die Falschheit, die aus den Äußerungen der Verantwortlichen spricht. Pause erzielt solche Effekte ohne dramatische Musik oder Kommentare eines Off-Sprechers, er setzt sein Interview- und Bildmaterial passgenau ein.

Dieser schonungslose Blick ins Fußballgeschäft ist aber eben genau das – ein Blick ins Geschäft. Gerade im langen Mittelteil, in dem sich Klopp und Kollegen über die Macht der Medien auslassen, sind Szenen auf dem Fußballplatz rar. Der größte Teil des Films findet bezeichnenderweise nicht auf dem Trainingsplatz oder vor der Taktiktafel, sondern in Autos statt.

So entfernt sich der Film das eine oder andere Mal etwas zu weit vom Sport. Am Ende bekommt man nur bei Frank Schmidt Einblick in Taktik und Trainingsstil; was André Schubert und Stephan Schmidt taktisch oder methodisch auszeichnet, erfährt der Zuschauer nicht. Gerade Stephan Schmidt, in Szenekreisen als Fachmann für Trainingswissenschaften bekannt, wird komplett auf die Rolle des sozialen Aufsteigers reduziert.

Die stärksten Momente hat der Film, wenn er die Schattenseiten eines Spiels zeigt

Am Ende des Films erwischt sich der fußballverrückte Zuschauer bei dem Wunsch, mehr sehen zu wollen – mehr Trainingsplatzszenen, mehr Taktiktafelgeschwätz, mehr kluge Kommentare von Jürgen Klopp, Hans Meyer, Thomas Schaaf oder Armin Veh, also mehr Fußball. So wirkt *Trainer* am Ende eher zu kurz als zu lang. Nicht das schlechteste Gefühl, das ein Film hinterlassen kann.

Trainer *Aljoscha Pause* 138 Min. (nur in ausgewählten Kinos). Eine 90-minütige Fernsehfassung lief Anfang Juni im WDR

Tobias Escher ist Mitbetreiber des Fußballtaktik-Blogs *spielverlagerung.de,* der 2012 für den Grimme Online Award nominiert war

ANZEIGE

Die besten Zitate aus den Kommentaren auf **freitag.de/community**

„Die Gewalt bei der Räumung des Gezi-Parks brachte das Fass zum Überlaufen“ A.M.

„In der Türkei schwelt der Streit zwischen Re-Islamisierung und Laizismus nicht mehr, er ist entbrannt“

Weinsztein

» freitag.de/community

Was soll das sein, die „Normalität“?

Wochenthema
Ein Fall für den Psychiater?
Psychische Störungen werden immer alltäglicher. Das freut den Arzt – und schadet der Gesellschaft
der Freitag 23 vom 6. Juni 2013

Die Tatsache, dass psychische Erkrankungen überhandnehmen, würde ich anders interpretieren. Heutzutage ist man viel offener und sensibler für dieses Thema, während die Kriegsgeneration ihre Traumata noch aktiv verdrängt hat. Andererseits muss man natürlich beim Auftreten mancher Erkrankungen die Frage stellen, welches Gesellschaftsbild den Arbeitsdruck erzeugt, der die Krankheiten fördert, und es infrage stellen. Wenn Sie aber zu der Ansicht kommen, dass sich jeder Dritte als unnormal begreifen „muss“, dann frage ich: Warum? Fakt ist doch: Die absolut gesunde, heile Welt gibt es nicht. Die Übergänge zwischen gesund und krank sind fließend. Krankheit ist ein Teil des Lebens. Diese Tatsache zu verdrängen und stattdessen die Kranken zu stigmatisieren, ist nicht hilfreich. Michael Jäger fragt: „Wer ruft wieder die Normalität aus?“ Da frage ich zurück: Was soll das sein, die „Normalität“? Ein spießiger Biedermeier? Eine heile Welt, die es in der Realität so eigentlich nicht gibt? Fakt ist doch, dass auch die gesellschaftlichen Verhältnisse „spinnen“ und dass dabei so mancher Politiker heutzutage unter einem größeren Realitätsverlust leidet als so mancher Kranker.
Jürgen Paul

Gewagter Glaube an den Nationalstaat

Katharina Teutsch
„Der Euro ruiniert die Peripherie“
Im Gespräch mit Wolfgang Streeck über die Dominanz der Deutschen und den Ausstieg aus der Währungsunion
der Freitag 23 vom 6. Juni 2013

Wolfgang Streeck fordert die Wiedereinführung einzelstaatlicher Währungen – und damit die Möglichkeit, auf Kosten anderer abzuwerten. Diese Idee ist erstaunlich angreifbar. Denn das Europäische Währungssystem EWS war in den neunziger Jahren alles andere als ein Erfolgsmodell. Es ist an den gleichen nationalen Egoismen zerschellt, an denen heute die Eurozone leidet. Warum sollte dies heute anders sein? Der Euro war auch eine Antwort zur Einhegung der Währungsspekulationen, die damals viele Staaten getroffen haben. Wie könnte die Wiedereinführung der Devisenmarktspekulation die von Streeck identifizierten Marktmächte in ihre Schranken verweisen? Zumal sich das Volumen der Devisenmarkttransaktionen in den letzten zwei Jahrzehnten vervielfacht hat. Es ist zudem nicht nachvollziehbar, dass ein Abwertungswettlauf die ökonomischen Ungleichgewichte in Europa mittelfristig verringern und den Staaten aus der Krise helfen würde. Schließlich sind die Asymmetrie und das demokratische Defizit der EU nicht unveränderbar. Der von Streeck formulierte Glaube an die angeblich „eigenartigen wirtschaftlichen Lebens- und Schicksalsgemeinschaften“, die historisch gewachsen unvereinbar nebeneinander stünden, lässt alle Hoffnung paneuropäischer Politik fahren. In einer Welt zunehmend transnationaler Probleme lassen aber sich keine Antworten in den Grenzen des Nationalstaats formulieren
Björn Hacker/Christian Kellermann

„Nur auf nationalen Ebenen gibt es noch Reste von Demokratie“, sagt Wolfgang Streeck. Die Rede von den „Resten der Demokratie“ suggeriert, dass es früher Demokratie gegeben habe, was angesichts des fordistischen „Korporatismus“ mit seinen Hierarchien und Exklusionen nicht überzeugen kann. Zudem spricht Streeck nicht von der neoliberalen Zurückdrängung demokratischer durch marktradikal technokratische Politik. Analytisch hat Streeck recht, wenn er von „einem hohen regionalen Ungleichgewicht innerhalb des einheitlichen Wirtschaftsraumes der Währungsunion“ spricht. Aber gerade deswegen ist es inkonsequent, dass er als Krisenlösung einfach die Renationalisierung propagiert. Nur eine Politik für den einheitlichen Wirtschaftsraum kann die unbestritten entstandene Schieflage behandeln.
Frieder Otto Wolf

Es ist gut, dass man mit dem Thema psychisch Kranke heute viel offener umgeht, als in den Jahrzehnten nach dem Krieg

Die türkische Zivilgesellschaft ist stärker

Lutz Herden
Sultan im Sinkflug
Liberale Türken in den Metropolen des Landes wollen keine religiös aufgeladene Erziehungsdiktatur
der Freitag 23 vom 6. Juni 2013

Zum Hintergrund der Proteste in der Türkei, die übrigens nicht nur in Metropolen des Landes stattfinden, sondern in 79 von 81 Provinzen, gehört auch das enorme Ausmaß an Korruption. Erdoğan war früher Angestellter der Stadtwerke in Istanbul. Heute ist seine Familie steinreich. Frau Erdoğan ist im privaten Gesundheitswesen äußerst erfolgreich, Neffen oder andere enge Verwandte besetzen Schlüsselfunktionen in privaten TV-Sendern oder in der Handelsschifffahrt. Erdoğan soll zu den weltweit zehn reichsten Ministerpräsidenten gehören.
Weinsztein, Freitag-Community

Man kann sicherlich argumentieren, Erdoğan verspiele die Chancen auf eine EU-Mitgliedschaft der Türkei. Ich frage mich allerdings, ob die türkische Zivilgesellschaft nicht stärker ist als die deutsche oder die spanische – und das nicht nur angesichts der Polizei-Prügeleien in Frankfurt oder Madrid.
JR's China Blog, Freitag-Community

Die Türkei hat nun ihr Stuttgart 21. Die Menschen in der Türkei wollen auch schön leben und nicht, dass für jede Industrieruine die Seele des Volkes zertrümmert wird.
Nino Schneider, Freitag-Community

Die Kunst muss keine Debatten voranbringen

Christian Füller
Die große Verklärung
Allessandro Piperno bringt mit seinem Roman „Die Verfolgung“ die Missbrauchsdebatte nicht weiter
der Freitag 23 vom 6. Juni 2013

Christian Füller hat keine Buchrezension geliefert, sondern ein hochspekulatives Polit- und Moralspektakel. Es wird eine Bewertung nach völlig anderen Maßstäben als den nur künstlerischen vorgenommen. Die Botschaft lautet: Wer so etwas schreibt wie der Autor, der diskreditiert sich selbst in einem solchen Maß, dass er sich aus dem künstlerischen Kanon ausschließt. Auch beim Thema Missbrauch bin ich gegen Zensur. Es ist nicht die Aufgabe von Kunstwerken, „Debatten weiterzubringen“. Nein: Kunstwerke dürfen etwas, das sich der „Normalbürger“ (oder der Journalist) vielleicht vergeblich wünscht. Sie dürfen Extrempositionen darstellen und diese sogar allein stehen lassen, ohne sie mit Gerechtigkeit Herstellendem zu konterkarieren. Und sie dürfen Ambivalenz darstellen. Ohne sich auch nur im Geringsten darum zu scheren, wie der „Extremist“ in seine Schranken zu weisen oder wie die Ambivalenz aufzulösen wäre. Im Grunde geht es um *political correctness* – aber genau die möchte ich weder in Kunst noch in Kunstkritik sehen. Es reicht mir dicke, wie weit sie in anderen Bereichen schon vorgedrungen ist.
Till Schneider

Juristische Sprache ist Herrschaftssprache

Felix Werdermann
Sag das nochmal
Wozu brauchen wir endlos lange Wörter? Um andere abzuschrecken. Warum Bürokratendeutsch asozial ist
der Freitag 23 vom 6. Juni 2013

Der Kampf gegen die Bürokratensprache ist völlig aussichtslos. Das schreibt auch Hans Magnus Enzensberger in seinem Essay *Von den Vorzügen der Unverständlichkeit*. Er hält fest, dass „die juristische Sprache ihrem Wesen nach Herrschaftssprache ist“ und dass „Unverständlichkeit zum Nimbus des Gesetzes gehört“. Für ihn ist diese Unverständlichkeit des Rechts und der Verwaltungen „kein Fehler, der sich beheben ließe; sie ist beabsichtigt“. Dasselbe gilt für die Wissenschaftssprache. Auch sie ist unreformierbar, da kann man sich noch so gegen Imponiergehabe und überflüssige Fachvokabeln sträuben. Auch die fördern den Nimbus.
Eckart Roloff

Man kann die Verwaltungssprache auch als Abklatsch der hierarchischen Verhältnisse in einer Behörde auffassen. Der Superwortbrocken stünde dann für VerwaltungsHochhäuser mit ihrem unüberschaubaren Innenleben.
Helder Yurén, Freitag-Community

Der Boden muss das Wasser schlucken

Nick Reimer
Aus dem Takt
Die Flut lässt sich nicht eineindeutig auf die Erderwärmung zurückführen. Die Politik muss trotzdem handeln
der Freitag 23 vom 6. Juni 2013

Der Boden kann das Wasser nicht mehr aufnehmen, weil immer mehr Bodenfläche versiegelt ist. Bodenversiegelungen und ein grundsätzlich falscher Umgang mit natürlichen Gegebenheiten verursachen dann Extremfluten.
Karamasoff, Freitag-Community

Die Politik investiert in Deiche, die das Problem der Fluten aber nicht lösen. Durch sie steigt lediglich der Wasserdruck in den Flussbetten, aber das Wasser bekommt keine Ausweichmöglichkeiten. Auch weil die Landwirtschaft nicht bereit ist, ihre Flächen fluten zu lassen. Es ist halt billiger, die Deiche höher zu legen, als Freiflächen zu schaffen, die das Wasser schlucken und dann sanft abführen könnten.
Tollschock, Freitag-Community

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

KARIKATUR: AMELIE GLIENKE FÜR DER FREITAG

Impressum

Chefredaktion Jakob Augstein, Philip Grassmann, Jana Hensel
Verantwortliche Redakteure Michael Angele (Kultur, Alltag), Jan Pfaff (Stv.), Jan J. Kosok (Community), Susanne Lang (besondere Aufgaben)
Redaktion Ulrike Baureithel, Matthias Dell, Lutz Herden, Michael Jäger, Christine Käppeler, Maxi Leinkauf, Juliane Löffler, Felix Werdermann
CvD Thomas Kaiser
Gestaltung Jana Schnell (Art Direction), Max Sauerbier, Felix Velasco, Andine Müller (Beratung), Niklas Rock (Bild)
Redaktionelle Übersetzer Zilla Hofman, Holger Hutt
Projektmanagement Anna-Lena von Salomon
Redaktionsassistenz Jutta Zeise
Hospitanz Nina Bust-Bartels, David Kappenberg, Robert Tari (Redaktion)
Verlag und Redaktion der Freitag Mediengesellschaft mbh & Co KG, Hegelplatz 1, 10117 Berlin, Tel.: (030) 250 087-0 www.freitag.de
Geschäftsführung Jakob Augstein, Dr. Christiane Düts
Beratung Prof. Christoph Meier-Siem
Verlagsleitung Nina Heinlein
Anzeigenleitung Johann Plank (johann.plank@freitag.de)
Vertrieb Annette Bretschneider (annette.bretschneider @freitag.de)
Marketing Oda Hassepaß (oda.hassepass@freitag.de) Barbara Herzog (barbara.herzog@freitag.de)
Jahresbezugspreis € 161,20 Ermäßigter Bezugspreis für Schüler, Studenten, Auszubildende und Rentner: € 111,80 jeweils inkl. Zustellung Inland. Im Ausland zzgl. Versandkosten: € 31,20 Land- bzw. € 41,00 Luftpost
Aboverwaltung QS Quality Service GmbH Telefon Kundenservice (040) 3007-3510 Fax Kundenservice (040) 3007 85 7044 E-Mail: service@abo.freitag.de Service-Zeiten Mo – Fr 8 bis 19 Uhr, Sa 10 bis 16 Uhr Der Freitag, Postfach 11 04 67, 20404 Hamburg Konto für Abozahlungen: Der Freitag Mediengesellschaft mbH & Co KG Kto.: 13505050, BLZ 10050000, Berliner Sparkasse
Nationalvertrieb Axel Springer Vertriebsservice GmbH Süderstraße 77 20097 Hamburg www.as-vertriebsservice.de
IT- und Redaktionstechnik Heldisch networx GmbH
Druck BVZ Berliner Zeitungsdruck, Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin, www.berliner-zeitungsdruck.de
Papier 100 % Recycling, trägt den Blauen Engel, produziert in Schwedt an der Oder, gedruckt in Berlin
Gesetzt in TheAntiquaF von Lucas de Groot, www.lucasfonts.com
ISSN 0945-2095
Kolumnenillustrationen www.ottoillustration.com

Alltag

Alles dufte? Die Parfümbranche setzt Milliarden um, und doch riecht das meiste austauschbar. Duftmanufakturen kämpfen für mehr Vielfalt S. 22

der Freitag | Nr. 24 | 13. Juni 2013

Ihr Revier

Birgit Reimann ist Polizistin und hat fast alles gesehen, was Menschen sich antun können: Geiselnahmen, Eifersuchtsmorde, Kinderpornos. Und sie hat gelernt, dass das Wort die schärfste Waffe ist **S. 23**

FOTOS: PAULA MARKERT FÜR DER FREITAG, LENA LIR/FOTOLIA (OBEN)

Alltagskommentar
Juliane Löffler

Männer und Röcke: Wird es ein Sommer der Mode-Anarchie?

Hurra, der Sommer ist da! Wer jetzt über steigende Temperaturen ächzt, muss entweder ein schwarzgekleideter Emo oder ein Blässe bevorzugender Aristokrat sein. Oder aber er gehört zum bürogebundenen Arbeitervolk und steht morgens vor der Frage: Was anziehen? Ab spätestens 30 Grad wird die Kleiderwahl für den Arbeitsalltag zum Problem, sofern man sich für soziale Konventionen interessiert. Bauchfrei? Keine Chance. Flipflops? Grenzwertig. Shorts? Ganz schwierig.

Das mussten auch die Mitarbeiter des Stockholmer Nahverkehrs erfahren. Teile ihres Unternehmens wurden kürzlich von Arriva, einer Tochterfirma der Deutschen Bahn, aufgekauft, die eine neue Kleidervorschrift etablierte. Den Lokführern der Vorortbahn Roslagsbanan wurde daraufhin verboten, im Sommer kurze Hosen zu tragen. „Zu entspannt." Die Schweden, Lieblingsvorbild für Geschlechtergerechtigkeit, griffen, als sich die Führungsebene nach Gesprächen stur stellte, zu einer einfachen Lösung: Sie zogen sich Röcke an. Das durften die weiblichen Angestellten schließlich auch.

Deshalb konnte das Unternehmen den Lokführern es nicht verbieten. Sonst wäre das eine Diskriminierung der Männer gegenüber den Frauen gewesen, argumentierte die Gewerkschaft. Anfang dieser Woche lenkte das Unternehmen nach einigem Pressewirbel um die röcketragenden Männer ein und erlaubt nun wieder kurze Hosen.

Aber wer weiß, wenn die Lokführer erst mal die Luft der Freiheit geschnuppert haben, das Gefühl, das Jean Paul Gaultier als „ein bisschen wie Nacktbaden" beschrieb – vielleicht bleiben sie dann auch beim Rock? Vielleicht nehmen sie den Kampf der modischen Emanzipation auf, den die Frauen umgekehrt bereits hinter sich haben?

In Paris wurde nach 214 Jahren das Hosenverbot für Frauen aufgehoben. Zugegeben, es war schon länger nicht mehr durchgesetzt worden, aber aufgehoben wurde es tatsächlich erst Anfang dieses Jahres. Beobachten wir da gerade eine Zeitenwende? Ist Cross-Dressing jetzt im Mainstream angekommen? Die Folgen jedenfalls wären weittragend: Peer Steinbrück etwa könnte seiner grauen Kampagne mit Merkel'schen Blazern in Bonbonfarben ganz neuen Schwung geben. Prinz William wählte vielleicht ein Kostüm in Apricot mit Bleistiftrock – er hat schließlich die Figur dafür. Und junge Kerle rotten sich zusammen, um ihre Boxershorts zu verbrennen. Das könnte ein großer Sommer der Mode-Anarchie werden.

Ihr habt es in der Hand, Männer. Also: Courage!

» Netz Schau

Es geht auch anders

Freitag-Blogger *McMac* will mit einem Vorurteil aufräumen. Die Idee eines unabhängigen, nichtkommerziellen Betriebssystems für Computer gilt zwar als sehr sympathisch, aber bei Linux hält sich hartnäckig der Glaube, dieses sei nur etwas für Nerds und echte Computercracks. In seinem Blog zeigt *McMac*, warum das nicht so ist – und wo man am besten beginnt, wenn man die Benutzeroberflächen von Microsoft und Apple hinter sich lassen will. Mehr auf *freitag.de/linux*

» freitag.de/community

Der Koch

Warum sollte man Spargel nicht zu lange kochen?

Kaum hat unsereiner Stangen in der Hand, möchte er sie aneinanderreiben. Essstäbchen zum Beispiel. Reiseführer für Asien empfehlen hartnäckig dieses Verfahren. Vor allem Einwegstäbchen, heißt es da, soll man, sind sie auseinandergebrochen, aneinanderreiben, um eventuelle Holzsplitter zu entfernen. Ich habe das nur einmal probiert – in einem chinesischen Imbiss, dem einzigen Etablissement, in dem ich Pekinger ganz ungeniert unter den Tisch spucken sah. Aber als ich mich an das Stäbchenwetzen machte, hoben sich um mich herum die Augenbrauen. Ich habe es sofort gelassen. Und wurde aufgeklärt: Es ist in etwa so ungehörig, wie einen Löffel mit der Krawatte zu putzen.

Auch Spargel soll man aneinanderreiben, lese ich immer wieder. Wenn er quietscht, heißt es, ist er frisch. Der Tipp ist ungefähr so viel wert wie der für die Essstäbchen. Ich hab es probiert, mit schon sehr gelblichen, sichtbar überlagerten Spargelstangen. Die quietschten auch. Aber Spargel ist eben der König aller Frühjahrsgemüse, und da gibt es eine Menge von Hofritualen und Legenden. Auch wenn ich mich wiederhole: Das ist gut so. Es zeugt von Kultur. Ich wohne den Disputen darüber gern bei, etwa wenn der Sauce-Hollandaise-Anhänger auf den Puristen trifft, der an seinen Spargel nichts als geschmolzene Butter lässt. Oder wenn der richtige Garpunkt diskutiert wird. Denn der eine mag die Stangen elastisch-bissfest, der andere so, dass der Spargel wie ein nasses Handtuch über der Gabel hängt. Da muss ich mich schnell einmischen: Menschen der zweiten Kategorie halte ich für fähig, dass sie auch jedes Paar Essstäbchen, das sie in die Finger bekommen, aneinanderreiben.

Ich stelle hier testweise die Behauptung auf, dass 99 Prozent des Spargels, der in Deutschland auf den Teller kommt, gekocht wird, und zwar lange. Ich lasse mich gerne berichtigen. Aber die Zubereitung erinnert mich noch immer an Zeiten, in denen auch Fisch schonend und um den Eigengeschmack zu erhalten, in siedendes Wasser geworfen wurde, nach dem Vorbild Forelle blau. Oder wenn wir beim Gemüse bleiben: Er wurde wie Kartoffeln gekocht.

Aber es handelt sich doch um sogenannte „zarte“ Stangen. Gewalt sollte man ihnen nur antun, wenn man sie schält, nämlich kräftig und ausdauernd. Nichts ist schlimmer als feste, holzige Fasern an butterweich gekochtem Spargel. Ich habe vor Kurzem einen Salat aus dem rohen Gemüse gegessen. Es war schräg in hauchdünne Scheiben geschnitten und für einige Zeit in Salz und Zitrone mariniert, um die Knackigkeit leicht zu mildern. Da fährt einem das Frühjahr so richtig in den Mund. Das war auf der Zunge wie kaltes, klares Quellwasser.

Für einen solchen Salat kann man die Stangen aber auch kurz blanchieren und anschließend kalt abschrecken. Sonst komme ich zunehmend davon ab, Spargel allzu lange mit kochendem Wasser in Verbindung zu bringen. Ich finde, das laugt den Geschmack aus. Es hilft zwar, das Kochwasser mit Schalen und Abschnitten zu aromatisieren, aber das macht den Spargel leicht bitter.

Warum machen wir es nicht so wie mit Fisch? Den haben wir auch gelernt, in mäßiger Hitze zu braten. Oder ihn mit etwas Weißwein und Kräutern in ein kleines Päckchen aus Aluminiumfolie zu hüllen und im Ofen zu garen. Funktioniert mit Spargel einwandfrei. Diese Zubereitungen verdichten das Aroma noch. Wichtig ist jedenfalls immer, dass der Spargel frisch ist.

Am besten erkennt man das an den Enden. Die Schnittflächen sollten hell und feucht sein. Sind sie das nicht, sollte bei leichtem Drücken etwas Spargelsaft hervorquellen: Testen Sie das! Auch wenn sich da die Augenbrauen Ihres Gemüsehändlers heben. *Jörn Kabisch*

Storyboard

ILLUSTRATION: SIMON SCHWARTZ FÜR DER FREITAG

Individuell Die Parfüme des Massenmarkts unterscheiden sich kaum. Berliner Manufakturen wollen dem etwas entgegensetzen

Der Wunsch, anders zu riechen

Es ist ein großes Geschäft: Allein in Deutschland werden im Jahr zwischen 1,5 und 1,8 Milliarden Euro für Parfüms ausgegeben. Der durchschnittliche Deutsche konsumiert zwei bis drei verschiedene Düfte pro Jahr, Enthusiasten haben zehn Flaschen gleichzeitig im Einsatz. Der Massenmarkt hat aber ein großes Problem: Über einen gekauften Duft individuell zu riechen, wird immer schwieriger.

90 Prozent der Düfte, die von großen industriellen Firmen wie Procter & Gamble, L'Oréal, LVMH und Estee Lauder hergestellt werden, enthalten keine natürlichen Komponenten, die Zutaten sind synthetisch – und oft nach dem immer gleichen Prinzip zusammengesetzt. Die Multis sind nicht experimentierfreudig. Das ließ sich auch Mitte Mai in Berlin beobachten, als bei einer Duftmesse die Branche sich selbst und die „Düfte des Jahres“ feierte.

Wenn ein Duft ankommt, wird er von der Konkurrenz sofort kopiert, was dazu führt, dass die Düfte austauschbar wirken. Was überhaupt angeboten wird, entscheidet zuvor bereits der Markttest. „Ein Duft, der bei dem Test nicht gut abschneidet, wird selten auf den Markt gebracht, weil keiner ein Risiko eingehen möchte. Allein für die Werbung eines neuen Duftes werden 20 bis 30 Millionen Euro ausgegeben, deshalb darf er nicht floppen“, sagt Thorsten Biehl, der in Berlin eine Parfümmanufaktur betreibt und dem Massenmarkt etwas Individuelles entgegensetzen will. Parfümeure stellen für ihn Düfte her, die ausgesuchte Läden in kleinen Stückzahlen anbieten.

Kaum natürliche Rohstoffe

„In jüngeren Jahren macht man den Kauf eines Parfüms noch von der Marke abhängig. Es ist wie bei Turnschuhen, alle wollen dem gleichen Trend nachgehen. Erst mit 30 kommt der Wunsch, nicht so zu sein, so auszusehen, so zu riechen wie alle anderen”, sagt Biehl. Er präsentiert seine Parfüms vor der Berliner Duftmesse in einem kleinen Lokal in Kreuzberg.

Früher wurden die Düfte noch aus 50 bis 100 natürlichen Rohstoffen hergestellt, aus Pflanzen, Harzen, Moosen und tierischen Produkten. Heute werden jährlich etwa tausend neue Düfte weltweit produziert, davon besteht nur etwa ein Fünftel noch aus natürlichen Ölen und Rohstoffen.

Wer sich also kein Chemielabor auf die Haut sprühen möchte, sollte sich an Parfümmanufakturen orientieren – Nischenhersteller, die sich noch den Mut und die Zeit nehmen, zu experimentieren. Biehl und andere Berliner Manufakturen wie J.F. Schwarzlose arbeiten ganz ohne Marktforschung, ohne die Suche nach dem Massengeschmack, ohne Einschränkung bei der Wahl der Rohstoffe. Für sie ist ein Parfüm noch immer ein Kunstwerk.

J.F. Schwarzlose ist schon seit 1856 eine Berliner Marke, einst hat sie sogar den königlich-kaiserlichen Hof mit ihren Parfüms beliefert. Die modernisierten Versionen des Duftes – wie das 1A-33, ursprünglich ein Berliner Kennzeichen – sind ein Gemeinschaftsprodukt der Parfümeurin Veronique Nyberg, des Designers Lutz Hermann und des Kommunikationswirts Tamas Tagscherer. „Es gibt Menschen, die unser Parfüm noch von früher kennen. Die Neuproduktion ist eine Hommage an die Tradition und Firmengeschichte“, sagt Tagscherer. „Bei allen Parfümen arbeiten wir mit natürlichen Ölen in hoher Konzentration, bei 1A-33 beispielsweise aus Lindenblüte, Jasmin, Magnolia, Rotem Pfeffer, Mandarine und Zedernholz. Diese Düfte sind für uns ein Spiegel des modernen Berlins.“ Wie das? „1A-33 führt die Lindenblüten der Stadt mit aquatischen Noten der Spree und des Wannsees zusammen.“

Geza Schön ist einer der berühmtesten deutschen Parfümeure. Wenn man ihn fragt, warum wir uns überhaupt fremde Düfte auf die Haut sprühen, wartet er mit einer zugespitzten These auf. Alles, betont er, wirklich alles sei an einem Menschen riechbar: „Sogar das Alter ist an der Haut riechbar. Es ist desillusionierend, ich weiß …“, sagt er. Wenn wir den neutralen Duft eines Babys konservieren könnten, wäre er womöglich arbeitslos. Da das aber nicht geht, hat der 44-Jährige gut zu tun.

FOTO: JUNIART/IMAGO

Ganz natürlich produziert: Der Duft von Magnolien wird gern in Parfüms verwendet

Er sitzt in einem Kreuzberger Café und schaufelt Spätzle in sich hinein, während er über die Faszination der richtigen Mischung spricht. Sein Beruf sei nichts Magisches, sagt er, den könne eigentlich jeder lernen. Aber Bergamotte und Patschuli zu mischen, bedeute noch lange nicht, dass man Parfümeur sei. Schön ging mit seinem „Molecule 01“ in die Parfümgeschichte ein. Molecule 01 ist ein sogenannter Mono-Riechstoff, er besteht nur aus Zedernholzriechstoff und Alkohol als dufttragender Substanz. „Ich habe nach Einfachheit gesucht. Ich hatte den Eindruck, dass alle Parfüms zu stark sind. Zedernholzriechstoff ist allein gut genug“, sagt Schön. „Alle anderen Düfte sind viel komplexer. Im Leben bedarf es aber nichts anderes als Einfachheit – und so ist es auch mit dem Riechen.“

Ein persönlicher Duft?

Forschen Parfümeure ständig nach unbekannten Rohstoffen für die Duftzubereitung? Nein, sagt Schön. „98 Prozent der Parfümeure arbeiten für große Firmen, und ihre Arbeit ist nicht so kreativ, wie man sich das vorstellt.“ Den meisten werde die Zeit vorgeschrieben und das Geld, das zur Verfügung steht. Es gebe keinen großen Spielraum zum Experimentieren, dabei müsste man viel ausprobieren. Was ist mit der Nase aus Patrick Süskinds *Das Parfüm*, dieser Fähigkeit Jean-Baptiste Grenouilles jede kleinste Feinheit eines Duftes zu unterscheiden? Nur ein Mythos, sagt Schön.

Und kann man einen persönlichen Duft kreieren? „Ja, aber ich muss die Person näher kennenlernen und länger herumschnuppern, wie die Haut und die Haare riechen, welche Präferenzen es gibt. Das ist nicht einfach.“ Hinzu komme noch etwas Wichtiges: „Ich müsste mit der Person auch ein Riechtraining machen. Es kann nämlich durchaus sein, dass es Düfte gibt, die bei der Person gar nicht gut ankommen oder gar negative Konnotationen hervorrufen.“ Das Schlimmste wäre dann wohl, wenn einen eine bestimmte Zutat an den abgegriffenen Massenduft des vergangenen Jahres erinnern würde. *Agnes Szabó*

„Ich bin nachts öfter schweißgebadet aufgewacht“

Birgit Reimann hat beinahe täglich mit Gewalt zu tun. Irgendwann konnte sie nicht mehr abschalten

Birgit Reimann möchte sich in einem Café im Stadtpark treffen, der sei „Hamburgs grüne Lunge“. Sie will dort von ihrem Alltag als Polizistin in der Großstadt erzählen. In mehr als 30 Jahren Dienst hat sie alles gesehen: stinknormalen Streifendienst ebenso wie Geiselnahmen, Morde und Kinderpornos.

Der Freitag: Frau Reimann, welches war die schlimmste Beleidigung, die Sie sich als Polizistin anhören mussten?
Brigitte Reimann: „Alte Fotze.“ Das war auf einer Demo. Aber wollen Sie das dann jedes Mal eskalieren lassen? Etwas anderes ist es natürlich, wenn ich einen Ladendieb mitnehme und der mich unflätig betitelt. Da kann ich sagen: „Hören Sie mal, so nicht.“
Was reizte Sie am Polizei-Beruf?
Ich wollte Goldschmiedin werden. Aber mir fehlte das Vitamin B, ich hätte keine Lehrstelle bekommen. Eine Klassenkameradin hatte dann den Test bei der Polizei gemacht, und ich dachte: So einen Behördentest kannst du ja auch mal machen. Ich dachte an meinen Verkehrslehrer, der immer sagte: Die Polizei, dein Freund und Helfer.
Sie waren eine der ersten Frauen bei der Schutzpolizei in Hamburg – in welche Welt kamen Sie da?
Es war sonderbar, als Frau 1982 in dieser Männergesellschaft. Sie sagten: „Was suchst du hier? Du wirst irgendwann heiraten, Kinder kriegen und am Herd landen.“ Die Weibliche Schutzpolizei gab es schon, aber es gab noch nicht in jeder Wache oder in jeder Schicht eine Polizistin. Man brauchte sie nur für bestimmte Gruppen, Frauen und Kinder. Wenn Frauen vergewaltigt wurden, dann wurde die Anzeige meist nicht von einem Mann aufgenommen, sondern von einer Frau.
Ist das heute anders?
Mittlerweile gibt es durchaus auch einfühlsame Kollegen. Und wenn ein weibliches Opfer das wünscht, darf es von diesen vernommen werden. Manchmal sagen Prostituierte: „Ich kann mit einem Mann besser umgehen als mit einer Frau.“ Gerade bei Sexualdelikten.
Wie haben Sie sich dann Respekt verschafft bei den Männern?
Ich habe teilweise geschluckt und gedacht: „Du wirst schon merken, was ich hier will.“ Oder ich habe protestiert: „Natürlich möchte ich Kinder, aber ich will nicht am Herd enden.“ Soll doch der Mann zu Hause bleiben. Ich bin in einem Umfeld groß geworden, in dem es selbstverständlich war, auf eigenen Beinen zu stehen.
Wer Einsätze fährt, erhält auch irgendwann Anerkennung, oder?
Bei der Verkehrsunfallaufnahme wird neutral bewertet: Wie haben wir die Situation gemeistert? Und jede Polizistin in Hamburg hat den Rest der Truppe etwas miterzogen.
Bei häuslicher Gewalt konnten Sie einmal eine Situation gewaltlos entschärfen …
Ja. Ein Mann hatte mich mit dem Messer bedroht. Und ich stand gefühlte zwei Stunden vor ihm und habe auf ihn eingeredet. Irgendwann hatte ich dann das Messer in der Hand. Männliche Kollegen haben in solchen Momenten oft eher die Fronten verhärtet. Aber ich habe in der Polizeischule gelernt: Das Wort ist die schärfste Waffe. Man muss jemanden zum Sprechen kriegen.
Wie stellt man das an?
Mit Intuition und Empathie. Indem man dem anderen das Gefühl vermittelt, dass man sich für ihn interessiert. Wir möchten alle als Person beachtet werden. Nach und nach habe ich herausgefunden, wie ich als Frau besser auf dieses Bedürfnis eingehen kann.

„In manchen Situationen mag es gerechtfertigt sein, Steine zu werfen“

In Ihrem Buch *Die Großstadt ist mein Revier* berichten Sie von männlichen Kollegen, die davon ausgehen, dass natürlich sie den Wagen auf Streife fahren.
Ja, vor allem Männer in meinem Alter nehmen konsequent den Schlüssel in die Hand und sagen: „Ich fahre.“ Damit kann ich leben, es sogar genießen. Wenn ich mich auskenne, fahre ich aber selbst gern Auto. In Wilhelmsburg saß ich meist am Steuer. Ansonsten soll der Mann ruhig fahren, dann kann ich am Funk sitzen.
Wie fühlen Sie sich in Uniform?
In dem Moment, in dem ich die Uniform anziehe, bin ich Polizistin und repräsentiere den Staat.
Hamburg-Wilhelmsburg, Ihr früheres Revier, ist ein sozialer Brennpunkt. Wenn man vor allem diesen Ausschnitt der Gesellschaft erlebt, entstehen da Ressentiments gegen bestimmte soziale Gruppen?
Natürlich verändert sich der Blick. Wenn man jemanden schon dreimal festgenommen hat, weiß man: Der ist ein Einbrecher oder Autodieb. Aber mir kam nie jemand wegen seines Aussehens verdächtig vor. Beide Gruppen – Deutsche und Ausländer – haben die gleichen Straftaten verübt. Wenn jemand drogensüchtig ist, muss er schnell zu Geld kommen. Da spielt die Nationalität keine Rolle.
Sie müssen den Staat verteidigen. Aber wenn Polizisten auf Demos so martialisch auftreten, können Sie dann verstehen, dass sich die Gegenseite da provoziert fühlt?
Ja, das kenne ich aus Berlin. Da stehen sie mit Schienbeinschutz, Körperschutz, Helm, Schild. Ich kann es verstehen, allerdings kann ich es nicht gutheißen. In manchen Situationen mag es gerechtfertigt sein, Steine zu werfen. Aber nicht, wenn Menschen das Ziel sind. In Hamburg war das nie so extrem. Hier ist es den Polizisten verboten, mit dem Schlagstock an den Schild zu schlagen und den Takt anzugeben. Weil das einschüchternd ist.
Wie kommt man sich vor, wenn man eine NPD-Demo schützt?
Da muss ich mein Herz abschalten und mir sagen: Ich mache das, was von mir verlangt wird, dafür bekomme ich das Geld. Aber die Ausschreitungen und Krawalle in Hamburg, die sind überflüssig. Selbst die Bewohner der Schanze sind mittlerweile genervt, dass Leute aus dem Umland kommen und Geschäfte entglasen.
„Entglasen“? Das ist doch ein linker Kampfbegriff.
Sagen wir besser: Scheiben einwerfen. Das gehört sich nicht.
Am vergangenen Wochenende wurden in Berlin Polizisten mit Molotow-Cocktails attackiert.
Ich finde das unerträglich. Für mich ist es ein versuchtes Tötungsdelikt.
Kamen Sie selbst moralisch nie in einen Zwiespalt?
Ich kann mich gut an die Proteste Anfang der achtziger Jahre gegen die Hamburger Chemiefabrik Boehringer erinnern. Dort wurden krebserregende, dioxinhaltige Rückstände im Grundwasser sowie auf Wiesen und Äckern gefunden. Da haben wir als Polizei eigentlich nur abgesperrt. Aber mein Herz hat gesagt: Ich möchte lieber auf der anderen Seite stehen. Ich habe mich nach Dienstschluss umgezogen, bin noch mal hingefahren, habe mich dazugesetzt und mit Leuten geklönt, mit denen ich studiert hatte. Wir wollten unseren Willen kundtun. Es ging um die Natur und um die Menschen.
Gibt es einen Punkt, an dem Sie den Beruf nicht mehr ausüben könnten?
Natürlich würde ich keinem Hitler folgen. Aber solange wir in einer Demokratie leben – auch wenn sie Ecken und Kanten hat –, ist der Job in Ordnung.
Sie fingen dann im Dienst an, sich stärker mit Psychologie zu beschäftigen …
Mich interessiert das Verhalten der Menschen. Ich möchte verstehen, warum jemand so reagiert, seine Motive kennen. Dann kann ich mich besser auf ihn einlassen.
Der „gefährlichste Ort der Welt“ seien Familie und Partnerschaft, sagen Sie.
Ich habe jahrelang mit Eifersuchts- und Beziehungstaten zu tun gehabt. Und meine Erfahrung ist: Wir haben sowohl verlernt, eine Beziehung zu führen, als auch uns ordentlich zu trennen. Heute braucht man für alles einen Führerschein, eine Lizenz – aber über das Führen einer Beziehung wird in der Schule nicht geredet.
Wie sollte man sich trennen?
Bestimmt nicht über SMS. Und möglichst nicht an Familienfeiern oder Festtagen. Besser wäre, man zieht es durch und macht danach den Neuanfang! Die Frau sollte auch nicht erzählen: „Mein Neuer ist besser im Bett als du.“ Oder: „Du hast die Kinder angefasst.“
Weil es gefährlich sein kann?
Natürlich. Da geschehen Morde. Frauen müssen lernen, sich nach einer langen Ehe zu trennen. Sie müssen klären, was mit Kindern und Unterhalt passiert und auch, wie sie sich gegen häusliche Gewalt zur Wehr setzen. Sie glauben oft, abhängig zu sein: „Er ist so lieb, wenn er nicht getrunken hat.“
Und wie können Sie da helfen?
Ich habe viele Studien zur Prävention von Partnerschaftstötungen gelesen. Wir bekommen ja vorher schon Sachen mit und können als Polizisten mit dem reden, der in der Beziehung gefährlich ist, weil er trinkt oder sich in seiner Ehre verletzt fühlt. Das kann nämlich final enden.

„Wir haben tagelang Kinderpornos angeschaut. Das war heftig“

Nach den Beziehungsdelikten wechselten Sie in den Bereich Kinderpornografie …
Wir schauten uns tagelang kinderpornografische Bilder und Videos an, das war heftig. Man hat es mit Usern zu tun, die Filme auf ihren Rechner ziehen, anschauen, und im Netz verbreiten. Manche Nutzer dokumentieren auch den eigenen Missbrauch.
Solchen sind Sie auch begegnet.
Ja, mein letzter Fall ist mir sehr nahegegangen. In dem Video sah man ein Mädchen, drei Monate alt. Das Baby wurde sadistisch gequält, über einem Auge sah man ein Hämatom. Einmal wurde ihm von einer Männerhand der Mund zugehalten, es bekam keine Luft mehr. SM unter Erwachsenen ist in Ordnung, aber ein Säugling! Ich hatte ständig diese Bilder im Kopf, wachte nachts schweißgebadet auf. Ich fühlte mich plötzlich zerbrechlich.
Wie geht man mit so etwas um?
Ich ging zum Polizeipsychologen, der hat erste Hilfe geleistet. Aber das reichte nicht. Man stößt das von sich, glaubt, man kann alles lösen. Kollegen sind mit mir zu einem Seelsorger gegangen. Aber ich konnte nicht mehr abschalten. Ich fand eine Therapeutin, die schon mit sadistischen Straftätern zu tun hatte. Sie konnte den Fall in meine berufliche Biografie einordnen. Ich habe das Ganze dann als „Dienstunfall“ eingereicht.
Als Dienstunfall?
Ja, man denkt immer, man muss ein gebrochenes Bein haben. Aber ich hatte ja einen Schaden davongetragen. Mir wurde der Boden unter den Füßen weggerissen. Man stellte bei mir posttraumatische Belastungsstörungen fest.
Dass solche Schäden ernst genommen werden, ist relativ neu.
Ja. Amerika ist der Vorreiter mit dem Post-Shooting-Trauma von Kollegen, die im Dienst geschossen haben. In Hamburg wurde erst im vergangenen Jahr das Verfahren geändert: Auch Polizisten werden nun im Bundeswehrkrankenhaus von Ärzten begutachtet, die sonst Soldaten behandeln, die aus Kriseneinsätzen zurückkehren.
Und: Haben Sie die Welt durch Ihre Arbeit besser gemacht?
Ich stand am Straßenrand und habe die Kelle genommen, um den rechten Weg zu weisen.

Das Gespräch führte **Maxi Leinkauf**

Ein Leben für die Polizei

Birgit Reimann wurde 1961 in Hamburg-Harburg als erste Tochter eines Ingenieurs und einer Buchhalterin geboren. Sie ging in Harburg zur Schule und besuchte das Gymnasium. Anschließend studierte sie in Hamburg ein Jahr lang Ägyptologie, sah aber keine berufliche Perspektive. Deshalb machte sie eine Ausbildung im mittleren Dienst bei der Polizei Hamburg. 1982 begann ihre Karriere im Streifendienst in Wilhelmsburg, damals ein Stadtteil mit sozial schwachen Gruppen. Sie wechselte später zum KDD, dem Kriminaldauerdienst, um sich der Gewaltprävention und dem Opferschutz zu widmen. Schließlich war sie für einige Jahre im Landeskriminalamt für die Bekämpfung von Kinder-pornografie zuständig.

Von ihren Erfahrungen aus mehr als 30 Jahren Berufsalltag erzählt sie in dem im April erschienenen Buch *Die Großstadt ist mein Revier* (Fischer Krüger). Reimann engagiert sich nebenbei in der Gewerkschaft sowie im Kriseninterventionsdienst des DRK. Sie ist Mitglied der Rettungshundestaffel und auch beim Katastrophenschutz Hamburg-Mitte aktiv.

Die 51-Jährige arbeitet heute bei der Polizei Hamburg im gehobenen Dienst. Sie kümmert sich um Kommunikation und Datenverarbeitung bei der Verbrechensbekämpfung. Sie ist leidenschaftliche Motorradfahrerin und schaut gern *Tatort*, vor allem den Münsteraner. Außerdem liest sie blutrünstige Romane und die Fälle von Profilern.

Reimann lebt mit ihrem 17-jährigen Sohn und ihrem Mann, einem pensionierten Polizisten, in Harburg. *ML*

ANZEIGE

Das Leibniz-Journal.
Jetzt für 3 Euro an Flughäfen und Bahnhöfen.

A–Z Kaufhäuser

FOTO: ANDREAS HERZAU/LAIF

Ausgeglänzt? Bei Karstadt demonstrieren Angestellte für höhere Löhne, der Geschäftsführer schmeißt hin, und Investor Nicolas Berggruen sagt, er habe sich die Rettung viel leichter vorgestellt. Kritiker sehen das Prinzip Kaufhaus an sich als überholt an. Dabei blickt es auf eine große Geschichte zurück

A

Aristide Boucicaut „Mouret hatte nur eine einzige Leidenschaft: sich der Frau unterwerfen.“ So steht es bei Emile Zola. In seinem 1883 erschienenen Roman *Das Paradies der Damen* beschreibt er den Glamour des neuen Einkaufens im Kaufhaus, seine Verklärung und Verführung. **Vorbild für Zolas Kaufhausdirektor Octave Mouret war Aristide Boucicaut. Er ist der Urvater des Kaufhauses.** Er begann seinen Aufstieg zum Großunternehmer 1852 bei einem kleinen Laden mit dem schönen Namen Bon Marché im Pariser Quartier Latin. Schon dort führte er nach und nach Neuerungen ein, die zum Modell für den Handel weltweit wurden: Fixpreise ersetzten das bis dahin übliche Feilschen, bei dem der soziale Status meist das Startangebot bestimmte. Die Gewinnspannen wurden gesenkt, was die Produkte günstiger machte. Dazu kam – völlig neu – das Umtauschrecht. 1869 baute Boucicaut sein Warenhaus Au Bon Marché. Zu seinen Angestellten zählten auch die späteren Gründer von Printemps und La Samaritaine. *Mark Stöhr*

B

Bund Drohnen kann man dort zwar nicht kaufen, aber es gibt tatsächlich ein „Kaufhaus des Bundes“. Es ist für den zentralen Einkauf staatlicher Institutionen zuständig, die über ein Beschaffungsvolumen von 250 Milliarden Euro verfügen. **Weil man ja auf gar keinen Fall Steuern verplempern will, hat der Staat 2003 dieses Kaufhaus gegründet.** Im Amtsdeutsch liest sich das Vorgehen so: Gespart wird, „indem die Behörden und Einrichtungen des Bundes elektronische Bestellungen aus Rahmenvereinbarungen tätigen können, welche die Zentrale Beschaffungsstellen abgeschlossen haben“. Durch einen einheitlichen Warenstandard wird dabei ausgeschlossen, dass bei den Beamten Bleistiftneid oder Büroklammermissgunst aufkommt. *Tobias Prüwer*

E

Elefant Der Brite William Whiteley war ein Unternehmer mit Leib und Seele. Der Kunde für ihn? Wichtiger als die Queen. Seine Kaufhäuser? Ein anderer Planet. Das Sortiment? Ein Universum mit allem von Menschen Gemachtem und Gewünschtem. 1963 eröffnete Whiteley im Herzen von Londons Notting Hill seinen ersten Laden. Nach und nach kaufte er immer mehr Geschäfte auf und baute sich ein regelrechtes Imperium mit allen erdenklichen Produkten und Dienstleistungen auf. Selbst Golfkurse gehörten zum Angebot. **Whiteley nannte sich „The Universal Provider“. Alles könne er besorgen, „von der Nadel bis zum Elefanten“. Diesen Werbeslogan nahm ein Kunde offenbar wörtlich: Er bestellte einen Dickhäuter. Und Whiteley soll tatsächlich geliefert haben. Ein paar Stunden später stand der Elefant bereit.** Wahrscheinlich ist die Geschichte aber erfunden. Der Einkaufskette Whiteley, die es heute noch gibt, hat sie nur bestimmt nicht geschadet. *MS*

Enteignung Für die Nazis waren die Kaufhäuser eine „jüdische Erfindung“. In ihrem Parteiprogramm forderten sie eine „Kommunalisierung“ der Groß-Kaufhäuser. Nach der Machtergreifung machten sie ernst und trieben die schrittweise Enteignung der Warentempel in jüdischem Besitz voran. Davon betroffen war auch Georg Wertheim. Er kam 1885 von Stralsund nach Berlin und eröffnete dort 1897 das Kaufhaus Leipziger Straße. Es war ein für die damaligen Verhältnisse stilbildendes Einkaufsparadies mit modernen Aufzügen, einem gigantischen Lichthof und einem Teesalon. 1912 erlangte es den Status als größtes Kaufhaus Europas mit 3.200 Angestellten. 1934 versuchte Wertheim sein Eigentum vor dem Diebstahl durch die Nazis zu schützen, indem er es per Schenkung seiner nicht-jüdischen Frau übertrug. Doch es half nichts. Die Firma Wertheim bekam den Stempel „rein jüdisch“ und ging 1937 in die AWAG – Allgemeine Warenhaus Gesellschaft AG – über. **Aus anderen jüdischen Kaufhäusern wurden unter anderem Hertie und Kaufhof.** *MS*

G

Grüne Wiese Die Shopping-Meile in der Innenstadt ist bedroht. Von der Konkurrenz im Internet und auf der grünen Wiese. So sehen es zumindest viele Politiker und denken sich Gesetze aus, um die Fußgängerzonen in den Stadtzentren zu schützen. **In Baden-Württemberg beispielsweise soll private Gentrifizierung unter gewissen Umständen staatlich verordnet werden können.** Wenn 15 Prozent der Gewerbetreibenden vor Ort eine selbstfinanzierte Initiative zur Stadtverschönerung anstoßen, dürfen die Kommunen eine Satzung erlassen. Dann werden auch die anderen Geschäftemacher, insbesondere die großen Kaufhausketten, zur Kasse gebeten. Damit die Innenstädte nicht veröden – und der Konsum dort weitergehen kann. *Felix Werdermann*

K

Karstadt Mit dem Konzept „Karstadt 2015“ wollte der Milliardär Nicolas Berggruen das Unternehmen konsolidieren. Seine Strategie: eine Ausdifferenzierung des Sortiments und eine Profilschärfung. **Die Karstadthäuser sollen, je nach Standort, auf die Labels „Premium“, „Warenhaus“ oder „Sport“ gebürstet werden.** Hinzu kam ein Personalabbau sowie eine Lohnpolitik, die auf Opfer der Angestellten setzt. Das fällt der Kaufhauskette nun auf die Füße. So war eine Aussetzung des Tarifvertrags beschlossen worden, um das Unternehmen zu retten. Damit müsse aber nun Schluss sein, fordert Verdi. Erste Warnstreiks gab es vergangene Woche. Berggruen reagierte darauf mit Gewerkschaftsschelte. Und am Wochenende wurde nun bekannt, dass auch der Geschäftsführer Andrew Jennings nicht mehr will. Mitten in der Krise muss Karstadt sich einen neuen Chef suchen. *TP*

L

Literatur „Die Uhren schlagen sieben. Nun gehen überall in der Stadt die Geschäfte aus./Aus schon umdunkelten Hausfluren, durch enge Winkelhöfe aus protzigen Hallen drängen sich die Verkäuferinnen heraus“, besang der Expressionist Ernst Stadler kurz vor dem Ersten Weltkrieg den Ladenschluss. Den „kleinen Ladenmädchen“, die am Feierabend „ins Kino gehen“, setzte aber erst Siegfried Kracauer ein Denkmal. Kein sonderlich vorteilhaftes, denn er rückte sie – dem zeitgenössischen Klischee folgend – in die Randzone des leichten Gewerbes. **Kaufhaus-Romane gab es in der Weimarer Republik zuhauf. Und sie handelten nicht nur von Verkaufspüppchen mit Ambitionen à la Irmgard Keun oder Vicki Baum.** Der bekannteste männliche Protagonist ist Pinneberg aus Hans Falladas *Kleiner Mann, was nun?*, der, gerade Ende 20, dem Kaufhaus zu teuer und entlassen wird. Willi aus Werner Türks *Konfektion* dagegen liefert doppelt Stoff: Rund um den Berliner Hausvogteiplatz gab’s zu den hochfliegenden Aufsteigerträumen des Romans die passenden Klamotten. *Ulrike Baureithel*

O

Online-Shopping „Wir müssen mehr online“ ist wohl die am häufigsten gedroschene Phrase in den Chefetagen großer Handelsunternehmen. Das als Kaufhauskiller gescholtene Online-Shopping soll nun auch für →Karstadt der Heilsbringer sein. Immerhin kaufte 2012 jeder zweite Deutsche online ein. Knapp 90 Prozent sind es gar unter den 25- bis 44-Jährigen. Klar, dass da alle mitverdienen wollen. Nur sollte ein Kaufhaus nicht seine ureigene Stärke vergessen: Man kann die Produkte anfassen und anprobieren, gegeneinander abwägen, ihnen mit allen Sinnen begegnen. **Wohl daher hat Karstadt eine seltsame Option in seinem Online-Angebot: Man kann die Waren statt nach Hause auch in einzelne Filialen zum Abholen schicken lassen.** *TP*

P

Patina GUM, KaDeWe, Lafayette: Viele Metropolen können historische Kaufhäuser vorweisen oder besser: historisierte. Im Gegensatz zum echt historischen „Kaufhaus“ in Freiburg, das einst mittelalterlicher Warenumschlagplatz war, erfüllen diese Häuser heute aber auch immer noch ihren ursprünglichen Zweck. Wobei gern betont wird, dass sie ein wenig Patina und Konsumgeschichte mit sich rumschleppen. **Nüchtern betrachtet ist das Berliner Kaufhaus des Westens zwar flächenmäßig das größte Warenhaus Kontinentaleuropas, aber sonst nichts anderes als die ausgewalzte Version der Karstadt-Premium-Rubrik.** Ebenfalls höherpreisigen Produkten gewidmet, ist das GUM in Moskau: Heute residiert es als Shoppingcenter gegenüber dem Lenin-Mausoleum und erinnert emblematisch an den Kampf der Systeme. *TP*

U

Unordnung der Dinge Die Unordnung der Dinge hielt bei Karstadt Einzug, seit Berggruen am Zug ist. Vorstandsvorsitzender Andrew Jennings formulierte die Idee wie folgt: „Karstadt erweitert das Angebot im Bereich Fashion mit mehr als 50 neuen internationalen und deutschen Marken, die sich an einen moderneren Kunden richten und gleichzeitig dem bestehenden Kundenstamm Neuheiten bringen.“ **Die gravierendste Neuerung bestand darin, dass der Kunde nicht mehr fand, was er suchte.** Statt Bedarfsrefugien zu schaffen, in denen man nach Schuhgröße und Schuhart alle Sandalenmodelle in Größe 43 durchprobieren oder alle Stabmixer vergleichen konnte, muss man Inseln der einzelnen Markenhersteller abklappern, um eventuell zum glücklichen Konsument zu werden. *TP*

V

Verkäuferinnen Die junge Denise aus der Provinz ist Protagonistin von Emil Zolas Roman *Paradies der Damen* (→Aristide Boucicaut). Sie ergattert eine Anstellung im Kaufhaus. In ihrer Figur spiegelt sich die erstarkende Berufsgruppe der Verkäuferinnen. Dass die Berufstätigkeit für Frauen bis dato als verpönt galt, änderte sich mit der Zunahme ökonomischer Begehrlichkeiten: **Die Zahl der angestellten Frauen in Handel und Büro verdreifachte sich zwischen 1882 und 1907.** Berufstätigkeit barg plötzlich die Chance zum sozialen Aufstieg. Das änderte nichts daran, dass die Verkäuferinnen unter widrigen und fast sklavenähnlichen Verhältnissen leben mussten und sich oft von Männern aushalten ließen. Heute können Frauen zwar die Rechnung beim Abendessen übernehmen, aber sie verkaufen meist noch immer: Kauffrau im Einzelhandel, Verkäuferin und Bürokauffrau waren 2010 die von Frauen am häufigsten gewählten Ausbildungsberufe. *Juliane Löffler*

Z

Zielscheibe „Es ist immer noch besser, ein Warenhaus anzuzünden, als ein Warenhaus zu betreiben.“ **Als Ulrike Meinhof 1968 Fritz Teufel zitiert, sind vier Mitglieder der Außerparlamentarischen Opposition (APO), unter ihnen Andreas Baader, für ihre Brandanschläge in zwei Kaufhäusern bereits zu Haftstrafen verurteilt.** Dass ihr „politisches Happening“, mit dem sie gegen Konsumterror und die Gleichgültigkeit der Deutschen gegenüber dem Vietnamkrieg protestieren wollten, als profane Kriminalität behandelt wird, ist ihnen unverständlich.

Wer dagegen Sympathien in der Bevölkerung einfuhr, war Arno Funke, der in den Neunzigern als Kaufhauserpresser „Dagobert“ bei zahlreichen Geldübergaben die Polizei narrte. Nach seiner Haftentlassung vermarktete er die Geschichte erfolgreich in Buchform. *Jutta Zeise*